

Fackelzug der NSDAP.

zahlreichen thüringischen Städten, so auch die NSDAP. — Kreisgruppe am gestrigen Abend einen Fackelzug zu Führers Adolf Hitler.

und HJ. nahmen mit Fahnen und auf dem Markplatz Aufstellung. Um 8 Uhr setzte sich der lange Zug in etwa 800 „Braunhemden“, mit vielen leuchtenden Fackeln ausgerüstet, in wohlgeordneten Formationen schritt durch die wichtigsten Straßen ein stimmungsvolles Bild!

von Zuschauern erwarteten den Zug. Große Straße, der Kirchstraße, auf dem der Sorge war der Andrang der hundert groß. Ein starkes Polizeiaufge-

nung, drängte die Wartenden auf zurück und verschaffte so den an kolonnen freie Bahn. Auf dem W ten sich SA., SS. und HJ. un der in einer kurzen Aussprache a der Kanzlerschaft Adolf Hitlers h llang aus in einem dreifachen Führer. Die Anwesenden sangen Klängen der SA-Kapelle den Deutschlandliedes.

Nach der Stundengebung beim zug nach der Ostvorstadt, dann zurück zur Leipziger Straße, zu Große Heinrichstraße zum Hof Die Veranstaltung nahm einen lichen und geordneten Verlauf.

UNTERM HAKENKREUZ

Terror, Verfolgung und
Widerstand in Gera
von 1933 bis 1945

Verein Gedenkstätte Amthordurchgang

Jude

Verkäufer

Verwaltungslehre

ob. Daran

der Welle

ers. die

Vorname *Erna*

Geboren *8.1.87.*

UBIKATION:

Datum

14.11.45

Haus

DIESER ARBEITSAUSSCHUSS
WISSEN

UNTERM HAKENKREUZ

Terror, Verfolgung und Widerstand in Gera von 1933 bis 1945

„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie die Sozialisten einsperrten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Sozialist.

Als sie die Juden einsperrten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.“

Martin Niemöller

Herausgeber: Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.

Die verwendeten Auszüge wurden der neuen Rechtschreibung angepasst
und redaktionell bearbeitet.

Gefördert vom Thüringer Kultusministerium

Druck: Druckhaus Gera GmbH
Gera 2008/2009

Inhalt

Entwicklung bis 1933	4
Nach der Machtergreifung	14
Opposition	51
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	60
Kommunistische Partei Deutschlands	72
Gewerkschaften	86
Jüdische Bevölkerung	90
Zeugen Jehovas	114
Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene	121
Hinterlassenschaften	129
Quellenverzeichnis	132
Abkürzungsverzeichnis	136

Entwicklung bis 1933

Der Nationalsozialismus war eine radikal antisemitische, antikommunistische und antidemokratische Weltanschauung und politische Bewegung, die in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg entstand. Seine in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) organisierten Anhänger gelangten unter Adolf Hitler 1933 zur Herrschaft und errichteten eine totalitäre Diktatur, den „Führerstaat“ bzw. das „Dritte Reich“. Sie vollzogen seit 1939 die Eroberungskriege, die den Zweiten Weltkrieg auslösten, und verübten die Verbrechen des Holocaust. Ihre Herrschaft endete mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945. ¹

Vom 19. Jahrhundert bis zu den „Goldenen Zwanzigern“ entwickelte sich Gera zu einem Industriezentrum mit Schwerpunkt Maschinenbau und Textilindustrie. Die von einer starken Arbeiterschaft geprägte Stadt entwickelte sich zu einer sozialdemokratischen Hochburg. ²

Der letzte Fürst von Reuß jüngere Linie musste nach der Revolution im Jahr 1918 abdanken. Gera wurde Hauptstadt des Volksstaates Reuß und war ab dem 1. Mai 1920 Teil des neu gegründeten Landes Thüringen. ³

In den folgenden Jahren hatte Thüringen wie das übrige Reich mit großen politischen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Gewinner der Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen und den rechtsbürgerlichen Regierungsparteien waren letztendlich die Nationalsozialisten. ²

Von 1919 bis 1924 wurden aus finanziellen Gründen in kurzer Folge zahlreiche Orte der Umgebung nach Gera eingemeindet, die Bevölkerungszahl stieg dadurch auf etwa 80.000 Einwohner. Wie überall in Deutschland war die Zeit der Weimarer Republik auch in Gera von politischer Instabilität geprägt. Beim Kapp-Putsch kam es 1920 in der Stadt zu Unruhen, bei denen fünfzehn Menschen ums Leben kamen. ³

Die NSDAP ging am 24. Februar 1920 aus der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) durch deren Umbenennung hervor. ⁴

Adolf Hitler stellte als Hauptredner im Münchener Hofbräuhaus ein 25-Punkte-Programm vor. In diesem Programm wurde ein Großdeutsches Reich angestrebt, eine Aufhebung des Versailler Vertrages gefordert, die deutsche Staatsbürgerschaft für Juden abgelehnt und der Aufbau eines autoritären Staates mit einer politisch gelenkten Presse und Literatur angekündigt. ⁵

Die „Ostthüringer Tribüne“ schrieb im April 1922: „Gera ist ein Hauptstützpunkt der Hakenkreuzlerbewegung Thüringens. Nach dem Studium der vorliegenden Akten muss man den hiesigen Hakenkreuzlern bescheinigen, dass sie planmäßig, intensiv und erfolgreicher am Werk gewesen sind, als es der Republik lieb sein kann.“

Am 8. Oktober 1923 wurde die 1. NSDAP Ortsgruppe in Gera gegründet. ⁶

Bis 1923 konnte die NSDAP vor allem in Bayern größeren Anhang gewinnen und nahm am 9. November 1923, die durch Ruhrkampf und Inflation desolante Lage im Deutschen Reich zum Anlass für den Hitler-Ludendorff-Putsch. ⁴

Nach dem Scheitern des Putsches wurde die NSDAP am 23. November 1923 zusammen mit der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) und der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) verboten. Der Österreicher Adolf Hitler wurde zu Festungshaft verurteilt. ⁴

Die Mitglieder tauchten in Tarnorganisationen ab oder schlossen sich anderen „völkischen“ Gruppierungen an. Zur Reichstagswahl im Mai 1924 bildeten die verbotenen Parteien DVFP und NSDAP die Listenverbindung Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSFP). Sie erreichte Fraktionsstärke mit 32 Mandaten. ⁷

Nach Abbüßung seiner Festungshaft im Dezember 1924 erhielt Adolf Hitler Redeverbot in fast ganz Deutschland. Bei der vorangegangenen Thüringer Landtagswahl 1924 erhielten der „Thüringer Ordnungsbund“ und „völkische Parteien“ die Mehrheit. Die „Vereinte Völkische Liste“ bekam in Gera 6.905 von 50.531 Stimmen. Adolf Hitler konnte sich deshalb in Thüringen politisch öffentlich betätigen. ^{2, 6, 7, 8}

Adolf Hitler löste die NSDAP aus dem Bündnis und begann mit der Reorganisation zu einer Führerpartei, mit dem Ziel einer legalen Machtübernahme. Im Februar 1925 wurde die Partei neu gegründet. ⁴

Ebenfalls neu gegründet wurde am 25. Februar 1925 die Ortsgruppe Gera der NSDAP mit 12 eingeschriebenen Parteigenossen. ⁶

Die Nationalsozialisten gründeten am 1. März 1925 den Gau Thüringen der NSDAP (Gau – vergleichbar mit Kreis oder Bezirk). Adolf Hitler startete Ende 1925 seine Fahrt durch thüringische Städte. Am 12. November 1925

trat er gemeinsam mit Rudolf Heß in Gera auf. In Zivil kamen sie unerkant in den vollen Saal der Heinrichsbrücke. Laut Polizei gab es 1.800 Teilnehmer. Auf der Straße davor gab es Gebrüll von Sozialdemokraten und Kommunisten, die „Internationale“ wurde gesungen.^{4, 9, 10}

Aus dem Festbuch der Stadt Gera zur 700 Jahr Feier: „Auch eine Jugendgruppe der Partei besteht und hier in Gera fiel zum ersten Mal der Name ‚Hitler-Jugend‘, in dem sie später siegen sollte. Das Parteilokal ist...das Restaurant zur groben Hulda in der Heinrichsstraße.“⁶



„Eine Frau setzte in Gera die erste Hakenkreuzflagge. In voller Rüstigkeit feierte gestern die Witwe Hulda Klotz ihren 70. Geburtstag, die sich in den ersten Jahren des Nationalsozialismus als unerschrockene Mitkämpferin Adolf Hitlers erwiesen hat. Als Erste in Gera setzte sie als Gastwirtsfrau an ihrem Hause in der Heinrichsstraße die Hakenkreuzfahne...“¹¹

Gastwirtschaft Klotz, auch „grobe Hulda“ genannt in der Heinrichsstraße 33

*Foto: Geraer Nachrichten am 25. April 1933*¹²

In Weimar fand am 3. und 4. Juli 1926 der 1. Reichsparteitag der NSDAP nach ihrer Neugründung statt.²

Geraer Stadtratswahl am 2. Dezember 1928:

Sozialdemokratische Partei (SPD)	21.425 Stimmen
Der Bürgerbund	11.622 Stimmen
Haus- und Grundbesitz	4.902 Stimmen
Kommunistische Partei Deutschland	4.728 Stimmen
Mittelstandspartei	2.997 Stimmen
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	694 Stimmen ¹³

Oberbürgermeister war der bereits 1925 gewählte parteilose Walter Arnold. Der Sozialdemokrat Robert Giebler wurde zum Vorsitzenden des Stadtrates gewählt. Dr. Arno Barth (SPD) wurde Bürgermeister, Hermann Drechsler (SPD) Beigeordneter.

Der politische Einfluss der völkischen Kreise und der NSDAP wuchs je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland durch die Weltwirtschaftskrise gegen Ende der Zwanziger Jahre verschlechterten. Die andauernden Krisen führten zu einem Vertrauensverlust der demokratischen Parteien bei den enttäuschten Wählern, vor allem beim verarmten Mittelstand, den Arbeitern und den Bauern. Diese sahen zunehmend Lösungen der Probleme in den Wahlversprechungen der extrem linken und rechten Parteien.²

Bei den Wahlen zum Thüringer Landtag am 8. Dezember 1929 wählten 4.536 Geraer die NSDAP (Thüringen gesamt 11,29 %).^{8, 14}

1929 stieg die Mitgliederzahl der NSDAP in Gera auf 146.⁶

Im Januar 1930 wurde in Thüringen die erste deutsche Regierung mit nationalsozialistischer Beteiligung gebildet – Willy Marschler als Staatsrat, Dr. Wilhelm Frick als Innen- und Volksbildungsminister. Dieser erhielt von Hitler den Auftrag sein Amt „mit rücksichtsloser Entschlossenheit zu führen, den Beamtenapparat von Linken und Liberalen zu säubern, zunehmend Einfluss auf die weltanschaulichen Erziehungs- und Bildungsinhalte in den Schulen zu nehmen und den als dekadent empfundenen liberalen und avantgardistischen Kultur- und Kunstbetrieb abzubauen.“²

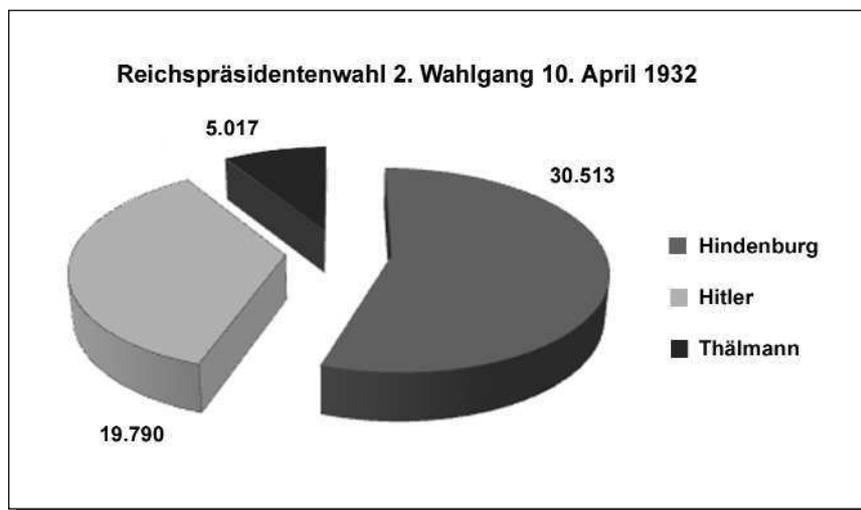
1930 wurde in Gera der „Sturm 1“ der Sturmabteilung (SA-Kampforganisation der NSDAP) mit 70–80 Mann Stärke aufgestellt.⁶

Am 12. Juli 1930 sprach Adolf Hitler auf dem NSDAP-Gauparteitag in der „Heinrichsbrücke“. Adolf Hitler und Dr. Wilhelm Frick nahmen auf dem Markt den inszenierten Vorbeimarsch von etwa 5.000 Nationalsozialisten ab, der von Protesten begleitet wurde. Dr. Wilhelm Frick übergab Adolf Hitler auf diesem Gauparteitag, ohne die dafür vorgeschriebene Verfahrensweise zu beachten, die Ernennungsurkunde zum Gendarmeriekommissar. Diese sollte Hitler endlich die Deutsche Staatsbürgerschaft ermöglichen. Auf Grund von Zweifeln der Durchführbarkeit wurde die Ernennungsurkunde von Hitler zerrissen.^{2, 6, 13, 14}

Nach einem Misstrauensantrag mussten im Frühjahr 1931 die Thüringer NSDAP-Minister zurücktreten. Bis Mitte 1932 herrschte eine Minderheitsregierung.²

Am 5. September 1931 nahm Adolf Hitler erneut am Gauparteitag in Gera teil. Ein Propagandamarsch von 13.000 NSDAP-Anhängern zog durch die Stadt. ^{2, 9, 15}

Trotz des unerhörten Propagandafeldzuges des NSDAP-Kandidaten Adolf Hitler, der inzwischen deutscher Staatsbürger geworden war, blieb Hindenburg, auch nach dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932, weiterhin Reichspräsident.



Geraer Stimmen zur Reichspräsidentenwahl 1932 ^{6, 18}

1932 arbeitete die Regierung des Reichskanzlers Heinrich Brüning an einer fünften Notverordnung, mit der die Subventionen für die überschuldeten landwirtschaftlichen Großgüter im Osten Deutschlands (Osthilfe) abgeschafft werden sollten. Paul von Hindenburg, der als Besitzer von Gut Neudeck selbst persönliches Interesse an der Osthilfe hatte, teilte am 29. Mai 1932 mit, er werde keine Notverordnungen mehr unterzeichnen. Brüning trat daraufhin zurück. Hindenburg berief am 1. Juni 1932 Franz von Papen zum Reichskanzler. Papen trat am 3. Juni 1932 aus der Zentrumspartei aus und bildete das so genannte „Kabinett der Barone“, das überwiegend aus parteilosen Fachministern bestand, von denen aber manche der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahe standen. Hindenburg löste am 4. Juni 1932 den Reichstag auf und setzte für den 31. Juli Neuwahlen an. ¹⁹

Der Wahlkampf wurde noch aufwendiger und erbarmungsloser. Es kam zu regelrechten Straßenschlachten der SA mit Kommunisten und Sozialdemokraten. Ein Schlachtruf der Kommunisten: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag’ ich dir den Schädel ein!“ Schlachtrufe der SA: „SA marschier!“/„Die Straße frei!“/„Deutschland erwache!“/„Juda verrecke!“²

Auf seinem Wahlfeldzug sprach Adolf Hitler am 26. Juli 1932 in Gera auf dem Schützenplatz vor 40.000 Zuhörern. Begleitet wurde sein Auftritt von massiv protestierenden Arbeitern.^{9, 20}

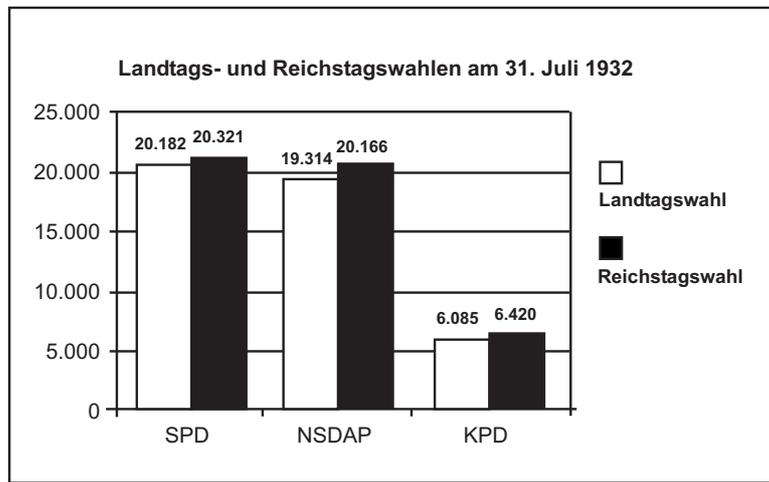
Die Propagandamaschinerie der NSDAP für den zusammengelegten Termin zur Land- und Reichstagswahl lief auf vollen Touren: Aktuelle Probleme wie Arbeitslosigkeit, Steuerfragen und Sozialhilfe wurden thematisiert. Die Schuld an der Misere wurde den „Systemparteien“, dem „Parteibuchstaat“ und einer zunehmenden „Bolschewisierung“ zugeschrieben, man polemisierte gegen die „Zinsknechtschaft“ durch das „jüdische Finanzkapital“. Auch praktische Hilfsaktionen für die hungernde Bevölkerung in den von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Gebieten wurden durchgeführt. So trat die NSDAP als „Retter“ der Nation auf:



Wahlwerbewand 1932
Ecke Talstraße / Schülerstraße
 Foto: Stadtmuseum Gera, Nr. 2004/1124

„Deutscher Bauer – auch Dein Führer heißt Adolf Hitler“
 „Wir sind das letzte Aufgebot des deutschen Volkes“
 „Deutschland in Not – der Nationalsozialismus sein Retter“
 „Wir streiten nicht um Meinungen, wir kennen nur eine Gesinnung“
 „Gegen Not und Elend, für Arbeit und Brot“
 „Arbeit und Brot findet der Arbeiter nur im nationalen Wirtschaftsstaat,
 in dem nicht der Profit, sondern die Arbeit regiert“²

Bei der Landtagswahl in Thüringen erreichte die NSDAP 42,49 % der Stimmen und stellte 26 der insgesamt 61 Landtagsabgeordneten. Die NSDAP bildete fast völlig die neue Landesregierung, nur ein Staatsrat kam vom Thüringer Landbund.^{2, 8}



Geraer Stimmen zur Landtags- und Reichstagswahl am 31. Juli 1932 ²¹

Ende August 1932 wurde Fritz Sauckel (Fraktionsführer der NSDAP) Ministerpräsident und Innenminister. Ab sofort stand der Partei neben der Parlamentsmehrheit der gesamte Behördenapparat des Landes zur Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen zur Verfügung. Fritz Sauckel auf der 1. Sitzung des neu gewählten Landtags:

„Wir werden selbstverständlich die Macht, die uns das thüringische Volk bei der letzten Wahl gegeben hat, in jeder Beziehung ausnutzen. Wir werden sie, meine Herren Kommunisten, dazu benutzen, um die kommunistische Partei, die kommunistische Irrlehre hier in Thüringen mit Stumpf und Stiel auszurotten!“ ²

Fritz Sauckel erweiterte die Vollmachten des in Gera bereits im Mai 1932 eingesetzten Staatsbeauftragten Dr. Kurt Jahn. Dieser übernahm am 13. September die Leitung der Stadt und beurlaubte den Oberbürgermeister Walter Arnold sowie die Beigeordneten Sausse, Dr. Trautner und Hermann Drechsler. Der Stadtrat durfte ohne Zustimmung nicht mehr zusammentreten. ^{14, 22}

Im Reichstag wurde die NSDAP mit 230 von 608 Sitzen stärkste Partei. ²³ Am 13. August 1932 lehnte Adolf Hitler den Vizekanzler-Posten ab und forderte vergeblich die „volle Regierungsverantwortung“ ²⁴

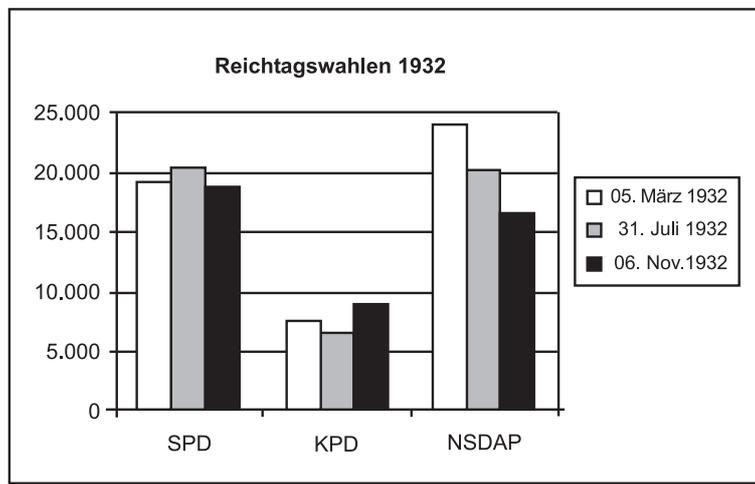
Am 30. August 1932 wurde Hermann Göring (NSDAP) zum Reichstagspräsidenten gewählt. ²⁵

Am 6. September 1932 berichteten die Geraer Zeitungen, dass die Karl-Marx-Allee wieder in Hohenzollern-Allee umbenannt wurde und damit ein „Schandfleck der Stadt“ beseitigt wurde. ²⁶

In der Zeit vom 9.–16. September 1932 wurde die SPD-Zeitung „Ostthüringer Tribüne“ verboten. ²⁷

Bei der Sitzung des Reichstages am 12. September, beantragte die KPD die Änderung der Tagesordnung und die sofortige Aussprache des Misstrauens gegen die Regierung von Papen. Reichstagspräsident Hermann Göring „übersah“ geflissentlich eine Wortmeldung des Reichskanzlers Papen und ließ über den Antrag der KPD abstimmen. Dieser fand eine überwältigende Mehrheit. Die Abstimmung war jedoch ungültig. Franz von Papen hatte während der Abstimmung die Auflösungsorder des Reichspräsidenten auf Görings Pult gelegt. Somit waren Neuwahlen auszuschreiben. ²⁸

Bei den Reichstagswahlen im November 1932 verlor die NSDAP rund 2 Millionen Stimmen. Sie blieb jedoch stärkste Partei. ²

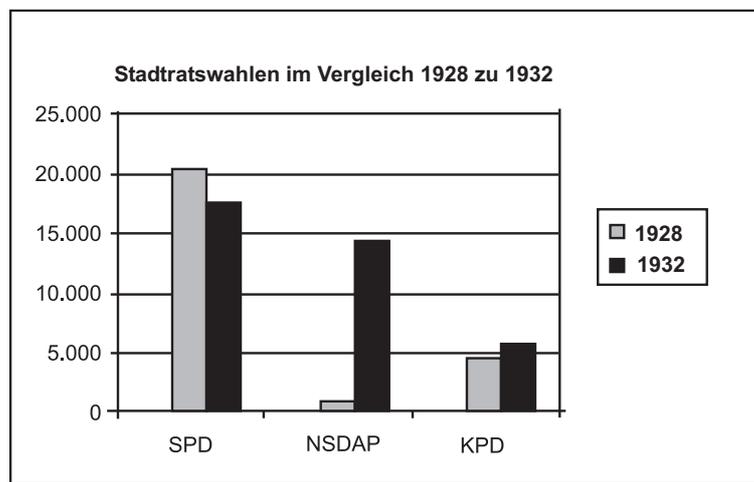


Geraer Stimmen zu den Reichstagswahlen am 5. März, 31. Juli und 6. November 1932 ^{6, 29, 30}

Am 2. Dezember 1932 bildete der parteilose General Kurt von Schleicher eine neue Reichsregierung ohne Mehrheit. ²

Bei der Stadtratswahl am 4. Dezember 1932 beteiligten sich 83,3% der Geraer Bürger. Die Wahl ergab folgende Sitzverteilung:

- 9 Sozialdemokraten,
- 3 Kommunisten,
- 7 Nationalsozialisten,
- 3 vom Bürgerbund,
- 1 von der Mittelstandsliste und
- 2 von der Haus- und Grundbesitzerliste.



Die „Bürgerlichen“ Parteien stellten mit 13 Mandaten die Mehrheit. Sozialdemokraten und Kommunisten erreichten 12 Mandate. Unter den 25 neuen Mitgliedern gab es drei Frauen: Anna Schneider (SPD), Johanna Spangenberg (SPD) und Meta Böhnert (KPD). ^{27, 31}

Die Geraer Nachrichten berichteten: „Gera frei vom roten Joch.“ ³¹

Ende 1932 zählte die NSDAP in Gera 1.413, die SA etwa 600 Mitglieder. ⁶

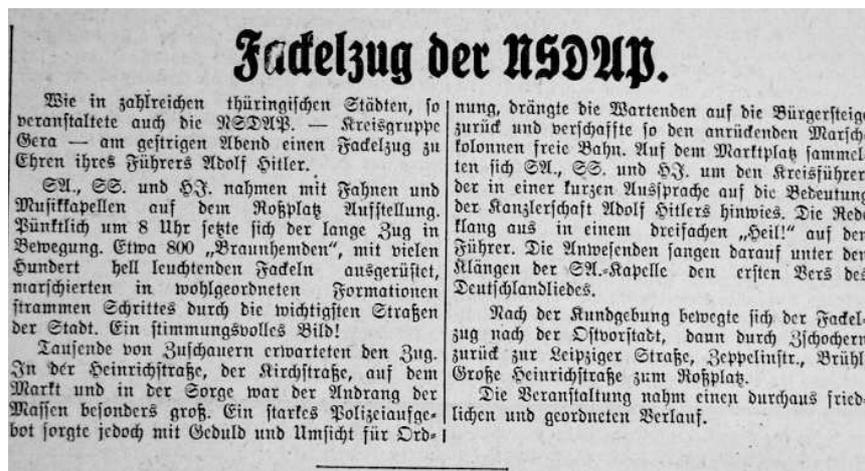
Am Abend des 18. Januar 1933 fand auf dem Markplatz von Weimar zum Gedenken an die Reichsgründung 1871 ein feierlicher Fackelzug statt:

Reichswehr, Polizei, SA, Schutzstaffel (SS-Sonderorganisation der NSDAP), Hitlerjugend (HJ) und Stahlhelm bekundeten damit ihr Eintreten für die nationalsozialistische Bewegung und zeigten gleichzeitig, dass zu diesem Zeitpunkt in Thüringen die politischen Grundstrukturen für die nationalsozialistische Machtausübung schon weitgehend geschaffen waren.²

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Schleichers berief Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler. Es entstand das Kabinett der „nationalen Einigung“.²

An diesem Tag rief die KPD zum reichsweiten Generalstreik auf. Allerdings stieß dieser Aufruf kaum auf öffentliche Resonanz.³²

In Gera zogen am 31. Januar 1933 die NSDAP-Organisationen SA, SS und HJ mit einem Fackelzug durch die Straßen. Eine Demonstration von Kommunisten wurde aufgelöst.³³



Geraer Nachrichten am 1. Februar 1933

Abbildung: Stadtarchiv Gera³³

Nach der Machtergreifung

- 4. Februar 1933** „Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes“ – Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit³⁴
- Geraer Nachrichten und Geraer Zeitung: „...Im Anschluss an das Verbot des sozialdemokratischen Berliner Blattes ‚Vorwärts‘ hat die Thüringer Regierung sich veranlasst gesehen, die in Jena erscheinende Zeitung ‚Das Volk‘ vom 4. bis einschließlich 13. Februar, und die in Gera erscheinende ‚Ostthüringer Tribüne‘ auf 14 Tage zu verbieten...“³⁵
- 5. Februar 1933** Nach einer öffentlichen Versammlung der SPD in der Ostvorstädtischen Turnhalle zogen Trupps der „Eisernen Front“ durch die Stadt. Größere Ansammlungen bildeten sich in der Zschochernstraße, auf der Sorge, auf dem Johannisplatz und in der Heinrichstraße. Die Demonstration wurde polizeilich aufgelöst [Eiserne Front – Zusammenschluss Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB), Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund), SPD, Arbeiter Turn- und Sportbund (ATSB) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus].^{36, 37}
- 6. Februar 1933** Geraer Nachrichten: „Zum Schutz des deutschen Volkes! Preußenlandtag wird zwangsweise aufgelöst...Auftakt neuer Wahlkampf...Wahlkundgebung der NSDAP am 8. Februar 1933 im Saale der Heinrichsbrücke...“
- 11. Februar 1933** Geraer Nachrichten: „...Eine öffentliche politische Versammlung der kommunistischen Partei, die am Abend des 10. Februar 1933 in der ‚Heinrichsbrücke‘ stattfand, wurde polizeilich aufgelöst, weil ein Redner mit seinen Ausführungen gegen die Bestimmungen der Notverordnung vom 4. Februar 1933 verstieß. Die Räumung des Saales ging ohne Zwischenfälle vonstatten.“
- Demonstration von etwa 350 SPD-Mitgliedern durch das Geraer Stadtzentrum.³⁶
- 13. Februar 1933** Geraer Nachrichten: „...Standarte 153 (Osterland) der NSDAP marschierte durch Gera und weihte drei neue Sturmflaggen ein...“

Geraer Nachrichten: „Auflösung einer SPD-Versammlung“

22. Februar 1933

Geraer Nachrichten: „SPD-Bürgermeister von Langenberg, Herrn Thomä, verliert Polizeigewalt“ und „Beschlagnahmung von 8.000 Flugblätter bei einem KPD-Funktionär.“

25. Februar 1933

Die Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“ (Reichstagsbrandverordnung), setzte die Bürgerrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft und war ein wichtiger Meilenstein bei der „Machtergreifung“ Hitlers und der Beseitigung des demokratischen Rechtsstaats. In § 2 wurde die Reichsregierung ermächtigt, alle zur „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen“ zu treffen (Schutzhaft – willkürliche Inhaftierung und Verschleppung in Konzentrationslager).^{2, 38}

28. Februar 1933

Etwa 400 Funktionäre der KPD wurden in Schutzhaft genommen und in zwei Lagern untergebracht.^{39, 40}



Die Geraer Nachrichten berichteten am 1. März 1933 über die Verhaftung von 20 Kommunisten. Abbildung: Stadtarchiv Gera³⁹

Ende Februar 1933	Der Staatsbeauftragte Dr. Kurt Jahn besetzte die Stellen innerhalb der Stadtverwaltung mit NSDAP-Mitgliedern. Die Geraer Nachrichten dazu: „Weitere Umorganisation in der Stadtverwaltung“. ⁴¹																				
4. März 1933	Entlassung von zwei sozialdemokratischen Pädagogen in Gera: Lehrerin Johanna Spangenberg, Stadtratsmitglied von 1928–1933 und Oberstudienrat Doktor Rudolf Rau, Mitglied des Geraer Gemeinderat von 1920–1922. ^{14, 36} Geraer Nachrichten: „Wegen Tragen verbotener Abzeichen verurteilte heute Vormittag der Schnellrichter den Schmied Erich Ott aus Gera und den Friseur Krietsch zu je 6 Wochen Gefängnis. Ott trug das Abzeichen des Arbeiter-Turn-und-Sportbundes und Krietsch das Reichsbannerabzeichen.“																				
5. März 1933	<i>Reichstagswahlen. Die KPD erlangte trotz des Verbotes ihrer öffentlichen Arbeit 12,3 % (81 Sitze) der Stimmen. Am 8. März folgte mit Berufung auf die „Reichstagsbrandverordnung“ die Annullierung.</i> ³²																				
6. März 1933	Geraer Nachrichten: Die Geraer beteiligten sich zu 93,1 % an der Reichstagswahl: <table border="0" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="padding-right: 20px;">NSDAP</td> <td style="text-align: right;">23.953</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">18.874</td> </tr> <tr> <td>KPD</td> <td style="text-align: right;">7.469</td> </tr> <tr> <td>Deutsche Zentrumspartei</td> <td style="text-align: right;">459</td> </tr> <tr> <td>Kampffront Schwarz-Weiß-Rot</td> <td style="text-align: right;">2.822</td> </tr> <tr> <td>Deutsche Volkspartei</td> <td style="text-align: right;">2.425</td> </tr> <tr> <td>Christlich-Sozialer Volksdienst</td> <td style="text-align: right;">250</td> </tr> <tr> <td>Deutsche Staatspartei</td> <td style="text-align: right;">269</td> </tr> <tr> <td>Deutsche Bauernpartei</td> <td style="text-align: right;">12</td> </tr> <tr> <td>sonstige</td> <td style="text-align: right;">36</td> </tr> </table> Der „Glänzende nationale Sieg“ wurde mit einem Fackelzug durch Geras Straßen gefeiert.“ ⁴²	NSDAP	23.953	SPD	18.874	KPD	7.469	Deutsche Zentrumspartei	459	Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	2.822	Deutsche Volkspartei	2.425	Christlich-Sozialer Volksdienst	250	Deutsche Staatspartei	269	Deutsche Bauernpartei	12	sonstige	36
NSDAP	23.953																				
SPD	18.874																				
KPD	7.469																				
Deutsche Zentrumspartei	459																				
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	2.822																				
Deutsche Volkspartei	2.425																				
Christlich-Sozialer Volksdienst	250																				
Deutsche Staatspartei	269																				
Deutsche Bauernpartei	12																				
sonstige	36																				
9. März 1933	Geraer Nachrichten: „Im Einvernehmen mit dem Stadtvorstand wurde der Dr.-Rathenau-Platz in Adolf-Hitler-Platz umbenannt“ (heute Puschkinplatz).																				

Der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Arno Barth (1893–1949) wurde beurlaubt und durch einen SA-Trupp, geführt von Johannes Roch, gezwungen seine Diensträume im Rathaus zu verlassen. Seine Entlassung und die des Beigeordneten Stadtrats Hermann Drechsler erfolgten mit Wirkung vom 29. Juni 1933. Dr. Arno Barth erhielt später Berufsverbot und ab 1936 jegliche Rechtsberater Tätigkeit untersagt.^{36, 43, 44}

11. März
1933

Regierungsverordnung: „Die Beflaggung der staatlichen Dienstgebäude erfolgt mit der weiß-roten Landesflagge, der alten schwarz-weiß-roten Landesflagge und der Hakenkreuzflagge.“⁴⁴

Geraer Nachrichten: „Deutsche, Fahnen heraus – Die Kampffront Schwarzweißrot bittet uns, noch einmal an die Öffentlichkeit Geras und Ostthüringens zu appellieren: ‚Fahnen heraus!‘ Wir entsprechen gern diesem Wunsch und hoffen, dass die nationale Forderung in allen Kreisen Widerhall findet.“



Foto: Manuskript Arnulf Ehrlich, Fotograf unbekannt⁴⁵

Geraer Nachrichten: „Thüringen räumt mit dem Marxismus radikal auf...Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat hat das Thüringische Innenministerium sämtliche Hilfs- und Nebenorganisationen der kommunistischen Partei verboten. Die im Besitze der aufgelösten Organisationen befindlichen Gegenstände, insbesondere Vereinseinrichtungen, Akten, Vereinsvermögen, Drucksachen und Zeitungen sind polizeilich

15. März
1933

sichergestellt worden. Weiter wurde die sog. ‚Sozialistische Arbeiterjugend‘ im Lande Thüringen verboten und aufgelöst.“

17. März
1933

Geraer Nachrichten: „...In Durchführung des Verbots der Unter- und Nebenorganisationen der KPD und der KPDO [Kommunistische Partei-Opposition] sowie der Sozialistischen Arbeiterjugend (S.A.J.) haben in den letzten Tagen zahlreiche Durchsuchungen durch Kriminal- und Schutzpolizei stattgefunden. Neben den Haus-suchungen in den Wohnungen von Funktionären und Mitgliedern sind namentlich Durchsuchungen der von der SAJ benutzten Grundstücke (De-Smit-Straße 6a, Hempelsruhe, Heim in der Deb-schwitzer Straße) vorgenommen wurden. Es wurde zahlreiches Material, wie Büroeinrichtungen, Druckschriften usw. beschlag-nahmt und polizeilich sichergestellt.“

Geraer Nachrichten: „Marxistische Straßennamen müssen verschwinden – Das Innenministerium hat in der Frage der Umbenennung von Straßen und Plätzen eine Anweisung erlassen. Die in Frage kommenden Behörden (Gemeinde-, Stadtvorstand oder staatliche Polizeiverwaltung im Einvernehmen mit dem Gemeindevorstand) wurden angewiesen, Straße und Plätze, die nach dem 9. November 1918 nach den Namen marxistischer (SPD und KPD im weiteren Umfange) oder jüdischer Persönlichkeiten benannt worden sind, sofort unter Beseitigung der alten Namen neu zu benennen... In Gera hat man diese Forderung bereits im weitestgehenden Maße erfüllt. Nur der Friedrich-Ebert-Hain erinnert noch an die Zeit der roten Herrschaft...“

19. März
1933

Bereits einen Tag nach der Verfügung des Thüringer Innenministeriums wurde die Heimvolksschule Schloss Tinz bei Gera mit sofortiger Wirkung polizeilich geschlossen. Eine „Abteilung SA mit Sturmflaggen unter Vorantritt von SA-Spielmannszug und SS-Kapelle“ rückte im Schloss Tinz an, um diese angebliche „Brutstätte des Marxismus“ auszuheben.^{16, 46}

Geraer Beobachter: „Unter den Klängen des Horst-Wessel-Liedes wurde die Hakenkreuzflagge auf dem Tinzener Schloß gehisst. Darauf hielt Ortsgruppenleiter Pg. Dr. Luft an die Formation...eine kernige Ansprache...es sei kein Akt der Willkür, wenn diese marxistische Bonzenschule aufgelöst werde, sondern ein in der nationalen Erhebung des deutschen Volkes unbedingt erforderlicher Vor-

gang...jetzt würden in diesen Räumen nicht mehr der Internationalismus und die Irrlehren des Juden Marx gepredigt, sondern deutsche Menschen mit heißer Liebe zu ihrem Volk und Vaterland erfüllt und im Geist des Nationalsozialismus erzogen werden.“^{16, 46}



Heimvolksschule Tinz

*Foto: Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2496*⁴⁷

Die Heimvolkshochschule Tinz wurde im Jahre 1920 vom Freistaat Reuß im ehemals fürstlichen Schloss eröffnet. Im Jahr 1923 ging der Besitz auf das Land Thüringen über und sollte Angehörigen der werktätigen Bevölkerung den Weg zu wissenschaftlicher und kultureller Weiterbildung weisen. Sie galt als erste deutsche sozialistische Heimvolkshochschule. Die Schule mit angeschlossenem Internat stand zunächst unter der Leitung von Gustav Henning (USPD – Unabhängige-SPD), dem Dr. Alfred Brauthal (SPD) folgte. Dort lehrte u.a. Dr. Hermann L. Brill (SPD). Unterrichtet wurden u.a. Hans Goldhammer, Rudolf Scheffel, Otto Trillitzsch, Hans Ebeling und Heinrich Hoffmann.^{36, 48}

Geraer Nachrichten: „die SPD-Presse (Tribüne) in Thüringen bleibt weiter verboten“ und „...Die Thüringer Regierung hat eine Verfügung erlassen, nach der den Beamten und Angestellten des Staates die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und ihren Hilfs- und Nebenorganisationen verboten wird.“

19. März
1933

23. März 1933 *„Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich – Ermächtigungsgesetz“ – Beseitigung der ersten pluralistischen deutschen Demokratie. Die KPD war bedingt durch die Wegnahme der rechtmäßigen Stimmrechte nicht mehr an der Abstimmung beteiligt. Nur die SPD-Abgeordneten stimmten gegen dieses Gesetz.*^{2, 32}
24. März 1933 Geraer Nachrichten: „die restlose Erledigung der SPD durch den Kanzler“ und „die Erziehung roter Funktionäre, die in Konzentrationslagern arbeiten lernen müssen“ sowie „ein neues Konzentrationslager wurde auf dem Truppenübungsplatz Heuberg bei Aurich für 1.500 politische Schutzhäftlinge angelegt“.
25. März 1933 Geraer Nachrichten: „Großreinemachen in Thüringen“, die „Todesstrafe auch für politische Verbrecher“ und „die Ausrottung des Marxismus“: „Das Thüringische Innenministerium hat das Verbot der Sozialistischen Arbeiterjugend, das vor einiger Zeit erlassen wurde, ausgedehnt auf die Vereinigungen „Rote Falken“, auf die Ortsgruppen der sog. „Reichsarbeitsgemeinschaft Kinderfreunde“, auf den „Sozialistischen Jugendverband“ und den „Sozialistischen Schutzbund“ samt ihren Unterverbänden.“
26. März 1933 Auf der öffentlichen Sitzung des Geraer Stadtrates stand als einziger Tagesordnungspunkt die Wahl des Oberbürgermeisters. In der Sitzung verlas der bisherige parteilose Oberbürgermeister Walter Arnold eine Erklärung. Die SPD sprach sich gegen die Wahl Kießlings aus, weil man zu wenig über ihn wisse. Aus Protest gab sie bei der Wahl weiße Stimmzettel ab. Der NSDAP-Fraktionsführer Stöbel sagte über Kießling: „Er wird in der Stadtverwaltung die letzten Reste marxistischer Auswüchse beseitigen...“ Rechtsanwalt Walter Kießling aus Weimar (NSDAP-Mitgliedsnummer 298 276, SA-Sturmführer) wurde mit 13 Stimmen der Mehrheit der Rechtsparteien (Bürgerbund, Haus- und Grundbesitzer, NSDAP) zum Oberbürgermeister von Gera gewählt. Der bereits beurlaubte Walter Arnold trat formell zum 31. März 1933 zurück.⁴⁹⁻⁵²
31. März 1933 *„1. Gleichschaltungsgesetz“ – Löste die Landtage, Bürgerschaften, Kreistage und Gemeinderäte auf und ermächtigte die Landesregierungen Gesetze auch gegen die Landesverfassungen zu erlassen. Die Selbstverwaltungskörperschaften mussten nach den Stimmverhältnissen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 neu zusammengesetzt werden. Dadurch konnten Tausende NSDAP-Mitglieder auf freigewordene Posten nachrücken.*⁵³

Geraer Nachrichten: „Der Abwehrboykott der NSDAP gegen die ausländische Greulhetze hat heute Vormittag punkt 10 Uhr ordnungsgemäß eingesetzt. In Scharen strömten Schaulustige nach der inneren Stadt, um dort die Vorgänge des Boykotts zu beobachten. In der Sorge ist der Andrang des Publikums besonders groß, so dass der Fahrverkehr zeitweise gehemmt ist. Die meisten jüdischen Geschäftsinhaber halten ihre Geschäfte geschlossen.“

1. April
1933

Zur Abwehr der Greulhetze!

Von der Propagandaabteilung der NSDAP zur Durchführung des Boykottaufrufs werden wir um Veröffentlichung folgenden Auftrages gebeten:

Nachdem auf Veranlassung der Parteileitung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Boykottaufrufe eingeleitet worden sind, werden am kommenden Sonntagabend die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Alle Einwohner werden aufgefordert, sich genau nach den Richtlinien der Parteileitung und der Boykottaufrufe zu richten. Die Parteileitung hat folgende Richtlinien herausgegeben:

1. Durch SA- und SA-Mitteilungen wird die Bevölkerung vor dem Betreten jüdischer Geschäfte gewarnt werden. Jüdische Betriebe werden als solche gekennzeichnet. Der Beginn des Boykotts ist auf Sonntagabend, den 1. April 1933, 10 Uhr vormittags, festgesetzt.
2. Der Boykott wendet sich weiterhin gegen jüdische Ärzte und Rechtsanwälte. Die Bevölkerung wird aufgefordert, nur deutsche Anwälte und Ärzte zu befragen.
3. Alle Deutschen, die mit Personen im Ausland in Verbindung stehen, werden aufgefordert, diesen sofort Mitteilung darüber zu machen, daß die Greuelnachrichten jüdische Mache sind und in keiner Weise auf Wahrheit beruhen.

Der Boykott wird in größter Disziplin durchgeführt, keinem Juden wird ein Haar gekrümmt.

Wer die obigen Richtlinien nicht befolgt, muß damit rechnen, daß er Schaden erleidet. Es wird nicht davord zurückgeschreckt, die Käufer in Betreffenden Einzelhandelsbetrieben und sonstigen jüdischen Unternehmungen öffentlich anzuprangern. Ebenso wird gegen die Besucher jüdischer Rechtsanwälte und Ärzte vorgegangen werden.

Rückfälliges wird gegen jeden Deutschen vorgegangen, der in dieser Stunde seine nationale Pflicht verlegt. Denn wer heute, angeht die Greuelpropaganda und Lortorennachrichten immer noch beim Juden lauft, macht sich des Verrotts an der deutschen Nation schuldig. Noch nie hat sich die internationale Verbundenheit der Fremden so stark geäußert. Deutsche, zeigt Euch Juden! daß Ihr hinter der Regierung der nationalen Revolution steht. 14 Jahre lang hat das Judentum das deutsche Weizen in den Schmutz gezogen. Jetzt kann keine Rücksicht mehr genommen werden.

Wir fordern die Bevölkerung auf, die aufgestellten Richtlinien zu befolgen und sich der Volksbewegung gegen das Judentum anzuschließen. Die Anweisungen der ausführenden Organe sind genauestens zu beachten.

Der Geraer Stadtrat wurde aufgrund des „Gleichschaltungsgesetzes“ aufgehoben. Der neue Stadtrat setzte sich dann wie folgt zusammen: 13 NSDAP, 10 Sozialdemokraten, 1 Schwarzweißrot, 1 Volkspartei. 49, 55

2. April
1933

Geraer Nachrichten: „In der Stadtratsitzung am 1. April wurde nach der Einführung des Herrn Oberbürgermeisters Kießling ein Hoch auf das deutsche Vaterland und den Herrn Reichskanzler ausgebracht. Während sich alle Stadtratsmitglieder von ihren Plätzen erhoben, blieben die Mitglieder des Stadtrates Giebler, Spörl und Heyer demonstrativ sitzen. Durch dieses Verhalten bemächtigte sich der anwesenden Stadtratsmitglieder und der Zuschauer eine außerordentliche Erregung. Diese Erregung übertrug sich nach Bekanntwerden des Vorganges auf die national gesinnten Kreise der gesamten Geraer Einwohnerschaft, so dass sich das Polizeipräsidium veranlasst sah, für die genannten Stadtratsmitglieder Schutzhaft anzuordnen. Die Stadtratsmitglieder Giebler und Spörl wurden am 1. April in Haft eingeliefert, während das Stadtratsmitglied Heyer sich bisher seiner Inhaftierung entzogen hat...“

3. April
1933

5. April 1933 Geraer Nachrichten: „Säuberung der Thüringer Justiz – um auch in Thüringen die Justizverwaltung von Fremdrassigen zu säubern, hat der Thüringische Justizminister den Amtsgerichtsrat Dr. Schlegel in Gera an das Justizministerium berufen...“
7. April 1933 „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ – es folgte eine Entlassungswelle aus den öffentlichen Verwaltungen mit der Begründung „nationaler Unzuverlässigkeit“. ⁵⁶
- Betroffen waren in der Geraer Stadtverwaltung 27 Beamte, 31 Angestellte und 76 Arbeiter, unter ihnen Hermann Drechsler, Gertrud Baumgärtel (beide SPD) und Hermann Schulze (KPO). ^{36, 43}
15. April 1933 Geraer Nachrichten: „Professor Otto Dix wurde als Lehrer bei der Akademie der bildenden Künste in Dresden entlassen, weil seine Bilder geeignet wären, den Wehrwillen des deutschen Volkes zu beeinträchtigen.“ Im selben Jahr begann Dix eine „Innere Emigration“ in Südwestdeutschland. Ab 1937 wurden seine Werke von den Nationalsozialisten als „entartete Kunst“ und „gemalte Wehrsabotage“ diffamiert. 260 von ihnen wurden aus deutschen Museen beschlagnahmt, verkauft und zum Teil verbrannt. Dennoch konnten auch die Nationalsozialisten seinen Ruhm nicht ganz unterbinden: 1937, zur selben Zeit, in der die Ausstellung Entartete Kunst in ganz Deutschland zu sehen ist, wurden zwei Dix-Werke in der Sonderausstellung zum 700. Stadtjubiläum von Gera gezeigt. Dort mussten sie jedoch auf Anweisung des Gauvorstandes nach zwei Wochen entfernt werden. 1938 wurde Dix durch die Gestapo für zwei Wochen inhaftiert. Mitten in dieser schwersten Zeit seiner Laufbahn erhielt Dix einen seiner größten Aufträge: Für den Besitzer der Köstritzer Brauerei malte er im altmeisterlichen Stil eine Darstellung des heiligen Christophorus. Im Jahr 1945 wurde er zum Volkssturm eingezogen und geriet in französische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Februar 1946 nach Hemmenhofen zurückkehrte. ⁵⁷
16. April 1933 Der Staatsbeauftragte Dr. Jahn übergab die laufenden Geschäfte der Verwaltung an den Oberbürgermeister Kießling. Gera erhielt seine Selbstverwaltung zurück. ^{43, 58}

Der 44. Geburtstag von Adolf Hitler wurde in Gera aufwendig inszeniert. Bereits am 19. April 1933 zog ein Fackelzug mit über 8.000 Mann mit SA und SS durch Gera um „ihre Verehrung für Adolf Hitler Ausdruck zu verleihen“. Die Geraer Nachrichten berichteten auf vier Seiten von „Der Mann und sein Werk“. Die gesamte Stadt war umfangreich beflaggt. Am 20. April fand im Rathaussaal ein Festakt statt sowie eine Festvorstellung im reussischen Theater. Die Stadt Gera, wie auch viele andere Gemeinden und Städte, ernannten Adolf Hitler, Fritz Sauckel und Dr. Wilhelm Frick zu Ehrenbürgern.

19./20. April
1933



Abbildung: Stadtarchiv Gera, III C 01, Nr. 0076 ⁹

Die NSDAP Gera beantragte am 4. April 1933 dem „Obersten Führer Adolf Hitler und unseren allverehrten Gauleiter, Staatsminister Fritz Sauckel“ das Ehrenbürgerrecht einzuräumen. Später wurde noch Dr. Wilhelm Frick vorgeschlagen. Die Kosten für die Urkunde sollten sich auf 100 bis 120 RM belaufen und in einer Mappe aus Rindsleder gefertigt werden. Die Übergabe der Ehrenbürgerurkunden entwickelte sich jedoch zur Peinlichkeit. Oberbürgermeister Kießling war am 21. April 1933 beim Reichskanzler Hitler, jedoch ohne Urkunde. Die NSDAP verwechselte das Datum von Hitlers Besuch in Gera im Juni 1930. In der Urkunde stand Januar und so musste der aufwendig auf „Kalbspergament“ geschriebene Text korrigiert werden. Fritz Sauckel besuchte Gera am 24. Mai 1933 und erhielt dabei seine Urkunde. Im Jahr 1935 hatte Kießling die Urkunde an Hitler noch immer nicht übergeben können. Er schreibt an dessen Büro: „Ich komme gern nach Berlin oder Obersalzberg oder sonst wohin, wohin Sie mich bestellen...“ Die Adjutantur von Adolf Hitler in Berlin bat um Zusendung der Urkunde, welche dann Ende Juni 1935 versandt wurde, der Führer lies „im Auftrag“ danken.

Im März 1936 wurde festgestellt, dass die Urkunde für Dr. Wilhelm Frick auch noch nicht übergeben wurde. Als würdigen Anlass lud man ihn zur 700 Jahr-Feier der Stadt im August 1937 ein. Dr. Wilhelm Frick erschien jedoch nicht. Am 23. November 1937 letztendlich gelang die Übergabe der Urkunde in einer aufwendig gefertigten Kasette aus Rindsleder mit Reichsadler und Hakenkreuz, gestaltet vom Geraer Künstler Franz Oertel.

Im Oktober 1946 wurden diese drei Ehrenbürgerrechte in der Stadt Gera widerrufen.^{9, 59, 60}

27. April
1933

Geraer Nachrichten: Die SPD benennt ihre neuen Stadtratsmitglieder: Robert Giebler, Ernst Heyer, Gustav Müller, Walter Schack, Karl Wetzel, Herbert Frister, Maria Trögel, Erich Dietsch, Fritz Roth, Erich Jähnert und Hans Pfaffrath. Die Deutsche Volkspartei verzichtete auf ihren Kandidat. Zwei Tage später wurde von der Verhaftung von Robert Giebler berichtet, weil er eine Agitationschrift für die SPD verbreitet hatte.^{61, 62}

Im Kegelschuppen des Geraer Restaurants „Felsenkeller“ in der Plauenschen Straße trafen sich Geraer Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftler zu einem ersten Meinungsaustausch über die Möglichkeiten des Kampfes gegen die Naziherrschaft. ¹⁴

Mai
1933

Protestsaktionen gegen das nationalsozialistische Regime: Geraer Arbeiter hatten in der Nacht zuvor rote Fahnen an Hochspannungsmasten entlang der Elster, auf dem Schornstein der Färberei Hirsch und der Ziegelei in Leumnitz sowie in Langenberg und auf der Lasur befestigt. Franz Franke vom Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er an der mehrhundertjährigen Linde am Ortseingang Roschütz eine rote Fahne anbrachte. ³⁶

1. Mai
1933

SA-Trupps besetzten in Gera Gewerkschaftshäuser. Gewerkschaftsfunktionäre wurden in „Schutzhaft“ genommen. Die freien Gewerkschaften wurden zerschlagen. ³⁶

2. Mai
1933

Auf der Sitzung des Stadtrates erklärte Ernst Heyer (Fraktionsvorsitzender der SPD): „Wir geben uns keinen Täuschungen über die gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse und über die Möglichkeiten unseres Wirkens in politischen Körperschaften hin. Wir lehnen sie ab und bekennen uns ausdrücklich zu unserer sozialdemokratischen Überzeugung. Auch äußerer Druck vermag uns dahin nicht wankend zu machen. Auf uns wirken nur bessere Argumente und bessere Leistungen. Wir werden beides abwarten.“ ^{49, 63}

8. Mai
1933

Das Vermögen der KPD wurde eingezogen, was das „rein äußerliche Ende der Partei dokumentiert“. ³²

26. Mai
1933

83.883 Einwohner wurden bei einer Volkszählung in Gera gezählt. ¹⁴

16. Juni
1933

Betätigungsverbot der SPD. In den darauf folgenden Tagen lösten sich alle anderen Parteien mit Ausnahme der NSDAP selbst auf. ⁶⁴

22. Juni
1933

Geraer Nachrichten „Der Kampf um die Volksseele... Wir nationalen Deutschen, ob wir zu dieser oder jener Fahne schwören, sind eins in der Totalität des Willens zu Volk und Vaterland, wir sind vaterländisch gleichgeschaltet.“

4. Juli 1933	Die Tageszeitung der NSDAP Geraer Beobachter berichtete darüber, dass das Verlagshaus der „Ostthüringer Tribüne“ (heute Stadtwerke in der De-Smit-Straße) in Horst-Wessel-Haus umbenannt wurde. Die NSDAP-Kreisleitung und der „Geraer Beobachter“ zogen ein. 1929 legte der Sozialdemokrat Franz Petrich den Grundstein für das Verlagshaus, in welchem auch der Vorstand der SPD untergebracht war. ³⁶
7. Juli 1933	<i>Mit der „Verordnung zur Sicherung der Staatsführung des Reichsinnenministers“ hob Frick sämtliche SPD-Abgeordnetenmandate im Reichstag, in den Landtagen und Gemeindeparlamenten auf.</i> ⁶⁴
14. Juli 1933	Gesetz gegen die Neubildung von Parteien. ⁶⁴
19. Juli 1933	Einführung des Hitlergrußes in der Geraer Verwaltung. ⁴³
1. September 1933	Otto Zinn wurde Kreisleiter der NSDAP für den Stadt- und Landkreis Gera. ⁶
1. Januar 1934	Die Umsetzung von Zwangssterilisation und „Euthanasie“ gehörte zu den wesentlichen Elementen des Rassenwahns der Nationalsozialisten. Die Thüringer Landesregierung ordnete auf Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ die Einrichtung eines Erbgesundheitsgerichtes in Gera an, zuständig für die Amtsgerichtsbezirke Auma, Gera, Neustadt, Ronneburg und Weida. Gleichzeitig wurde das städtische Krankenhaus für die Ausführung der Unfruchtbarmachung bestimmt. Zuständig war u. a. Dr. med. Kurt Franke, leitender Arzt der Inneren Abteilung. Nach einer unvollständigen Übersicht des „Thüringischen Landesamtes für Rassewesen“ auf der Grundlage der Meldungen des Geraer Gesundheitsamtes wurden im Stadtkreis von 1935 bis 1942 insgesamt 693 Unfruchtbarmachungen durchgeführt, davon 419 an Frauen und Mädchen. Für den Landkreis Gera, für den gleichfalls das Städtische Krankenhaus zuständig war, wurden in der Zeit von 1934 bis 1940 insgesamt 1.390 derartige Eingriffe, davon 886 an Frauen und Mädchen, registriert. Unter den Opfern befanden sich im Juni 1935 auch mindestens neun Zöglinge des Städtischen Fürsorgeheims. Das Gesundheitsamt Gera, dem Dr. med. Jung vorstand, war auch in die Organisation der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ einbezogen. Er war an der Erfassung und Verlegung von Bewohnerinnen und Bewohner des Städtischen Fürsorgeheims

und des Kreispflegeheims Tinz beteiligt. Das Fürsorgeheim verfügte 1939 über 180 Plätze und meldete an die „Euthanasie“-Zentrale in Berlin 157 Personen. Das Kreispflegeheim verfügte 1939 über 178 Betten und meldete 225 Personen. Bisher fehlen weitere Forschungen über das Schicksal der Gemeldeten.³⁶

In der Stadtratssitzung, an der 12 Mitglieder teilnahmen, betonte Oberbürgermeister Kießling, dass der Stadtrat nur noch aus einer politischen Richtung bestehe.⁴⁹

Eine erste Luftschutz-Verdunklungsübung wurde in der Stadt Gera durchgeführt.¹⁴

Die Zeitung der NSDAP „Geraer Beobachter“ (ehemals „Der Nationalsozialist“) feierte zehnjähriges Bestehen.²⁷

In einem Schreiben berichtete der Oberbürgermeister Kießling: „Noch zum Deutschlandflug am 26. Juni 1932 wurde der Führer von der marxistischen Meute in den Straßen der Stadt umjohlt. Von dieser Pest hat uns der Führer befreit. Heute herrscht in Gera echter deutscher nationalsozialistischer Geist und Gemeinschaftssinn.“⁹

Adolf Hitler erneut auf dem Gauparteitag in Gera.⁶

Gera wurde mit dem Einzug von Truppenteilen des aus Schlesien stammenden Reiterregiments 11 der Reichswehr wieder Garnisonsstadt. Das Militär erhielt die Bezeichnung „Reiterregiment Gera“ und war in der Reuß- Kaserne untergebracht.¹⁴

Alle „Logen“ wurden verboten, auch die Geraer Freimaurerloge „Archimedes zum ewigen Bunde“ von Meister Ernst Paul Kretschmer (Realoberlehrer und Stadtarchivar).¹⁴

Die „Deutsche Gemeindeordnung“ schaffte das bisher föderalistisch strukturierte Gemeindeverfassungsrecht der deutschen Länder zugunsten einer zentralistischen Regelung, die im gesamten Deutschen Reich galt, ab. In der Stadtverwaltung wurde das Führer-Gefolgschaftsprinzip durchgesetzt. Der Oberbürgermeister, bisher nur ausführendes Organ des demokratisch gewählten Stadtrates, führte nun die Verwaltung der Stadt in voller und ausschließlicher Verantwortung.

9. Januar
1934

16. Februar
1934

27. Februar
1934

14. Juni
1934

16./17. Juni
1934

18. September
1934

1935

30. Januar
1935

Als „Gemeindevertretung“ wurden in Gera an Stelle des bisherigen Stadtrates 25 ehrenamtliche Ratsherren ernannt, die den Oberbürgermeister in einigen Fällen beraten, aber nicht selbst abstimmen oder Beschlüsse fassen durften. ^{14, 65}

16. März
1935

Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ⁶

20. August
1935

Der arbeitslose Holzbildhauer Alfred Starke sprach im Vorzimmer des Oberbürgermeisters der Stadt Gera vor und bat um Arbeit und Wohlfahrtsunterstützung. Dabei äußerte er u. a. dass es in der Tschechoslowakei bessere Arbeitsmöglichkeiten gibt und er sich bereits dort nach Arbeit umgeschaut hat. Daraufhin schätzte das Vorzimmer folgendes ein: „Nach Erkundigungen beim Personalamt habe ich festgestellt, dass es sich bei Starke um eine unzuverlässige staatsgefährliche und unsaubere Person handelt. Er wäre bei der Überschreitung der tschechoslowakischen Grenze wegen Devisenvergehen verhaftet worden; er hat 30.-- RM im Besitz gehabt. Starke soll mit dem Rot-Frontkämpfer-Bund in Verbindung stehen. Ich habe auch den Eindruck gewonnen, dass er im Dienst des verbotenen Rot-Frontkämpfer-Bundes und der KPD steht und dass er im Auftrage dieser staatsfeindlichen Organisation nach der Tschechoslowakei fahren wollte...Es wäre zweckmäßig, Starke durch den SS-Sicherheitsdienst überwachen zu lassen.“ ⁶⁶

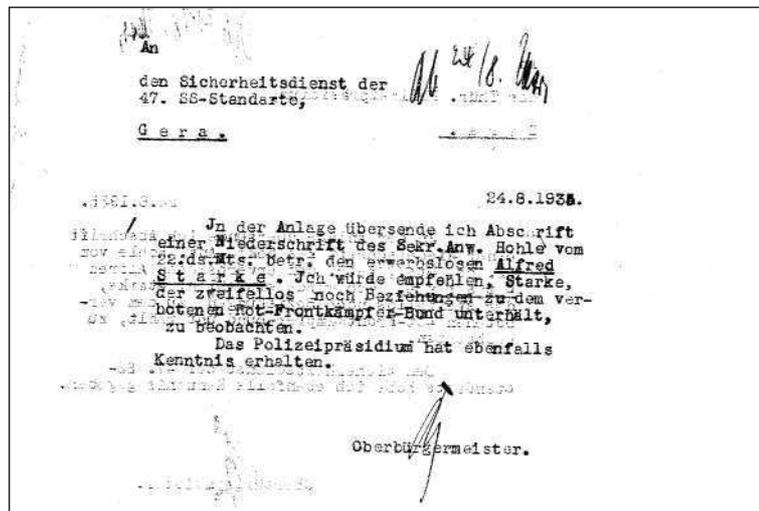


Abbildung: Stadtarchiv Gera, III B-1, Nr. 13627 ⁶⁶

Besprechung der Dienststellenleiter: „...Oberbürgermeister Kießling weist darauf hin, dass die Mitarbeiter der Verwaltung immer Soldaten unseres Führers Adolf Hitler sein sollen und mit-helfen am Aufbau des Dritten Reiches. Mit einem Heil auf den Füh- rer schließt der Oberbürgermeister...“ ⁶⁷	29. November 1935
<i>Die Nationalsozialisten beschlossen die Namen der Deutschen Orte flächendeckend zu germanisieren.</i> ¹⁴	1936
Aus dem Ort Culm bei Gera wurde nach der nationalen Orts- namensänderung das Örtchen „Brahmenau“. ¹⁴	
Bei der Reichstagswahl gingen in Gera von 62.059 Wahlberechtig- ten 60.689 zur Wahl. Adolf Hitler erhielt 58.319 Stimmen. ⁶⁸	29. März 1936
In einem Brief an die Königin der Niederlande, Wilhelmina, setzte sich Heinrich 33. Prinz Reuß für den Nationalsozialismus ein und legte seine Gründe dar, warum er ihn unterstützte: Deutschland habe „am Rande schlimmsten Bolschewismus“ gestanden. „Da schenkte uns Gott den Deutschen Führer Adolf Hitler“, der einen „starken Wall...gegen diese vernichtende Flut“ errichtet und nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa gerettet habe. Man könne die „Bolschewiken und dieses ganze Pack...nicht mit Glacéhand- schuhen behandeln“. Die Handhabung der „Judenfrage“ verstehe das Ausland nicht, da es sich „noch nicht in dem Zustand der Ver- judung“ befinde. Als Prinz Reuß die NSDAP verlassen musste, weil er bis 1931/32 Mitglied der Großen Landesloge der Freimau- rer von Deutschland gewesen war, trat sein Antisemitismus deut- lich hervor; dieser Orden, dessen Ordensmeister Friedrich Leopold von Preußen gewesen war, habe „wohl als einzigste bürgerliche Institution“ einen „scharfen Kampf“ gegen die „schleichende Aus- breitung des Judentums in Deutschland“ geführt. ^{16, 69}	26. April 1936
Der Reichsstatthalter und Gauleiter Fritz Sauckel führt den neuen Oberbürgermeister Otto Zinn und Karl Becker als Bürgermeister in Gera ein. ⁷⁰	27. April 1936
Der Hitlerjunge Heinz Xylander zeichnete ein übergroßes Hitler- bild für den Schützenplatz. „Nach meinen Berechnungen müsste das Bild 15 Meter hoch und 11 Meter breit sein, wenn es die Idee eindringlich zum Ausdruck bringt: Über dem 1. Mai des deutschen Volkes steht der Führer!“ ⁷¹	Mai 1936

Sommer 1936	Der Ehrenvorsitzende des Reussischen Theaters Gera Heinrich 45. Erbprinz Reuß bemühte sich „in Verbindung mit der Nationalsozialistischen Kulturgemeinde vor Beginn der diesjährigen Spielzeit...eine große Kundgebung für die Bedeutung des deutschen Theaters“ zu veranstalten. ^{16, 72}
	Der Erbprinz trat bereits am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und war u. a. Truppführer im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) sowie Kulturberater der Stadt Gera. Am 29. August 1938 wurde er als Ratsherr in den Geraer Stadtrat berufen. ^{14, 16, 72}
28. August 1936	Das Thüringische Ministerium des Innern bat den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei um Zustimmung zur Errichtung der Außendienststelle Gera der Geheimen Staatspolizei (Gestapo): „...die Errichtung einer Außendienststelle für Ostthüringen, mit dem Sitz in Gera, hat sich im Laufe der letzten zwei Jahre als notwendig erwiesen...ihre Errichtung ist begründet in der schärferen Bekämpfung des Marxismus in Ostthüringen, der, wie wiederholte Feststellungen beweisen, durch die Nähe der Tschechoslowakei immer wieder neuen Antrieb erhält. Auch muss in Ostthüringen in ganz besonderem Maße eine Überwachung der ernsten Bibelforscher erfolgen, die sich gerade in diesem Gebiete besonders bemerkbar gemacht haben...“ ⁷³
12. Januar 1937	In der Dienststellenleiterbesprechung teilte der Oberbürgermeister Otto Zinn mit: „...dass im Gaswerk 3 Damen beschäftigt wurden, von denen 2 Fehlgeburten durchgemacht hätten. Die 3., die inzwischen entlassen worden sei, sei im 3. Monat schwanger. Es sei bezeichnend, dass z. B. in Thüringen annähernd soviel Fehlgeburten, wie Lebendgeburten zu verzeichnen seien. Dabei müsse leider angenommen werden, dass es sich bei einem größeren Teil der Fehlgeburten und kriminelle Fälle handele. Diese Feststellung sei erschütternd und müsse auf jeden Fall bekämpft werden. Im Hinblick auf die bevölkerungspolitische Bedeutung müsse hier unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden. Er für seinen Teil werde jede städtische Angestellte sofort entlassen, wenn er erfahre, dass sie eine Fehlgeburt gehabt habe, ganz gleich, ob es sich dann um einen kriminellen Fall oder um einen unglücklichen Zufall handele. Er bittet, das Gesagte streng vertraulich zu behandeln.“ ⁶⁷

Die Gestapo-Außenstelle Gera wurde durch Verfügung des Thüringer Innenministeriums im Dienstgebäude des Polizeipräsidioms eingerichtet, mit einem Kriminalbezirkssekretär als Leiter und zwei Kriminalbeamten als Mitarbeiter, die von der Sonderabteilung für politische Angelegenheiten der Kriminalabteilung des Polizeipräsidioms Gera übernommen wurden. Schon bald gab es Querelen zwischen der Staatspolizeistelle (Stapo) Weimar und der Kriminalabteilung Gera wegen Abgrenzung der Zuständigkeiten und Aufgaben. Letztere klagte über zu große Arbeitsbelastungen, vor allem wegen des Umzugs der Gestapo-Außenstelle 1938 in die Adelheidstraße und wegen Personalmangels bei der Kripo. Monatelang gingen Schreiben zwischen Geraer Polizeipräsidium/Kriminalabteilung und Stapostelle Weimar bzw. Reichsstatthalter und Chef der Sicherheitspolizei in Berlin hin und her. Erst im Frühjahr 1940 waren die Zuständigkeiten endgültig geklärt: „Die Außendienststelle der Staatspolizeistelle Weimar in Gera ist in Zukunft für alle Vorgänge auf staatspolitischem Gebiet der NSDAP und ihrer in den Stadt- und Landkreisen Gera und Altenburg zuständig...“²

1. März
1937

Die Geheime Staatspolizei – Gestapo – war mit der Beobachtung und Bekämpfung der Gegner des Regimes beauftragt. „Gegner“ waren nach dem Feindbild der Nationalsozialisten nicht nur die Angehörigen des politischen Widerstandes wie Kommunisten und Sozialdemokraten, ehemalige Gewerkschafter (bis 1935/36 vorrangig), bürgerliche Oppositionelle, nationalsozialistische Gegner aus Kirchenkreisen Zeugen Jehovas und Bekennende Kirche, sondern auch ganz allgemein Personen, die sich kritisch gegenüber dem System äußerten oder sich seinen Anforderungen verweigerten (z. B. oppositionelle Jugendgruppen, Asoziale und Arbeits-scheue). Außerdem hatten jüdische Personen und Zigeuner, vor allem während des Krieges, sowie die ausländischen Zivil- und Zwangsarbeiter, speziell die aus Polen und der Sowjetunion, unter den Repressalien und Quälereien der Gestapo zu leiden.²

Carl Zeiß Jena errichtete in der Geraer Kepplerstraße die Technischen Werkstätten zur Produktion von militär-optischen Geräten.¹⁴

1937

Das Konzentrationslager in Buchenwald wurde errichtet.

15. Juli
1937

In Thüringen gab es Konzentrationslager in Nohra, Bad Berka und Bad Salzungen. Als es um die Errichtung eines zentralen Lagers in

Mitteldeutschland ging und Reichsstatthalter Sauckel unbedingt ein solches wünschte, wurde als Standort der Ettersberg bei Weimar ausgewählt. Für den Aufbau nahm man einen Teil der Häftlinge des Konzentrationslager Bad Sulza. Es unterstand von Anfang an der SS. Anfangs bestand die Mehrzahl der Insassen aus politischen Häftlingen, Berufsverbrechern und „Bibelforschern“ (Zeugen Jehovas). 1938 kamen nach Massenverhaftungen „Asoziale“, Zigeuner und Juden dazu (letztere aus Österreich und nach den Novemberpogromen im „Altreich“).²

Die Nationalsozialisten verschleppten auch etwa 10.000 Schwule in die Konzentrationslager, wo sie einen rosa Winkel tragen mussten. Nur etwa 40 Prozent von ihnen überlebten. Obwohl es kein Gesetz gegen die lesbische Liebe gab, verhaftete die Gestapo auch eine unbekannte Zahl von Frauen wegen ihrer Homosexualität und kennzeichnete sie in den Konzentrationslagern als „Asoziale“ mit dem schwarzen Winkel. Über die Verfolgung von Homosexuellen in Gera gibt es bislang keine Erkenntnisse.²

Die größte Gruppe der politischen Gefangenen bildeten die Kommunisten. Die Häftlingskategorie „Jude“ als Untergruppe aller anderen Kategorien führte die SS in Buchenwald Ende April 1938 nach den ersten Verhaftungen durch die „Aktion Arbeitsscheu Reich“ ein. Neben den zahlreichen Hinrichtungen, die im Lager stattfanden, medizinischen Versuchen mit tödlichem Ausgang, zahllosen Todesfällen durch Infektionskrankheiten wie Typhus, Ruhr, Fleckfieber, sowie infolge von Unterernährung in den letzten Kriegsjahren und Zwangsarbeit war das Konzentrationslager für viele Häftlinge nur eine Durchgangsstation in die Vernichtungslager des Ostens. Zu dem Konzentrationslager Buchenwald zählten 22 Außenlager. Das größte war das für die Produktion der Vergeltungswaffe V2 eingerichtete in Mittelbau-Dora. Im Januar 1945 registrierte die Lagerstatistik die Höchstbelegung von 110.000 Häftlingen. Bis zur Befreiung im April 1945 waren hier ungefähr 250.000 Menschen inhaftiert, von denen 56.000 nicht überlebten. Anfang 1945 wurde das Lager zur Endstation für Evakuierungstransporte aus Auschwitz und Groß-Rosen. Kurz vor der Befreiung versuchte die SS, das Lager zu räumen und schickte 28.000 Häftlinge auf Todesmärsche. Etwa 21.000 Häftlinge, darunter über 900 Kinder und Jugendliche, blieben im Lager. Am 11. April 1945 erreichten Einheiten der 3. US-Armee den Ettersberg. Die SS floh, Häftlinge der geheimen Widerstandsorganisation öffneten das Lager von innen.²

Waffen-
Konzentrationslager Buchenwald
Kommandantur.

Stadtarchiv Gera
Weimar-Buchenwald, den 15.8.1944

III./Az.: 14 c 2 /B.44/ We./Tu.-

5

Betreff: Aufnahmefähigkeit des Konzentrationslagers Buchenwald
und seiner Außenlager.
Bezug: Dort. Fernschreiben Nr. 7631/Koe. vom 13.8.1944.
Termin: 15.8.1944.

An das
Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
Amtsgruppe D
Oranienburg /Berlin,

I. Im Stammlager KL. Buchenwald können bei engster Belegung,
das heißt ohne Belegung der Tagesräume untergebracht werden:

In Wohnbaracken	16 660	Häftlinge
" Zelten	2 000	"
Insgesamt	18 660	Häftlinge.

II. Aufnahmefähigkeit bei höchster Belegung unter Ausnutzung
der Tagesräume:

In Wohnbaracken	24 980	Häftlinge
" Zelten	2 500	"
Insgesamt	27 480	Häftlinge.

III. Derzeitige Belegung des Stammlagers:

31 491 Häftlinge.

Die Unterbringung der Überbelegung von 4011 Häftlingen ist nur
dadurch möglich, daß ein Teil der Häftlinge im Freien schläft,
die Häftlinge zu zweit in einem Bett schlafen und durch Mitbenut-
zung der Betten infolge Tag- und Nachtschichtwechsel.
Eine Unterbringung von Häftlingen durch weiteres Zusammendrängen
in den Wohnblocks ist wegen Raummangel nicht möglich, auch ist die
bauliche Belastung überschritten.
weitere, bereits angemeldete Zugänge müssen im Freien belassen
werden, da Zelte nicht vorhanden.

21. bis 29.
August 1937

„Das tausendjährige Gera feiert seinen 700. Geburtstag als Stadt“ – Der Oberbürgermeister Otto Zinn in seiner Festrede: „Die aufstrebende Industriestadt Gera mit ihrer vielfach neu zugezogenen Arbeiterschaft war schon frühzeitig eine Hochburg des Marxismus und ist das auch bis 1932 geblieben. Es ist hier nicht der Ort und die Stunde, Vorwürfe gegenüber Personen und Einrichtungen zu erheben, deren Unzulänglichkeit Ursache dieser unheilvollen politischen Entwicklung war. Falsch wäre es aber auch, diese Zeit bei der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Stadt zu übergehen oder den Versuch zu machen, sie aus dem Bewusstsein des Volkes zu löschen. Denn erst die Erinnerung an diese Zeit des Niedergangs und der Vergleich zwischen diesen Tagen und heute vermitteln uns die Größe und die Gewalt der epochalen Vorgänge unserer Zeit.“ Die Vertreibung von ausländischen Spezialisten und jüdischer Ärzte, vor allem des als Halbjude bezeichneten Dr. Simmel, aus dem Waldkrankenhaus, hob Zinn als besondere Leistung hervor und malte Schreckensbilder von „schicksalschweren Jahren“, in denen im Krankenhaus nicht der „Volksge-sundheit“ gedient worden war, sondern „Parteihader“ und „ausländische Juden“ ihr Unwesen getrieben haben.⁷⁵



*Fürstenstraße (heute Am Sommerbad) zum Gauparteitag 1934 in Gera
Foto: Stadtmuseum Gera, Nr. 2004/1243, Fotograf unbekannt⁷⁶*

Von den 84.000 Geraer Einwohnern beteiligten sich etwa 2.700 am Festzug durch die Stadt. Gestaltet wurden 32 Festwagen. Die beteiligten 52 Gruppen stellten verschiedene historische Epochen dar. Die Nationalsozialistische Formationen stellte einen direkten Bezug zur zeitgenössischen Politik her: „Mit Adolf Hitler ins Dritte Reich“. Es marschierten zwei Musikgruppen der SA und SS, 500 SA- und SS-Angehörige, eine HJ-Abteilung sowie eine Gruppe vom Bund Deutscher Mädel (BDM). In der Festwoche marschierten u.a. die gesamte HJ durch die Stadt und führte „Ausschnitte aus dem Lagerleben“ vor.

Herausgegeben wurden zwei Festschriften, eine „Festgabe“ in der verschiedene Artikel über die kulturelle und historische Entwicklung der Stadt vom Geraer Zeitungsverlag in einem Buch zusammengestellt und veröffentlicht wurden. Die zweite Festschrift, ein deutlich nationalistisch aufgemachtes „Festbuch“ wurde vom Verwaltungsdirektor Ernst Schmidt der Stadt Gera herausgegeben. Der neutralen „Festgabe“ wurde eine städtisch-nationalsozialistische Darstellung entgegengesetzt in der u.a. Hochglanzfotos von Adolf Hitler, Fritz Sauckel, Otto Zinn und dem Schirmherrn Dr. Frick abgebildet wurden. Den Abschluss der Festwoche mit 40.000 Besuchern bildeten eine Inszenierung der Wehrmacht und ein Riesenfeuerwerk in der Adolf-Hitler-Kampfbahn (ab 1957 Radrennbahn in der Haeckelstraße). Die Geraer Zeitung schrieb am 30. August 1937: „Das Höhenfeuerwerk wurde mit mächtigen Horizontalrädern eingeleitet, die sich zischend in die Lüfte empor schraubten und dort in Sternchen und Leuchtkugeln verpufften. Eine Überraschung gab es, als ein solches Horizontalrad mit einem mächtigen elektrischen Schweif von der Höhe einen Fallschirm abwarf, an dem ein Hakenkreuz langsam zur Erde schwebte.“^{6, 77-82}

*Adolf Hitler nimmt auf der
Tribüne gegenüber der
Fürstenstraße (heute Am
Sommerbad) den Vorbeimarsch
von SA-Truppen zum
Gauparteitag 1934 ab.*

*Foto: Stadtmuseum Gera,
Nr. 2004/1238,
Fotograf unbekannt⁸³*



1937 Eine durchgeführte Abstimmung (das Thema der Abstimmung wurde nicht überliefert), die mit „ja“ oder „nein“ zu erfolgen hatte, brachte im Stimmbezirk Langenberg 72 Neinstimmen. Darüber gab es bei den Nationalsozialisten große Aufruhr und noch in der Nacht wurden Zettel mit dem Text „Hier wohnen 70 Großverbrecher, euch Lumpen sagen wir den Kampf an – Die Getreuen Hitlers“ gedruckt und geklebt. Solche Zettel klebten auch am Grundstück von Franz Werner. Er wurde 1944 nach dem Attentat auf Hitler verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht.⁸⁴

17. Dezember 1937 Die Autobahn von Meerane über Gera sowie die Strecke Hermsdorfer Kreuz nach Jena wurde für den Verkehr freigegeben.⁸⁵

10. April 1938 Zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde nachträglich eine Volksabstimmung – mit eindeutiger Zustimmung – durchgeführt. Deutsche Truppen waren bereits in Österreich einmarschiert und am 15. März verkündete Adolf Hitler auf dem Heldenplatz in Wien unter dem Jubel zehntausender Menschen „den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich“.^{86, 87}



Abbildung: Internetenzyklopädie WIKIPEDIA⁸⁸

Die Geraer Zeitung warb gemeinsam mit dem Reichsluftschutzbund für den Erwerb von Gasmasken zum Schutz bei Luftangriffen durch die Feinde des Reiches mit den Worten: „Die für die deutsche Zivilbevölkerung geschaffene Volksmaske VM 37 gehörte deshalb in der erforderlichen Anzahl in jede Familie“.

27. April
1938

Die Geraer Zeitung berichtete über die Aufstellung von 3.000 Rohstoff-Sparbüchsen in Gaststätten, Betrieben und Behörden mit dem die Geraer Hitlerjugend Silberpapier, Flaschenverschlüsse und Tuben aus Metall sammelte.

12. August
1938

Um 3.00 Uhr früh wurden alle jüdischen Personen polnischer Herkunft aus Gera gesammelt und nach Polen zwangsweise ausgewiesen.⁸⁹

28. Oktober
1938

Am Morgen wurden die jüdischen Synagogen in Gera ausgeräumt und die Einrichtungsgegenstände verbrannt, alle jüdischen Männer ab 16 Jahren verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt.⁸⁹

9. November
1938

Ankündigung des „Eintopfsonntag“ – der Eintopfsonntag wurde in Deutschland am 1. Oktober 1933 ins Leben gerufen. An jedem ersten Sonntag im Monat in der Zeit von Oktober bis März sollte in deutschen Haushalten nur Eintopf gegessen werden. Die Kosten für diese Mahlzeit durften pro Person 50 Pfennig nicht überschreiten. Das für das sonst übliche Sonntagsessen ausgegebene und damit gesparte Geld musste dem kurz zuvor gegründeten Winterhilfswerk und somit Bedürftigen gespendet werden. Im Zweiten Weltkrieg wurde der Eintopfsonntag abgeschafft.^{90, 91}

8. Januar
1939

Geraer Zeitung: „Das Roschützer Schloss wird jetzt Lager des Reichsarbeitsdienstes (RAD) für die weibliche Jugend...Sie lernen die Arbeit schätzen und erleben den Nationalsozialismus in seiner edelsten Form. Die Erziehung zum wahren deutschen Mädels die dereinst als deutsche Frau und Mutter die Hüterin und Garantin der deutschen Nation sein wird, ist die edelste Aufgabe dieser Gemeinschaft...“ Zuvor hatte die Stadt Gera als Eigentümer das stark vernachlässigte Herrenhaus wieder in Stand gesetzt.

3. Februar
1939

Über das gesamte Jahr 1939 hinweg schrieben die Geraer Zeitungen über die „hasserfüllte Welt“, die Deutschland umgebe. Besondere Schwerpunkte der Propaganda richteten sich gegen die Amerikaner, Engländer, Tschechen, Polen und das jüdische Volk. „Kreisleiter Raichen spricht von einer hasserfüllten Welt die Deutschland umgibt“, und von den „Erfolgen“ (die Annexion von Österreich, Sudeten, Böhmen und Mähren und dem Memelgebiet) und dem „größten Staatsmann aller Zeiten“. Er zitierte die Worte Hitlers „Ich glaube an einen langen Frieden“. ⁹²

27. Juni
1939

Oberbürgermeister Otto Zinn in der Dienststellenleiterbesprechung: „...dass jeder Beamte und Angestellte den Kreisleiter zu grüßen habe, vor allem dann, wenn der Kreisleiter in Uniform komme. Im Übrigen müsse er verlangen, dass der Gruß exakter und schneidiger dargebracht werde. Ein Aufwinken des Armes mit gespreizten Fingern genüge nicht. Er werde sich nicht scheuen, diesen oder jenen Beamten, der in dieser Form grüße, öffentlich zurechtzuweisen.“ ⁶⁷

6. Juli
1939

Die Geraer Zeitung berichtete über ein Verfahren an einem Geraer Sondergericht. Der amtlich nicht „genannte“ Geraer wurde nach dem „Heimtückegesetz“ zu sechs Monaten Haft verurteilt.

Das „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen“ vom 20. Dezember 1934 (Heimtückegesetz) stellte die missbräuchliche Benutzung von Abzeichen und Parteiuniformen unter Strafe. Es schränkte darüber hinaus das Recht auf freie Meinungsäußerung ein und kriminalisierte alle kritischen Äußerungen, die angeblich das Wohl des Reiches, das Ansehen der Reichsregierung oder der NSDAP schwer schädigten. ⁹³

26. Juli
1939

1.431 Geraer Frauen erhielten das „Ehrenkreuz der deutschen Mutter“. ⁹⁴

Das „Mutterkreuz“ diente in der Zeit des Nationalsozialismus als Auszeichnung für kinderreiche Mütter, die nach der Rassen-Ideologie der Nationalsozialisten eine „arische“ Abstammung nachweisen konnten. Nach der Wiedereinführung des Muttertages wurde das Mutterkreuz am 16. Dezember 1938 von der Parteileitung der NSDAP als neuer Orden eingeführt. Er wurde in drei Stufen verlie-

hen: Stufe 3 in Bronze ab vier, Stufe 2 in Silber ab sechs und Stufe 1 in Gold ab acht lebend geborenen Kindern. ^{14, 95}

Die Geraer Zeitung veröffentlichte einen Leitartikel zum Volksgerichtshof. Die Schlagzeile lautete „Stätte der Strenge...“ Der nationalsozialistisch gelenkte Volksgerichtshof unter der Leitung von Roland Freisler war berühmt und berüchtigt für seine harten Urteile gegen Andersdenkende, Kommunisten, Juden und Sozialdemokraten.

10. Juli
1939

Die Geraer Zeitung berichtete: „Polnisches Pack wütet im Korridor“ und forderte die Geraer Bevölkerung auf ihre „Volksgasmaske abzuholen“.

3. August
1939

Beim Einwohnermeldeamt in Gera wurde eine Volkskartei eingerichtet, in der alle Einwohner vom 6. bis zum 70. Lebensjahr erfasst wurden. Bis zum 6. Lebensjahr waren Kinder über ihre Eltern gemeldet. ⁹⁶

18. August
1939

Schlagzeilen in der Geraer Zeitung: „Nichtangriffspakt Deutschlands mit Sowjetrußland“, die „Unmenschliche Behandlung der Volksdeutschen“, „Mutter misshandelt, Kind getötet – polnische Willkür“ und zum Westwall „Das gewaltigste Festungswerk aller Zeiten...Da kommt keiner durch“.

22. August
1939

Einführung der Bezugsscheine für lebenswichtige Verbrauchsgüter in Gera. Durch diese Lebensmittelkarten wurde der Bezug von Fleisch, Milch, Fett, Zucker, Marmelade, Nahrungsmittel, Kaffee, Tee, Seife, Hausbrandkohle und Benzin rationiert. ⁹⁷

27. August
1939

Um 04.45 Uhr überfiel die deutsche Wehrmacht ohne vorherige Kriegserklärung Polen, der Beginn des 2. Weltkrieges. ⁹⁸

1. September
1939

Die Geraer Zeitung druckte an diesem Tag die Rede von Adolf Hitler zum Kriegsbeginn. Es wurde mitgeteilt, dass es nun kein Zurück gäbe, und der Krieg begonnen habe.

In der Stadt wurden zahlreiche Männer zum Militärdienst einberufen. Relativ schnell wurde die Geraer Wirtschaft auf die Rüstungsindustrie umgestellt. ¹⁴

15. September
1939

Die Geraer Zeitung berichtete über das erste Geraer Kriegsoffer. Der Soldat Erich Ferber war im Alter von 29 Jahren am 13. September 1939 an der Front gefallen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Hitler-Jugend Gebiet Thüringen (17)

Belehnung:
Weimar, Kaiser-Augusta-Straße 17
Straßenplan 566 / Fernsprechnr. Nr. 2032, 2039, 2041, 2094



Kontokonto: Nr. 8319 Thür. Staatsbank, Weimar
Nr. 1881 Städt. Sparkasse, Weimar
Postkassenkonto: Erfurt Nr. 12288

Der Gebietsführer
Sch./Fr. _____
Besondere Abteilung und Dienststellen angeben!

Weimar, den 21. September 1939

Herrn
Oberbürgermeister Fg. Z i n n,
G e r a.

Lieber Fg. Zinn!

In der Anlage übersende ich Ihnen meinen Aufruf, den ich an die Führerschaft der Hitler-Jugend des Gebietes und Obergaues Thüringen herausgegeben habe.

Ich bitte Sie, diesen Aufruf zur Kenntnis zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass auch Ihre untergeordneten Dienststellen im Sinne dieses Aufrufes die Erziehung der Hitler-Jugend unterstützen.

Es ist der Obergauführerin und mir und den Mitarbeiterinnen in der kommenden Zeit nicht möglich, den sonst üblichen persönlichen engen Kontakt mit der gesamten Führerschaft aufrecht zu erhalten. Ausserdem kommt erschwerend hinzu, dass ein grosser Teil der Führerschaft einberufen ist und dass Ersatzführer eingesetzt werden müssen.

Ich möchte Ihnen auch bei dieser Gelegenheit herzlich für das grosse Verständnis und für die Unterstützung danken, die Sie bisher der Hitler-Jugend haben Anteil werden lassen und ich bin überzeugt, dass die Jugend auch Ihres Kreises ihre Pflicht tut.

Heil Hitler
Der Führer des Gebietes Thüringen (17)
Theo Schulte
(Theo Schulte)
Gebietsführer.



Anlage.

Abbildung: Stadtarchiv Gera, III B-1, Nr. 1870, Seite 47⁹⁹

Die Einwohnerzahl von Gera betrug 82.262. Die Geraer Zeitung vermeldete, dass sich die Geburtenzahl gegenüber dem Jahr 1933 von 813 im Jahr auf 1.487 im Jahr 1939 erhöht hatte. Damit ergab sich ein Geburtenüberschuss von 282. Man ging in der Presse davon aus, dass „in allernächster Zeit das zur Erhaltung der Volks- und Wehrkraft erforderliche Mindestsoll im Geburtenüberschuss erreicht sein wird“.¹⁴

1940

Die Geraer Zeitung berichtete unter Bezug auf den Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Freisler, dass eindringlich davor gewarnt wird, die Nachrichten ausländischer Rundfunksender abzuhören und zu verbreiten. Der Verstoß dagegen sollte mit Zuchthaus und in schwereren Fällen sogar mit dem Tode bestraft werden.

29. Januar
1940

In der Geraer Zeitung wurde über die große Resonanz in der Bevölkerung bei der „Metallspende des Deutschen Volkes“ berichtet.

5. April
1940

In der Dienststellenvorsteherbesprechung teilte Oberbürgermeister Otto Zinn mit, „dass es wiederholt vorkomme, dass hauptsächlich sonnabends und montags Arbeiter unentschuldig von ihrer Arbeitsstelle fernbleiben, wahrscheinlich deswegen, weil sie nach dem Lohnempfang sich dem übermäßigen Alkoholgenuss nicht fernhalten können. Solche Zustände müssen aufhören. Wenn ihm derartige Fälle wieder gemeldet würden und seine Verwarnungen keinen Erfolg hätten, würde er nicht zögern, derartige unverantwortliche Gefolgschaftsmitglieder dem Arbeitsamt und der Gestapo zu melden. Bekanntlich werden Arbeiter, die die Arbeitsleistung sabotieren, bestraft oder im Konzentrationslager untergebracht...“⁶⁷

9. Mai
1940

Bürgermeister Becker weist in der Dienststellenvorsteherbesprechung: „auf die neuerlichen großen Erfolge der deutschen Wehrmacht hin, die in den letzten Tagen die französische 9. Armee vernichtend geschlagen habe; Arras, Amiens und Abbeville seien in deutschen Besitz und damit die in Belgien und Nordfrankreich operierenden restlichen belgischen, französischen und englischen Truppen von der Verbindung mit Frankreich abgeschnitten. Man dürfe sich für die kommenden Tage den höchsten Erwartungen hingeben...“⁶⁷

21. Mai
1940

- 19. August
1940** Die Geraer Zeitung berichtete über einen nächtlichen Fliegerangriff vom 17. zum 18. August 1940 in der Umgebung Geras durch die britische „Royal Air Force“. Beim Abwurf von Spreng- und Brandbomben wurden in Liebschwitz zwei Häuser zerstört, drei Personen getötet und fünf Personen verletzt.
- 20. Mai
1941** Als vorläufiger Abschluss der „Aktion der Metallspende zur Unterstützung der Kriegswirtschaft“ in Gera wurden durch Schneidkolonnen die letzten Eisengitter und Eisenzäune beseitigt.¹⁴
- 12. Januar
1942** In der Dienststellenvorsteherbesprechung gab Oberbürgermeister Otto Zinn einen allgemeinen politischen Überblick mit folgendem Leitgedanken: „Entweder leben und siegen oder untergehen und erledigt sein.“ In seiner Schlussbetrachtung sagt er: „Durch unser Verhalten können wir viel dazu beitragen, die Voraussetzungen zu schaffen, die der Führung die Möglichkeit geben, das Ziel zu erreichen, dass sie sich beim Kampf um die Menschenrechte unseres Volkes gesteckt hat. Unsere Nachkommen werden die Größe des Geschehens an den Opfern erkennen, die jeder von uns zu bringen hat; und wenn wir wollen, dass das Jahrtausende Bestand hat, dann müssen wir die Opfer dafür bringen...beendet mit Sieg-Heil, Kampf-Heil, Hitler-Heil.“⁶⁷
- 17. Januar
1942** Der Oberstaatsanwalts beim Landgericht Meiningen berichtete: „...in der letzten Zeit wurden auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei-Außendienststelle Gera, zahlreiche ausländische Arbeiter, meist Flamen und Kroaten, in das Landgerichtsgefängnis (Meiningen) zur Vollstreckung von Polizeihaft eingeliefert. Sie waren auf Grund von Arbeitsverträgen, die sie im Ausland abgeschlossen hatten, freiwillig nach Deutschland gekommen, hatten dann aber, weil sie angeblich den ihnen zugesagten Lohn nicht erhielten, heimlich ihren Arbeitsplatz verlassen. Die Geheime Staatspolizei verfährt in diesen Fällen, wahrscheinlich im Einvernehmen mit dem Reichstreuhänder der Arbeit meist so, dass sie über die Arbeitsvertragsbrüchigen für die Dauer von etwa 10 Tagen verschärfte Polizeihaft verhängt, die im Landgerichtsgefängnis vollstreckt wird...“¹⁰⁰
- 2. April
1942** In der Dienststellenvorsteherbesprechung sprach der Oberbürgermeister „vom Endsieg und den Glauben an den Führer“.⁶⁷

Herr H. aus der Botenmeisterei der Stadtverwaltung zeigte sich bei einer BüchSENSammlung der Deutsche Arbeitsfront (DAF) durch den Oberbürgermeister „unbeteiligt mit Händen in den Taschen“. Er gab sich gegenüber dem Oberbürgermeister wissenslos über die anstehende Sammlung. Nach mehrmaligen Nachfragen gab er zwei bis drei Pfennige mit den Worten „Da, habt ihr den Dreck“. Herr H. wurde daraufhin vom Oberbürgermeister entlassen.⁶⁷

Sämtliche Glocken wurden in der Stadt Gera als Metallspende für die Rüstung abgenommen. Die Bronzeglocke vom Geraer Rathaus-turm konnte durch glückliche Umstände vor der Vernichtung bewahrt und ins Stadtmuseum gebracht werden. Die vier Glocken auf Schloss Osterstein blieben verschont.¹⁴

Aus der Anweisung des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienst des Reichsführers SS als Geheime Reichssache: „...Verschärfte Vernehmung darf nur angewendet werden, wenn aufgrund des Vorermittlungsergebnisses festgestellt ist, dass der Häftling über wichtige staats- oder reichsfeindliche Sachverhalte, Verbindungen oder Planungen Auskunft geben kann, seine Kenntnis aber nicht preisgeben will und im Ermittlungswege nicht feststellbar sind...Die verschärfte Vernehmung darf unter dieser Voraussetzung nur angewendet werden gegen Kommunisten, Marxisten, Bibelforscher, Saboteure, Terroristen, Angehörige der Widerstandsbewegungen, Fallschirmagenten, Asoziale, polnische oder sowjetrussische Arbeitsverweigerer oder Bummelanten. In allen anderen Fällen bedarf es grundsätzlich meiner vorherigen Genehmigung...Die verschärfte Vernehmung kann je nach Sachlage bestehen in: Einfachste Verpflegung (Wasser und Brot), hartes Lager, Dunkelzelle, Schlafentzug, Ermüdungsübungen, aber auch in der Verabreichung von Stockhieben (bei mehr als 20 Stockhieben muss ein Arzt beigezogen werden)...“¹⁰¹

Für die Vorbereitung der Jugend zum Kriegseinsatz fanden in Gera Wehrkampftage der Geraer SA und der nationalsozialistischen Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) in der Adolf-Hitler-Kampfbahn statt. Vor allem die „Wehrgesinnung und die Wehrkraft sowie die vormilitärische Ausbildung“ sollten gefestigt werden.¹⁰²

5. Juni
1942

12. Juni
1942

20. September
1942



*Abbildung: Adolf-Hitler-Kampfbahn Gera
Foto: Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 4247*

24. November
1942

In der Dienststellenvorsteherbesprechung wurde wegen unentschuldigtem Fehlen am Arbeitsplatz festgestellt: „Da fortgesetzte Bummelei vorlag, ist gegen M. wegen Vertragsbruch vorgegangen worden mit dem Erfolg, dass er 10 Tage Polizeihaft verbüßt hat, eine polizeiliche Verwarnung erhielt und schließlich 4 Wochen im Arbeitererziehungslager Buchenwald untergebracht war.“⁶⁷

März
1943

Im „Gedenkbuch der Sinti und Roma“ im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau sind sechs in Gera geborene Lagerinsassen, darunter vier Kinder, ausgewiesen. Sie wurden zusammen mit ihren Familien in das „Zigeunerlager“ von Auschwitz-Birkenau deportiert. Zwei der Deportierten kamen kurz nach ihrer Einlieferung ums Leben. Das Schicksal der übrigen Personen ist noch ungeklärt.²

Die Gemeinden der Sinti und Roma waren bei der Bestimmung ihrer genauen Opferzahlen nicht so organisiert wie die jüdischen Gemeinden. Man geht von einem Bereich zwischen 200.000 und 800.000 Toten aus; offiziell wurde häufig die Zahl 500.000 genannt. Von dem bei den genannten Zahlenangaben mit berücksichtigten kleineren, ebenfalls ziganischen Volk der Sinti wurden (ab 1938) 85 Prozent in Konzentrationslager interniert, von denen nicht mehr als zwölf Prozent überlebten.²

Aus der Dienststellenvorsteherbesprechung: „Wie jedem bekannt sei, habe der Reichsmarschall das ganze deutsche Volk aufgefordert, mit Kohle, Gas und Elektrizität sparsam umzugehen, damit die so ersparten Energiemengen für die Rüstung unserer Soldaten zur Verfügung stehen und der siegreichen Beendigung des Krieges dienen.“⁶⁷

2. März
1943

Kurt S. wurde aus der Hitlerjugend ausgeschlossen: „S. wurde mit Urteil vom 30. Oktober 1942 des Amtsgerichtes Gera zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er öffentlich hetzerische und von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über den Führer gemacht hat...“. Er wurde nach dem „Heimtückegesetz“ verurteilt und saß bis zum 25. September 1943 in Haft.¹⁰³

14. Juli
1943

Dienststellenvorsteherbesprechung: „Die Massenkundgebung am 21. August 1943 auf dem Marktplatz soll eine machtvolle Demonstration des Glaubens und der Zuversicht an den Endsieg werden ...Herr Bürgermeister führt weiter aus, dass durch die Ankunft der Hamburger Bombengeschädigten auch in Gera eine Luftschutz-Psychose eingetreten ist. Er bittet darauf hinzuweisen, dass die Verhältnisse im Rheinland nicht mit unseren Verhältnissen verglichen werden können. Solche Massenangriffe wie im Rheinland sind in Gera nicht zu erwarten.“⁶⁷

19. August
1943

Im Zusammenhang mit der immer schlechter werdenden Versorgungslage der Geraer Bevölkerung wurden Grünanlagen nun als Gemüsebeete genutzt. Auch die Grünflächen und Blumenrabatten des Küchengartens und aller städtischen Grünanlagen wurden hierzu umgepflügt.¹⁴

Januar
1944

Die Postzustellerin Gertrud W., die beschuldigt wurde über die Dauer von mehr als zwei Jahren immer wieder Feldpostpäckchen unterschlagen zu haben, um sich damit zu bereichern, wurde hingerichtet. Das Gericht erklärte das Urteil mit „...sie vergeht sich an der inneren Front unseres Existenzkampfes...in skrupelloser Weise“ und meinte, dass man sie aus der Volksgemeinschaft auszuschließen habe.¹⁴

10. Januar
1944

Mit einer Reihe von Appellen im Hitlerjugend-Heim am Stadtgraben sollte auch die Geraer Hitlerjugend für den „totalen Kriegseinsatz“ erfasst werden. Etwa 900 Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren sollten daran teilnehmen.¹⁰⁴

26. Januar
1944

15. März 1944 Aus der Dienststellenvorsteherbesprechung: „Herr Bürgermeister wies darauf hin, dass es für die Jugendlichen, die von der Hitlerjugend in die Partei überführt worden sind, eine Selbstverständlichkeit sein müsse, das Parteiabzeichen sichtbar zu tragen. Er erwarte, dass alle Jugendlichen auch diese Parteipflichten vom ersten Tage ihrer Aufnahme in die Partei willig beachten...Der Reichsmarschall wünscht, dass anstelle des Wortes ‚Katastrophe‘ in Zukunft das Wort ‚Soforthilfe‘ verwendet werden soll.“⁶⁷
26. März 1944 Alle „wehrfähigen“ 14 Jahre alten Geraer Knaben wurden im Rahmen einer Feier „auf den Führer verpflichtet“.¹⁰⁵
21. Mai 1944 Erinnerungen von Gertrud Günther an den Fliegerangriff: „In der Talstraße waren mehrere Häuser getroffen und zerstört. Ein Haus sah wie ein Puppenhaus aus mit Dach, nur dass die Fußböden in den einzelnen Stockwerken fehlten. Im obersten Stockwerk hing sogar noch die Lampe an der Decke und an einer anderen Wand ein Bücherbrett mit Büchern und daneben kleinere Bilder unversehrt. Alle anderen Einrichtungsgegenstände und Möbel fehlten...In einer Fabrik wurden im Luftschutzraum 22 Arbeiter erdrückt. Unter den Getöteten befanden sich fünf Franzosen, die in Deutschland arbeiteten...“ 76 Menschen starben an diesem Tag bei den Bombenangriffen auf Gera.^{106, 107}
6. August 1944 *Der Gauleiter und Reichsstatthalter Fritz Sauckel traf für das Gebiet Thüringen die Entscheidung die Landestheater und die Theater der Gemeinden zu schließen. Das gesamte Theaterpersonal wurde für den Arbeitseinsatz rekrutiert. Die Orchester sollten in den Arbeitspausen der Betriebe durch ihre Musik die Arbeiter motivieren.*¹⁰⁸
10. August 1944 Aus der Dienststellenvorsteherbesprechung: „Die bitteren Vorgänge vom 20. Juli 1944 haben das eine Gute gebracht, dass eine Pestbeule an unserem Volkskörper und staatlichen Organismus aufgestochen wurde.“⁶⁷
22. August 1944 Nach dem missglückten Attentat der Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf Hitler wurden im Rahmen der Aktion „Gewitter“ verhaftet: Dr. Arno Barth, Hermann Drechsler, Ernst Heyer, Rudolf Jungmann, Fritz Roth, Walter Schmidt, Anna Schneider, Maria Trögel und Paul Wetzels (alle ehemals SPD); und Willy

Bröter, Arno Freitag, Fritz Gießner, Walter Karthe, Helene Keiling, Mathias Zanker (alle ehemals KPD) und Fritz Gießner (ehemals KPDO). Sie wurden in das Konzentrationslager Buchenwald bzw. in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück gebracht.³⁶

Aus der Dienststellenvorsteherbesprechung: „...bei Einreichung und Befürwortung von Gnadenersuchen für Volksschädlinge sollen sich die Beamten und Angestellten die größte Zurückhaltung auferlegen.“⁶⁷

12. September
1944

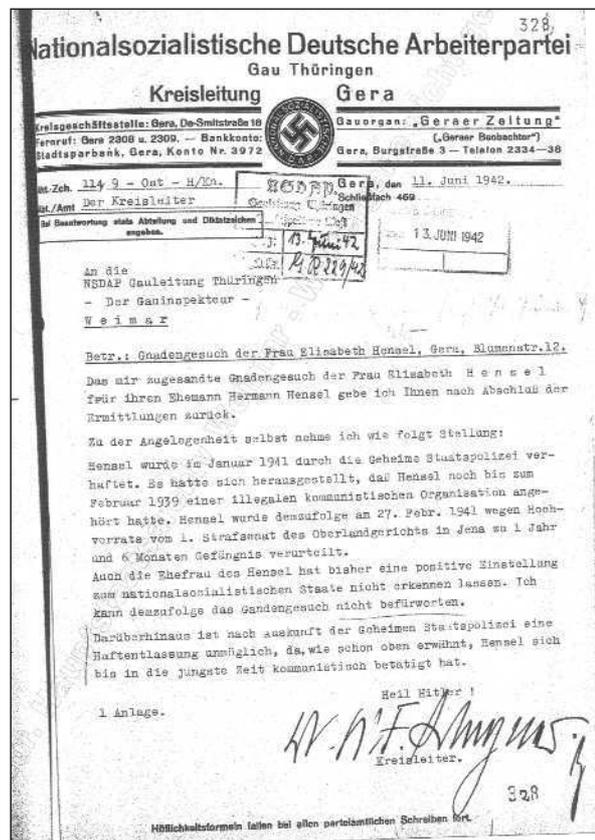


Abbildung: ThHStA Weimar, Thüringer Generalstaatsanwalt Jena, Nr. 558, Blatt 328¹⁰⁹

22. Januar 1945	<p>Anklage des Generalstaatsanwalts in Jena gegen den Kaufmann Gustav Schaaf in Gera, Sorge 52 wegen Verbrechens nach § 5 Abs.1 Nr. 1 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung (Wehrkraftzersetzung): „...Ich klage ihn an, am 3. November 1944 in Gera öffentlich den Willen des deutschen Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen und zu zersetzen gesucht zu haben...Vor seiner Haustür kam er mit der ihm flüchtig bekannten Frau Anna...in ein Gespräch. Sie entbot ihm den deutschen Gruß. Er antwortete mit „guten Morgen“ und brachte gleich Zweifel am günstigen Verlauf des Krieges mit den Worten zum Ausdruck: „Was wird denn nun, was wird denn nun?“...Frau K. ging auf dieses Thema nicht weiter ein und sprach von geschäftlichen Dingen. In diesem Augenblick trat ihr Bruder, der Kaufmann Paul F. ...hinzu. Auch dieser begrüßte den Beschuldigten mit „Heil Hitler“. Die Antwort war: „Bitte unterlassen Sie so etwas mir gegenüber und grüßen Sie mich lieber mit „Grüß Gott“ oder „Guten Tag“. Auf die erstaunte Bemerkung „Aber Herr Scharf“, fuhr der Beschuldigte unter Hinweis auf das Parteiabzeichen F.'s fort: „Das Abzeichen können Sie auch bald ablegen. Sie sehen doch, wie es heute aussieht. Wir haben keine Waffen mehr und den Krieg haben wir selbst verschuldet. Sehen Sie doch, wie wir die Leute im Konzentrationslager behandeln...“.¹¹⁰</p> <p>Am 16. März 1945 wurde Gustav Schaaf zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.¹¹⁰</p>
13. Februar 1945	<p>Am Weimarer Sondergericht fand der Prozess gegen die 23 Jahre alte Irmgard B. aus Gera wegen eines Liebesverhältnisses zu einem französischen Kriegsgefangenen statt. Sie wurde zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Zur Verbüßung der Strafe kam sie ins Zuchthaus Waldheim.¹⁴</p>
März 1945	<p>Entsprechend eines Befehls von SS-Reichsführer Heinrich Himmler wurden in Gera sämtliche Akten der Gestapo und der Polizei, einschließlich der Kriminalpolizei vernichtet. Sie wurden in tagelangen Aktionen in den Öfen des Geraer Energiewerkes verbrannt.¹⁴</p>
31. März bis 10. April 1945	<p>Der Volkssturm wurde in der Osterland-Turnhalle Gera gesammelt.¹¹¹</p>

Deutscher Volkssturm bezeichnet einen militärischen Verband in der Zeit des Nationalsozialismus. Durch einen propagandistischen Aufruf der NSDAP sollten alle „waffenfähigen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren“, den „Heimatboden“ des Deutschen Reiches solange verteidigen, „bis die Zukunft Deutschlands und seiner Verbündeten und damit Europas sichernder Frieden gewährleistet“ ist. ¹¹²

Willy Eckner wurde am 14. Mai 1899 geboren. Er arbeitete als Lehrer in Korbußen und war Mitglied der NSDAP. Als bereits schon eine Woche vor dem Einrücken der amerikanischen Truppen Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Korbußen ihre „Hoheitsabzeichen“ und Hitlerbilder im Dorf entfernten und verbrennen ließen, ordnete dies auch der Lehrer Eckner in der Schule an, ohne einen besonderen Auftrag dazu zu haben. Er gab den Kindern auf, diese Bilder aus den Schulbüchern zu entfernen. Er wurde denunziert und am 9. April zur Geraer Gestapo bestellt. Nach zweitägiger Inhaftierung und Vernehmung wurde Lehrer Eckner jedoch wieder freigelassen, die Gestapo war getürmt. Geheime Agenten der Gestapo – zwei SS-Offiziere – lauerten ihm jedoch am Donnerstag, dem 12. April auf, nahmen ihn fest und brachten ihn in die Trümmerstätte des ausgebombten „Bauernheims“ in der Reichsstraße. Wie Augenzeugen berichteten, wurde Willi Eckner kaltblütig hinterrücks angeschossen. Als er noch Leben zeigte, äußerte der eine Offizier: „Hat das Schwein ein zähes Leben!“ und gab noch einen Schuß ab. ^{2, 113, 114}

9. April
1945

An der Stadtgrenze von Gera (Straße Frankenthal – Scheubengrobsdorf – Windischenbernsdorf) kam es zu Gefechten zwischen 60 Offiziersanwärtern der Fahnenjunkerschule Weilburg/Lahn und amerikanischen Truppen. Dabei starben 16 Soldaten. ^{14, 51}

12. April
1945

In den frühen Morgenstunden erreichte ein Evakuierungsmarsch von Buchenwaldhäftlingen Gera. Die Hauptgruppe des Zuges zog am zerstörten Sommerbad vorbei, bewegte sich über die Heinrichsbrücke und durch die Wiese- und Zoitzbergstraße und überquerte die Elster. Er zog weiter am Elsterdamm und durch die Salzstraße, über die Zoitzbrücke (heute Friedensbrücke) nach Unterröppisch, Wolfsgefährt und Weida. Kleinere Gruppen wurden in der Schlachthofstraße und Reichsstraße, in Kauern, Liebschwitz, Untitz, Falka und Weißig gesehen. ³⁶

13. April
1945

- 13. April
1945** Alfred Böttcher wurde geboren am 15. September 1901 in Kleinbernsdorf. Er war Mitglied der NSDAP und Bürgermeister von Röppisch. Beim Heranrücken der amerikanischen Truppen am 13. April 1945 lies er in seinem Dorf eine weiße Fahne hissen. Von zwei SS-Leuten wurde er aus dem Haus geholt und vor seinem Tor erschossen. Er verstarb am Abend im Waldkrankenhaus an dem Bauchdurchschuss.^{2, 36}
- 14. April
1945** Die Nationalsozialisten sprengten die Eisenbahnbrücke Zwötzen, die Zoitzbrücke, die Elsterbrücke bei Meilitz und das Eisenbahnviadukt über die Elster bei Wünschendorf. Die Sprengung der Autobahnbrücke in Thieschitz misslingt. Die Besetzung der Stadt durch amerikanische Truppen erfolgte und gegen 12 Uhr kapitulierten die etwa 1.200 Soldaten des Standortes Gera.²
- 7. Mai
1945** Die Amerikaner setzten Dr. Rudolf Paul als neuen Oberbürgermeister ein. Die Sitzung der städtischen Dienstherren am 24. Mai 1945 wurde bereits von ihm geleitet.^{51, 67}
- 1. Juli
1945** Die amerikanischen Besatzungstruppen verließen Gera. Einen Tag später zogen die sowjetischen Besatzungstruppen ein.⁵¹

Opposition

Opposition gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat gab es in vielen Formen: Sie reichten von der individuellen alltäglichen Verweigerung gegenüber dem Verfügungsanspruch des totalen Staates über den Selbstbehauptungswillen von Gruppen bis zum politischen Widerstand, der den Sturz des nationalsozialistischen Regimes und die Beseitigung der nationalsozialistischen Ideologie zum Ziel hatte.^{2, 115}

Die Motive des Widerstandes waren so vielfältig wie die Personen und Gruppen, die ihn leisteten. Auch in ihren Zielen und Plänen für eine Neuordnung des politischen Lebens nach Hitler stimmten die Gruppierungen des Widerstandes nicht überein. Viele waren sicher keine Anhänger einer parlamentarischen Demokratie nach unserem Verständnis. Ihre Vorstellungen reichten von einem monarchischen über einen ständischen Staat und verschiedener demokratischer Staatsformen bis hin zu einer kommunistischen Gesellschaft. Schon wegen ihrer unterschiedlichen Weltanschauungen, politischen und sozialen Bindungen konnten die Regimegegner keine geschlossene Front gegen den Nationalsozialismus bilden. Zudem entwickelte sich der Widerstand zu verschiedenen Zeiten. Der frühe Widerstand der Arbeiterbewegung war schon zerrieben, als die bürgerlichen Eliten in Opposition zum Regime traten. Es brauchte noch einmal Zeit, bis Militärs, Beamte, Diplomaten sich entschlossen, den Sturz des Diktators und eine neue Staatsordnung zu planen. Das lange Zögern haben Nachgeborene den Widerstandskämpfern zum Vorwurf gemacht.^{2, 115}

Zu bedenken bleibt aber, dass alle Arten von Opposition, von der stillen Verweigerung bis zum militanten Widerstand, vom nationalsozialistischen Regime als Verrat diffamiert, als Pflichtverletzung oder Treuebruch gebrandmarkt worden sind. Den Gehorsam zu verweigern gehörte nicht zu Tradition und Erziehung der meisten Deutschen. Der nationalsozialistische Staat verfügte gegen die, die sich auflehnten, über Zwangsmittel, Terrorgesetze und Strafen, die er bedenkenlos einsetzte. Widerstand bedeutete Gefährdung, nicht nur der eigenen Person, sondern auch der Familie, möglicherweise auch der Verwandten und Freunde. Daraus ergab sich ein Zwiespalt: Es gibt keine Pflicht zum Heldentum, aber wie viel Unrecht, Verfolgung und Zwang, wie viel Verletzung der Menschenrechte kann und darf der Einzelne hinnehmen? Hilfe für Verfolgte war nach den Gesetzen des nationalsozialistischen Staates strafbar. Das Minimum an Menschlichkeit, das

ungefährdet geleistet werden konnte, war auch ein Zeichen von Opposition gegen den umfassenden Verfügungsanspruch des nationalsozialistischen Staates.^{2, 115}

Zum Widerstand muss man auch diejenigen zählen, die sich weder durch Verlockungen noch durch Zwänge vom System vereinnahmen ließen; die ihre geistige Unabhängigkeit, ihre demokratische oder rechtsstaatliche Überzeugung, die Werte und Normen ihres Milieus bewarten und verteidigten.^{2, 115}

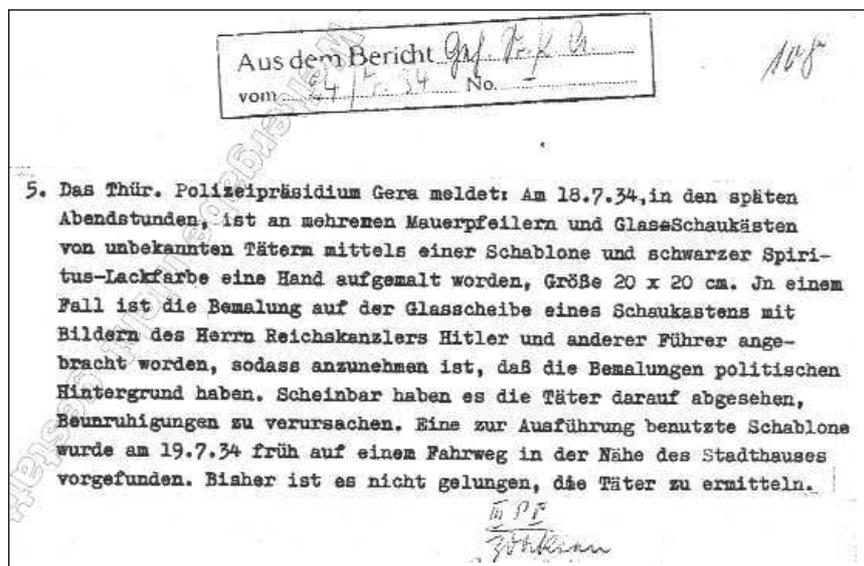


Abbildung: ThHStA Weimar, Thüringisches Mdl, P124, Blatt 83¹¹⁶

Die Kirchen lehnten den Nationalsozialismus nicht grundsätzlich ab. Protestantischer Tradition entsprach die Vorstellung einer starken Obrigkeit und einer engen Verbindung von Thron und Altar, wie sie im Kaiserreich 1871 bis 1918 bestanden hatte. Die Mehrheit der evangelischen Christen stand der Weimarer Republik reserviert gegenüber und sympathisierte z. B. mit der Deutschnationalen Volkspartei. Die Katholiken dagegen galten im Kaiserreich als politisch unzuverlässig – ihre Kirche stand zur Wahrung ihrer religiösen Rechte und kulturellen Autonomie in Opposition zum Staat. Adolf Hitler suchte, solange er noch Mehrheiten brauchte, ein gutes Verhältnis zum politischen Katholizismus. Beschwichtigt durch die Aussicht auf das Konkordat zwischen Reichsregierung und Vatikan, das die Rechte der katholischen Kirche in Deutschland festlegen und garantieren sollte, stimmten die

beiden staatstragenden katholischen Parteien der Weimarer Republik (Zentrum und Bayerische Volkspartei) dem Ermächtigungsgesetz zu. Ende März 1933 nahmen die katholischen Bischöfe auf einer Kundgebung ihre Warnungen vor Adolf Hitler und ihre Verurteilung der nationalsozialistischen Ideologie offiziell zurück.

Widerspruch aus theologischer oder religiös begründeter Ablehnung des nationalsozialistischen Regimes blieb zunächst auf Randgruppen und Einzelpersonen in beiden Kirchen beschränkt. Auf katholischer Seite waren es Männer der katholischen Arbeiterbewegung sowie fromme Christen, die auf ihren Pfarrer hörten und mit der „neuheidnischen“ nationalsozialistischen Politik nichts zu tun haben wollten. Und dann gab es noch katholische Theologen, die den unbedingten Verfügungsanspruch der Diktatur über den Menschen verwarfen.

Erst die alltägliche Behinderung des kirchlichen Lebens und der von den Nazis als „Klostersturm“ inszenierte Kampf gegen Ordensgemeinschaften sowie die „Pfaffenprozesse“ gegen Ordensgeistliche wegen angeblicher Devisenschiebereien und Sittlichkeitsvergehen, mit denen der nationalsozialistische Staat ab Juli 1935 die katholische Kirche bekämpfte, schreckte die Kirchenführer auf.

In der im März 1937 in Absprache mit den deutschen Bischöfen und Kardinälen verfassten Enzyklika „Mit brennender Sorge“ kritisierte Papst Pius XI. die Zustände im Deutschen Reich und verwarf die nationalsozialistische Ideologie: ²

„Mit brennender Sorge und steigendem Befremden beobachten wir seit geraumer Zeit den Leidensweg der Kirche, die wachsende Bedrängnis der ihr in Gesinnung und Tat treu bleibenden Bekenner und Bekennerinnen inmitten des Landes und des Volkes.“

Dieses Rundschreiben wurde in allen katholischen Kirchen verlesen. Die Verteilung des Textes unter den Augen der Gestapo war eine bemerkenswerte organisatorische Leistung. Die Mehrzahl der katholischen Bischöfe war aber auch in der Folgezeit gegen einen Konfrontationskurs mit dem nationalsozialistischen Regime. ²

Im Gegensatz zu den Katholiken hatten die Protestanten im Dritten Reich erhebliche Meinungsverschiedenheiten bei der Einschätzung der Rolle der NSDAP und ihrer Anhänger innerhalb der Kirche. Große Teile des Kirchen-

volkes waren vom Umbruch begeistert: Der neue Reichskanzler Adolf Hitler bekundete öffentlich, dass das „positive Christentum“ eine der Grundlagen des neuen Staates sei. SA-Trupps und NSDAP-Parteigruppen besuchten in geschlossener Formation Gottesdienste. Die 1932 gegründete Vereinigung „Deutscher Christen“ (DC – evangelische Nationalsozialisten) die nach der „Machtergreifung“ den Zusammenschluss der evangelischen Landeskirchen zu einer einheitlichen deutschen Nationalkirche im nationalsozialistischen Geist forderte, war der regimetreue Flügel. Bereits zu den Landeskirchenratswahlen in Thüringen am 22. Januar 1933 vereinigten sie nahezu ein Drittel aller abgegebenen Stimmen. In den Wahlkreisen Meiningen, Gotha, Weimar und Gera standen sie sogar an der Spitze.^{2, 16}

Nur wenigen Mitgliedern der evangelischen Kirche wurde langsam klar, dass es sich letztendlich um einen Kampf zwischen Nationalsozialismus und Christentum handelte, der auch auf politischem Gebiet ausgetragen werden musste. Der Versuch, auch in der Kirche den „Arierparagraphen“ (Bestimmung zur Ausschaltung von „Nichtariern“, d. h. Juden, aus dem öffentlichen Leben) einzuführen, rief erste Proteste hervor:

„Die Glieder der Kirche sind untereinander Brüder. Der Begriff des Bruders schließt Rechtsungleichheit ebenso wie überhaupt jede in irdischen Verhältnissen vermeidbare Geschiedenheit aus.“

Hauptfigur des Protestes war der Berliner Studentenpfarrer und Dozent Dietrich Bonhoeffer. Für ihn waren die Maßnahmen gegen die Juden bereits ausreichend für einen kirchlichen Widerspruch, wobei er wie einige andere auch der Meinung war, dass nur Widerspruch nicht ausreicht. Im Juni 1933 wurden alle Generalsuperintendenten abgesetzt, Staatskommissare traten an ihre Stelle, die Kirchenämter wurden von SA-Leuten besetzt. Überall sollten Dankgottesdienste abgehalten werden. An mehreren Orten widersetzten sich Pfarrer und Gemeinden, man rief zu Buß- und Betgottesdiensten auf, worauf Pfarrer verhaftet wurden. Auf Drängen Hindenburgs wurden die Maßnahmen wieder zurückgenommen.

Die von Adolf Hitler anberaumten Kirchenwahlen brachten den „Deutschen Christen“ fast überall große Mehrheiten in den kirchlichen Gremien. Im Herbst 1933 wurde ein Schreiben von Pastor Niemöller verbreitet, in dem er seine Amtskollegen aufrief, sich zu einem „Notbund“ gegen die „Deutschen Christen“ zusammenzuschließen. Ausdrücklich formulierte er darin, dass es mit dem Glaubensbekenntnis nicht vereinbar sei, Unterschiede zwischen Juden und Nichtjuden zu treffen. Bis Ende des Jahres schlossen sich über ein Drittel aller evangelischen Pfarrer des Reiches dem „Notbund“ an.²

Emil Gustav Friedrich Martin Niemöller (* 14. Januar 1892 in Lippstadt; † 6. März 1984 in Wiesbaden) war ein deutscher Theologe und führender Vertreter der Bekennenden Kirche, sowie Präsident im Weltrat der Kirchen (heute: Ökumenischer Rat der Kirchen). Zuerst überzeugter NSDAP-Wähler, entwickelte er sich während des Kirchenkampfes und seit 1937 als Häftling im Konzentrationslager Sachsenhausen allmählich zum Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus.¹¹⁷

Im Oktober 1933 war in Berlin eine „Bekenntnis-Synode“ zusammengetreten. Diese proklamierte das kirchliche Notrecht. Alle Pfarrer und Gemeindeglieder wurden aufgerufen, den Anweisungen der Reichskirchenführung nicht mehr zu gehorchen. Es begann ein kirchlicher Widerstand, der sich unter Besinnung auf die Bestimmung des Christentums auf elementare Werte wie das Menschsein des Menschen sowie Recht und Gerechtigkeit ausweitete. Die Errichtung eines Reichsministeriums für kirchliche Angelegenheiten im Juli 1935 dämpfte den „Kirchenkampf“ keineswegs. Dieser erreichte seinen Höhepunkt mit der Verhaftung von ca. 800 Pastoren der „Bekennenden Kirche“; 27 davon kamen in Konzentrationslager.

Laut Anordnung des Innenministers durfte die kirchliche Presse nur solche Mitteilungen oder Aufsätze zu kirchlichen Fragen veröffentlichen, die von der Leitung der Reichskirche abgesegnet waren. Deshalb war die „Bekennende Kirche“ gezwungen, ihre Beschlüsse, Predigten und andere Schriften illegal zu verbreiten.

Im Mai 1936 wurde vom radikalen Flügel der Bekennenden Kirche in der Reichskanzlei eine Denkschrift übergeben, in der zum ersten Mal Ideologie und Praxis des nationalsozialistischen Regimes angeprangert wurden: u. a. der staatlich verordnete Antisemitismus, die Existenz der Konzentrationslager, die Willkür der Gestapo. Aber die Denkschrift blieb geheim und eine öffentliche Kanzelabkündigung ermahnte die Gläubigen zum Gehorsam gegenüber der weltlichen Obrigkeit. Wegen der Ablehnung von Kirchenwahlen wurden 1937 mehrere Personen aus der Leitung der „Bekennenden Kirche“, darunter auch Pastor Niemöller, verhaftet. Bei Protestdemonstrationen kam es in Berlin und andernorts zu Festnahmen. Der Prozess gegen Niemöller begann im Februar 1938 – das Urteil: 7 Monate Festungshaft und Geldstrafe. Eigentlich hätte er entlassen werden müssen, weil die U-Haft angerechnet wurde, aber er wurde sofort von der Gestapo ins Konzentrationslager Sachsenhausen überführt, wo er den Status eines „persönlichen Gefangenen des Führers“ hatte.

Bei Kriegsbeginn gaben Reichskirche und kirchliche Gruppen, auch die „Bekennende Kirche“, gegenseitige Burgfriedenserklärungen ab. Aufgrund von Sondervollmachten setzte die Gestapo jedoch den Kampf im Verborgenen fort. Mehrere leitende Pfarrer der „Bekennenden Kirche“ wurden verhaftet, andere konnten sich retten, indem sie Militärpfarrer wurden. Die Stimme des Protestes versiegte nie völlig.²

Jugend ist Neuem gegenüber stets aufgeschlossen, und die Jugendbewegung, die in Deutschland einen besonders starken Einfluss hatte, war im Großen und Ganzen eine Protestbewegung gegen Altes und Überlebtes – also auch gegen die ältere Generation. Bestimmte Inhalte des Nationalsozialismus – Volksgemeinschaft, Dienst am Staate, den sie mit der „Gemeinschaft“ gleichsetzten, der Appell an die Jugend – hatten einen romantischen Klang. Viele Junge erwarteten vom aufkommenden Dritten Reich die Verwirklichung ihrer idealistischen Hoffnungen.

„Wir wollen ein hartes Geschlecht heranziehen, das stark ist, zuverlässig, treu, gehorsam und anständig, so dass wir uns unseres Volkes vor der Geschichte nicht zu schämen brauchen.“ (Zitat: Adolf Hitler)

Im Gegensatz zum Nationalsozialismus als solchem war die Hitlerjugend (HJ) vor 1933 nur wenig anziehend, denn sie war eine von Erwachsenen gegründete und geführte Organisation, außerdem den Richtlinien einer Partei unterworfen – man wollte einen eigenen Bund, mit dem man sich identifizieren konnte.

Nur eine Minderheit der Jugend leistete im nationalsozialistischen Deutschland Widerstand. Drei Grundformen und zwei zeitliche Phasen (1933 bis 1939 und die Kriegsjahre) sind zu unterscheiden:

1. Gruppen, die unter politischen, religiösen oder anderen weltanschaulichen Vorzeichen schon vor 1933 existiert hatten und versuchten, ihre Traditionen im nationalsozialistischen Staat weiterzuführen.
2. Neue Gruppen, deren Motiv die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus war (einige stellten sich als Wandergruppen oder Sportvereine dar).
3. Cliques und Banden, deren Opposition zunächst in der Ablehnung der HJ bestand.

Als die HJ eine Monopolstellung erhielt und zur „Staatsjugend“ wurde, hatte Reichsjugendführer Baldur von Schirach die Verfügungsgewalt über alle Jugendorganisationen im Reich und konnte diese nach Belieben verbieten – was er auch tat. 1936 wurde die Zwangsmitgliedschaft in die HJ eingeführt. Ablehnung wurde nun noch härter als früher bestraft. Baldur von Schirach erreichte auch, dass die evangelischen Jugendverbände ihre Aktivitäten auf kirchliche Angelegenheiten beschränken mussten – 1937/38 wurden alle katholischen Jugendorganisationen und die „Bündische Jugend“ (entstanden aus den Ideen der Wandervögel und Pfadfinder) verboten. Soweit die Verbände nicht einfach verboten wurden, gingen sie „freiwillig“ in der HJ auf. Doch viele Mitglieder weigerten sich, die Uniformen und Abzeichen ihrer Organisationen abzulegen und trugen sie weiterhin bei geheimen Zusammenkünften.

Cliquen und Banden gaben sich abenteuerliche Namen: „Swing-Jugend“, „Edelweißpiraten“, „Trenkerklub“, „Kleinmoskautrupp“ (die beiden letztgenannten in Erfurt). Durch ihre bloße Existenz machten sie den Behörden viel Ärger. Die Jugendlichen (außer der „Swing-Jugend“) demonstrierten in Auftreten und Kleidung einen Lebensstil, der mit bündischen und proletarischen Elementen durchsetzt deutlich von der Staatsdoktrin abwich.

Der pauschale Vorwurf asozialen Verhaltens war im nationalsozialistischen Staat gegen Unangepasste schnell ausgesprochen. Bei den insgesamt einige tausend Jugendliche umfassenden Gruppen waren die Grenzen zwischen provokativ zur Schau getragendem selbstbestimmtem Jugendleben (Herumlungern, Ablehnung bürgerlicher Ordnungsmaßstäbe) und Kriminalität fließend. Außer wegen Prügeleien mit HJ-Streifen gab es auch Verurteilungen wegen Schwarzhandel und Einbruch. Zur Bekämpfung jeder Illegalität wurde die Gestapo eingesetzt. Wurde eine Gruppe ausgehoben, wurden alle zumeist aufs Polizeirevier gebracht, dort verprügelt und anschließend nach Hause geschickt. 1937/38 kam es dann auch zu ersten Verurteilungen von Angehörigen illegaler Jugendgruppen.

In den letzten Kriegsjahren waren Entwurzelung und Großstadtkriminalität in der Regel stärkere Beweggründe für jugendliche Widersetzlichkeit als politische Motive.

Die Herbert-Baum-Gruppe war der Inbegriff der jugendlichen Opposition in Deutschland (wobei wiederum die Tatsache, dass eine ganze Reihe dieser jungen Berliner Arbeiter Juden waren, weniger Erwähnung als ihre kommunistische Gesinnung fand). Der Elektriker Herbert Baum mit seiner Ehefrau

Sala und sein Freund Martin Kochmann mit seiner Ehefrau Marianne bildeten in Berlin einen Widerstandskreis. Ihm gehörten rund 100 Studenten an, die zumeist aus der jüdischen Jugendbewegung kamen. Ideologisch stand die Widerstandsgruppe den Sozialisten und Kommunisten nahe. Der Anteil von Mädchen und Frauen war groß. Höhepunkt und Ende des Widerstands war ein Brandanschlag auf die von den Nationalsozialisten inszenierte anti-kommunistische Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“, welche am 8. Mai 1942 am Berliner Lustgarten eröffnet wurde. Zehn Tage später versuchten Herbert Baum und seine Freunde die Ausstellung in Brand zu setzen. Eine gleichzeitige Flugblattaktion, an der sich auch Mitglieder anderer Widerstandsgruppen (Rote Kapelle) beteiligten, sollte zusammen mit dem Brand ein Zeichen des Widerstandes setzen. Der Brand richtete nur geringen Schaden an und war rasch gelöscht. Die Täter wurden wenige Tage später von der Gestapo verhaftet. In mehreren Prozessen wurden über 20 Mitglieder der Gruppe zum Tode verurteilt. Herbert Baum kam nach schweren Folterungen in der Haft ums Leben. Die Nationalsozialisten hielten diese Widerstandsaktion geheim.

Die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ in München wurde im Juni 1942 gegründet und bestand bis zum Februar 1943. Die Mitglieder der Weißen Rose verfassten, druckten und verteilten unter Lebensgefahr insgesamt sechs Flugblätter, in denen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufgerufen wurde. Mitglieder der Weißen Rose waren die beiden Geschwister Hans und Sophie Scholl sowie deren Kommilitonen Christoph Probst, Willi Graf und Alexander Schmorell, außerdem der Universitätsprofessor Kurt Huber. Alle Mitglieder der Gruppe wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Zum **Widerstand** zählten auch Aktionen des Kreisauer Kreises, der Goerdeler Gruppe und vereinzelter Widerstand bei Diplomaten und beim Militär.

Im Festsaal des Münchner Bürgerbräukellers explodierte am 8. November 1939, um 21.20 Uhr eine Bombe. Sieben Menschen fanden sofort den Tod, über sechzig wurden verletzt, einer starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Der Anschlag wurde vom schwäbischen Schreinergehilfen Georg Elser verübt und galt Adolf Hitler. Dieser hatte jedoch die Veranstaltung schon gegen 21.10 Uhr verlassen, weit früher als üblich. Nach Folter und vielen Verhören wurde Georg Elser ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, Anfang 1945 ins Konzentrationslager Dachau evakuiert und dort am 9. April 1945 ermordet.

Nach dem missglückten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurden in der Nacht zum 21. Juli 1944 die Beteiligten Claus Graf Schenk von

Stauffenberg, Werner von Haefen, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Friedrich Olbricht erschossen. ^{2, 115}

Zu den Stätten des Widerstandes in Gera gehörten: Die Praxis von Dr. med. Kurt Gröbe. Er behandelte u. a. Helene Fleischer während ihrer Illegalität. Dr. med. Schäfer half seiner Krankenschwester Elsbeth Meißgeier, die im sozialdemokratischen Widerstand aktiv war. Darüber hinaus unterstützten weitere Ärzte den Widerstand. Zu ihnen gehörten Dr. Kurt Donath, Dr. Walter Mittelstädt, Dr. Klaus Rauh, Dr. Hermann Schomburg, der jüdische Bürger behandelte, und Dr. Sichert. Dr. Rauh kam in das Konzentrationslager Sachsenhausen. Dr. Kurt Donath wurde denunziert, wegen „Wehrkraftzersetzung“ verhaftet und 1945 im Konzentrationslager Buchenwald umgebracht. ³⁶

N 7 8 4

Rechtsanwaltschaft beim
Volksgerichtshof
— Staatsanwaltschaft —
Geschäftsnummer: 3 J 301/44

Kostenrechnung

In der Strafsache gegen Gustav Neudauer
wegen Wehrkraftzersetzung

Efn. Nr.	Gegenstand des Kostenanlasses und Hinweis auf die angewandte Vorschrift	Wert des	Es sind	
		Gegenstandes	RM	Sp
1	2	3	4	
	Gebühr für Todesstrafe..		300.—	
	Postgebühren gem. § 72 GKG		2,70	
	Geb. für den Rechtsanwalt Ahlsdorff, Berlin-Lichtenfelde/Ost Gärtnerstr. 10a.....		81,60	
	Haftkosten gem. § 72 GKG			
	f. d. Unters. Haft v. 24.12.43 - 29.3.44			
	= 96 Tg. a. l. 50.....		144.—	
	f. d. Strafhaft v. 29.3.44 - 8.5.44			
	= 40 Tg. a. l. 50.....		60.—	
	Kosten d. Strafvollstreckung a) Vollstreckung des Urteils.....		158,18	
	Hinzu Porto f. Übersendung d. Kostenrechnung		- 12	
			<u>766,80</u>	

Die Kosten für die Inhaftierung und die Vollstreckung der Todesstrafe wurde den Hinterbliebenen in Rechnung gestellt.

Abbildung: Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin ¹⁵⁵

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verstand sich in der Zeit der Weimarer Republik als die staatstragende Partei. „Reichsbanner“ und „Eiserne Front“ waren ihre militärisch ausgebildeten Kampforganisationen. Diese schützten die Versammlungen und Demonstrationen vor den Trupps der SA. Ein Teil der Mitglieder war bereit sich für die Verteidigung der Republik einzusetzen. Doch vor allem viele ältere Parteifunktionäre konnten sich einen Widerstand außerhalb des parlamentarischen Rahmens nicht vorstellen. Sie vertrauten auf die verfassungsmäßigen Grundrechte.²

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten war die Führung der Sozialdemokraten unentschlossen. Trotz Massendemonstrationen und zunehmender Verhaftungen ihrer Parteigenossen warteten sie auf die angekündigten Wahlen. Sie hofften auf eine kurze Lebensdauer des nationalsozialistischen Regimes.²

Wenige Wochen nach seiner Amtsübernahme als Reichskanzler des Deutschen Reiches stellte Adolf Hitler sein „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (auch als „Ermächtigungsgesetz“ bekannt) dem Reichstag vor. Es wurde vom Zentrum und weiteren bürgerlichen Parteien unterstützt. Diesen entscheidenden Schlag gegen die Verfassung erkannte auch der SPD-Vorsitzende Otto Wels. Dieser kritisierte Hitler scharf und warf ihm Verfassungsbruch vor. Gegen das Gesetz stimmten – trotz des Wahlerrors durch die SA – nur die 94 anwesenden Abgeordneten der SPD (von 538 Abgeordneten). Abgeordnete von SPD und KPD, die bereits verhaftet worden waren, wurden als „unentschuldig fehlend“ betrachtet. Trotz des persönlichen Mutes weniger konnte Hitler sein Ziel erreichen und die Parteien formell aus der Legislative entfernen.^{2, 118}

Am 10. Mai 1933 wurde das Parteivermögen der SPD beschlagnahmt. Ein Teil des Vermögens rettete die Exilorganisation der SPD unter dem Namen Sopade, die im Mai 1933 in Prag gegründet wurde [Von 1939 bis 1940 war die Sopade im Pariser und von 1940 bis 1945 im Angelsächsischen Exil]. Am 22. Juni 1933 wurde der SPD ein Betätigungsverbot ausgesprochen. In den darauf folgenden Tagen lösten sich alle Parteien mit Ausnahme der NSDAP selbst auf. Am 7. Juli 1933 hob die „Verordnung zur Sicherung der Staats-

führung“ des Reichsinnenministers Frick sämtliche SPD-Abgeordnetenmandate im Reichstag, in den Landtagen und Gemeindeparlamenten auf. Sieben Tage später folgte das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“. ²

Das von Defensive, Tolerierung, Loyalität und Legalitätsillusion bestimmte Verhalten der SPD gegenüber den wechselnden Reichsregierungen förderte den Zusammenschluss von Diskussionszirkeln. Diese wurden innerhalb und außerhalb der Partei gebildet und sollten der organisierten Arbeiterschaft einen größeren Widerstandswillen vermitteln. ¹⁶

Eine Minderheit der SPD-Mitglieder leistete Widerstand gegen das Nationalsozialistische Regime. Ein Teil in illegal weiter geführten Partei- oder Reichsbannerstrukturen. Ein anderer Teil in sich kritisch vom Parteivorstand abgrenzenden Gruppen wie „Neu Beginnen“, den „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“, der „Sozialistischen Front“ oder dem „Roten Stoßtrupp“. Besonders aktiv waren die Gruppen der sozialistischen Arbeiterjugend. In den ersten Jahren des Dritten Reiches wurden noch viele waghalsige Aktionen durchgeführt: Verteilung von Flugblättern, Beflaggen von Schornsteinen, Losungen auf Mauern und Überfälle.

Unter dem Druck der innerparteilichen Oppositionsgruppen „Neu Beginnen“ und „Revolutionäre Sozialisten Deutschlands“ veröffentlichte die Sopade 1934 das von Rudolf Hilferding verfasste Prager Manifest, das zum revolutionären Umsturz des Hitler-Regimes aufrief.

Bereits 1933 gerieten viele Sozialdemokraten in „Schutzhaft“. Ab Ende 1934 gab es eine Reihe großer Hochverratsprozesse gegen ehemalige Sozialdemokraten. Viele Mitglieder, die sich nicht ins Exil flüchten konnten oder wollten, kamen in Konzentrationslager und Zuchthäuser. Die Möglichkeiten Widerstand zu leisten wurden zunehmend schwieriger. Zum einen waren bereits viele Sozialdemokraten inhaftiert und zum anderen drohten drakonische Strafen. So verstärkte sich die Tendenz, nur wenige Querverbindungen herzustellen und in kleinen Gruppen zu arbeiten. Dabei arbeitete man mit ehemaligen Mitgliedern anderer Arbeiterorganisationen zusammen und bezog auch Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene mit ein.

Einzelne bekannte SPD-Mitglieder wie Julius Leber, Adolf Reichwein oder Wilhelm Leuschner waren an den Planungen, die zum Aufstandsversuch am 20. Juli 1944 führten, beteiligt oder gehörten dem Kreisauer Kreis an. Das Gros der Parteimitglieder blieb gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie resistent und bewahrte einen Zusammenhalt untereinander, war aber nicht an direkten Widerstandsaktivitäten beteiligt. ²



Arthur Schöneburg

Foto: Archiv der Geschichtswerkstatt Weimar/Apolda e.V.¹²⁰

Arthur Schöneburg wurde am 11. Februar 1905 in Gera geboren. Er besuchte die Volksschule in Gera und erlernte den Beruf des Schlossers bei der Firma Karl Wetzel. Im Alter von 14 Jahren wurde er Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV – freigewerkschaftlicher Verband der Metallarbeiter) und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Nach bestandener Gesellenprüfung arbeitete er bei verschiedenen Geraer Firmen als Maschinenschlosser und Heizungsmonteur. An seinem 18. Geburtstag trat er der Unabhängigen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) bei. 1925 besuchte er als Mitglied der SPD einen fünfmonatigen Lehrgang an der Heimvolksschule Tinz. Von

Juli bis Oktober 1926 weilte Arthur Schöneburg als Teilnehmer der 2. Deutschen Arbeiterdelegation mehrere Monate in Russland. Im Jahre 1927 heiratete er Gertrud, geborene Schneider, mit der er zwei Kinder bekam. Von 1928–1933 war er Mitglied des Ortsvorstandes des DMV Gera. Von 1931 bis 1933 war er Parteisekretär der SPD. 1932 wurde er thüringischer Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD im Unterbezirk Ostthüringen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten arbeitete er mit weiteren Parteimitgliedern (u. a. Alfred Schumann und Walter Dix) in einer jungsozialistischen Gruppe, die sich „Jung-Marxisten“ nannten, illegal weiter.^{2, 119}

Die „Jung-Marxisten“ bildeten im Frühjahr 1933 mit Jakob Greidinger, Fritz Roth, Herbert Frister, Karl Wetzel, Ernst Heyer, Ernst Küspert und Arthur Schöneburg eine Bezirksleitung in Gera. Herbert Frister und Jakob Greidinger brachten im März 1933 zwei Schreibmaschinen aus dem bereits beschlagnahmten Parteihaus der SPD in Weimar nach Gera. Herbert Frister gelang es, SPD-Parteigelder in Höhe von 3.500 Reichsmark (RM) vor der Konfiszierung durch die Nationalsozialisten zu retten und für die illegale Arbeit zu verwenden. In Gera bildeten sich „5er-Gruppen“. Die Verantwortlichen dieser Gruppen kannte nur die Bezirksleitung. Untereinander hatten die Gruppen keine unmittelbaren Beziehungen. Verantwortliche Gruppenleiter in Gera waren u.a.: Willy Schneider, Walter Schaub, Willy Trocker, Ernst Heyer, Heinz Richter, Erich Rudolf, Erich Neubert, Walter Dix, Maria Trögel, Erna Schneider, Erich Hofmann, Kurt Klotz, Kurt Vogel, Fritz Vogel, Otto Stahn, Fritz Dinjus und Arno Groß. 1933–1934 arbeiteten auf diese Weise etwa 180 bis 200 ehemalige SPD-Mitglieder.^{36, 121, 122}

Im April 1933 nahmen die „Jung-Marxisten“ Beziehungen auf mit der KPD (Ernst Küspert), der KPDO (Fritz Giessner, Fritz Schulze und Erich Lobert) und zur Gewerkschaft (Paul Nikolaus). In einer gemeinsamen Aktion wurde gegen die Durchführung des 1. Mai unter nationalsozialistischer Fahne aufgerufen. An alle Ortsgruppen der SPD wurden Aufforderungen verschickt, in welchen die Organisierung illegaler selbstständiger Mai-Veranstaltungen propagiert wurde. Die Entdeckung dieses Aufrufes durch die Kripo führte zur Schutzhaft durch die Gestapo gegen Fritz Giebler und Arthur Schöneburg im April 1933. Die beiden wurden im August mangels Beweisen vom Sondergericht Weimar freigesprochen. ^{36, 121, 122}

Am 2. Mai besetzten SA-Trupps das SPD-Parteihaus der „Ostthüringer Tribüne“ (heute Stadtwerke in der De-Smit-Straße). Inventar und Schriftstücke wurden beschlagnahmt. Aus den versiegelten Räumen wurden Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate entfernt und versteckt. ^{36, 122}

*Erinnerung von **Herbert Frister**: „Schon unter den Augen der Polizei wurde das Parteibüro völlig ausgeräumt, unter der Mithilfe von allen; die Genossen Heyer, Fritz Roth und Arno Gross beteiligten sich dabei besonders aktiv. Um die Polizei zu ärgern, wurde im Geldschrank 1 Pfennig deponiert. Die Sicherstellung der Schreibmaschinen und die Verschleierung ihrer Herkunft war schwierig.“* ¹²²

Dabei halfen Otto Knoll und die Gebrüder Azendorf. Illegale Materialien konnten so später kopiert werden. Bis zum Hochsommer 1933 wurden Verbindungen nach Jena, Zeitz, Pößneck und Braunschweig hergestellt. ¹²²

Die „Jung-Marxisten“ gestalteten die illegale Zeitschrift „Der Marxist“, die in einer Auflage von 500 Exemplaren herausgegeben wurde. Die Redaktion lag hauptsächlich in der Hand von Jakob Greidinger. Für die technische Herstellung (auf Wachsplatten) war Karl Wetzels verantwortlich. Die Verteilung wurde in den „5er-Gruppen“ bis nach Greiz und Schleiz organisiert. „Der Marxist“ wurde auch der Wochenschrift „Blick in die Zeit“ beigelegt. Deren Vertriebsleiter war im Sommer 1933 Herbert Frister. ^{122–124}

Die Geraer Zeitung im Oktober 1933: „Immer noch marxistische Hetze...

Das thüringische Polizeipräsidium teilte mit: Aus Kreisen der ehemaligen SPD und KPDO wird eine illegale Schrift ‚Der Marxist‘ verbreitet. Der Polizei ist es gelungen, einige Exemplare zu beschlagnahmen. Die Schrift befasst sich mit außen- und innenpolitischen Fragen und ganz besonders auch mit

den Geraer Verhältnissen. Sie ist ein Hetzwerk übelster Sorte und übt gehässige Kritik an der nationalen Regierung und führenden Persönlichkeiten der NSDAP. Da die geistigen Urheber, die Hersteller und Verbreiter der Schrift in Gera oder seiner nächsten Umgebung zu suchen sind, sind gestern auf Anordnung des Polizeipräsidiiums die folgenden Mitglieder der SPD und KPDO in polizeiliche Sicherungsverwahrung genommen worden...wenn die Schrift gleichwohl weiter erscheinen sollte, ist mit weiteren polizeilichen Maßnahmen zu rechnen.“

In Schutzhaft wurden genommen:

SPD: Max Fuchs, Robert Giebler, Louis Narjok, Hermann Schulze und Arthur Schöneburg

KPDO: Fritz Gießner

KPD: Max Keppel, Marcel Picard und Eugen Selbmann

Funktionäre wurden mit Verpflichtung zur täglichen Meldung unter Polizeiaufsicht gestellt:

„Thüringisches Polizeipräsidium Gera

Herrn

Angest. Herbert Frister

Gera, Kapellenweg 4

V 24.6.33

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat wird Ihnen aufgegeben, sich von Sonntag, den 25. Juni 1933 ab, täglich bei dem 6. Polizeirevier zu melden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der genannten Verordnung bestraft. Die Meldezeit wird vom Reviervorsteher festgesetzt.

Gez. Dr. Rohde

Beglaubigt:

Gez.: Unterschrift

Polizeihauptwachtmeister.“¹²²

„Neu Beginnen“ war eine marxistische Organisation und eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus. Sie entstand um 1929 durch die Gebrüder Loewenheim und einigen ehemaligen Funktionären der SPD, KPD und KPDO. Die Gruppe übte grundlegende Kritik an den beiden Arbeiterparteien KPD und SPD. Ziel war der Aufbau eines geheimen, hierarchisch gegliederten Kadernetzwerkes, welches den Kern einer von den bürgerlichen und kulturellen Einflüssen befreiten revolutionären Partei darstellen sollte.

Es galt: „die besten, treuesten, geistig lebendigsten Sozialisten als potentielle Kämpfer für die kommende Krise des Faschismus zu erhalten.“ Das ständige Verteilen von Propagandamaterial wurde als wenig wirksam eingeschätzt und auf Grund der Risiken kaum praktiziert. Die Gruppe war vor allem in Berlin, aber auch in Ostthüringen, Sachsen und Süddeutschland aktiv, ab 1934 hatte sie ein Auslandsbüro in Prag. ^{16, 125}

Nach den Erinnerungen von Herbert Frister verfasste Hermann Brill im Herbst 1933 die erste Programmschrift von „Neu Beginnen“ unter dem Namen „Realist“. Diese Schrift wurde in Lusan zwischen Otto Jessen, Jakob Greidinger und Hermann Brill diskutiert. Herbert Frister betrachtete die Programmschrift im Rückblick „eine glänzend geschriebene, sehr scharfe Auseinandersetzung mit den Fehlern der Sozialdemokratie und ihrer Führung.“ ¹²²

Politische Köpfe der Thüringer Filiale von „Neu Beginnen“

Otto Jessen	ehemaliger Lehrer der Heimvolkshochschule Tinz und Ehefrau Lisa Jessen
Paul Hermberg	Ordinarius für Wirtschaftswissenschaft an der Jenaer Universität und Ehefrau Annemarie Hermberg
Jakob Greidinger	Volkswirt
Franz Petrich	Geraer Redakteur
Willhelm Urban	ehemaliger Schüler der Heimvolkshochschule Tinz
Hermann Brill	Lehrer und promovierte zum Doktor der Rechte, im Mai 1933 aus der SPD ausgetreten, weil er von der passiven Haltung der Sozialdemokraten gegenüber Hitler enttäuscht war ¹²²

In Gera wurden Kontakte nach Droyßig, Zeitz, Jena, Weimar, Pößneck und Braunschweig aufgebaut. Mit der Berliner Gruppe „Neu Beginnen“ kam es zu Aussprachen in Leipzig und in der Lüneburger Heide. ^{121, 122}

Herbert Frister schätzte im Rückblick ein: „Für den emigrierten Parteivorstand der SPD in der Tschechoslowakei wollten die Geraer in den Jahren 1933–1934 nicht mehr tätig sein. Dennoch gab es Kontakte, um Propagandamaterial zu holen. Eine Unterbezirksleitung der SPD gab es ab 1934 nicht mehr, jedoch Kontakte der Gruppen in ganz Ostthüringen.“ ¹²²

Aus dem Gefängnis Amthordurchgang in Gera wurde Arthur Schöneburg am 21. August 1934 in das Konzentrationslager Bad Sulza verbracht. Am 30. Oktober 1934 wurde die Schutzhaft in Untersuchungshaft umgewandelt. ¹²⁶

Verhaftung von Mitgliedern der Gruppe „Neu Beginnen“ im August 1934:

**Verhängung von Schutzhaft,
Gestapo Weimar,
11. August 1934**

An
Herrn Arthur Schöneburg
Heizungsmonteur
Gera
Am Kupferhammer 69

Betr.: Schutzhaftbefehl

Wir verhängen hiermit über Sie die Schutzhaft mit Wirkung vom 9.8.34. Diese Maßnahme stützt sich auf §1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.33 -RGBL.I S.83 – in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamtes vom 14.12.33 -ges. S.S 409-

Grund: Sie stehen im dringenden Verdacht, eine neue staatsfeindliche marxistische Organisation mit der Bezeichnung „Neu-Beginnen“ gebildet und diese gefördert zu haben (Vergehen nach § 1 und 2 des Reichsgesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14.7.33).

Die Organisation „Neu-Beginnen“ hat sich zum Ziel gesetzt, die II. Internationale von innen heraus zu reformieren und den in Prag -CSR- befindlichen Parteivorstand der SPD durch Mitglieder der Organisation „Neu-Beginnen“ zu ersetzen.

Gez. [Unterschrift] ^{121, 126}

Am 26. Februar 1935 erhebt der Generalstaatsanwaltschaft bei dem Gemeinschaftlichen Thüringischen Oberlandesgericht Jena (AZ OJs. 1/35) Anklage gegen Jakob Greidinger, Arthur Schöneburg, Ernst Heyer, Hans Hellmich, Ella Breitfeld und Erna Kalwach:

„...Die Beschuldigten beteiligten sich an den Unternehmen, die verbotene Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) unter den Decknamen ‚Neu Beginnen‘ im Gebiet des Reichs wieder aufzubauen...

Greidinger hatte zu diesem Zweck im Sommer 1933 Besprechungen mit Werner Zorn und Erich Pemmann aus Leipzig, die in Leipzig eine Gruppe ehemaliger SPD-Mitglieder führten und sich bemühten, die alten Zusammenhänge der ehemaligen Mitglieder am Ort und zwischen einzelnen Orten wieder herzustellen. Dabei ließ er sich in die Pläne der Vereinigung ‚Neu Beginnen‘, die angeblich in Opposition zu dem alten Parteivorstand stand, einweihen. Er seinerseits berichtet, dass in Gera ebenfalls eine Gruppe Anhänger vorhanden

wäre und dass er Verbindungen zu anderen thüringischen Orten hätte... in Leipzig und Gera verhandelte er auch mit Anhängern der Gruppe ‚Neu Beginnen‘ aus Berlin... ferner sprach er mit dem Beschuldigten Hellmich über die Organisation ‚Neu Beginnen‘ und ließ sich von diesem eine Druckschrift geben, die unter dem Titel ‚Artur Schopenhauer‘ über Religion, ein Dialog unter dem äußeren Gewande einer wissenschaftlichen Abhandlung hochverräterischen Inhalt hat...darin wurde zunächst darauf hingewiesen, warum die SPD Anfang 1933 so plötzlich zusammengebrochen ist. Auf Seite 8 wurde der Zweck der Schrift dargelegt. Sie soll dazu dienen, die deutschen kämpferischen Sozialisten neu zu orientieren, sowie die geistige und politische Grundlage für die Neuformierung ihrer Reihen zu schaffen. Auf Seite 56 heißt es: ‚Die nächste große Aufgabe der erneuten Partei ist die Sammlung aller deutschen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und ihr Zusammenschluss in einer kampfgewillten und kampffähigen Einheitsfront‘. Das nächste Ziel sei der Sturz des faschistischen Systems... ‚In dieser Situation rufen die revolutionären Sozialisten Deutschlands ihre Kameraden in allen Ländern zur Besinnung und Umkehr. Vor uns stehe die heutige Aufgabe, unter der terroristischen Herrschaft der deutschen faschistischen Reaktion die Fahne des marxistischen Sozialismus hochzuhalten, unablässig an dem Sturze der Barbarenherrschaft zu arbeiten.‘

Der Inhalt der Druckschrift ist danach hochverräterisch. Die Berliner Gruppe ‚Neu Beginnen‘ entfaltete eine eifrige Werbetätigkeit durch Beauftragte Männer und Frauen die unter Decknamen wie Gebhardt, Jäger, Erika Ritter herumreisten, um Anhänger zu werben, neue Gruppen zu gründen“.^{121, 126}

Urteil wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ vom 4. April 1935:

Jakob Greidinger	4 Jahre Gefängnis
Arthur Schöneburg	3 Jahre Gefängnis
Ernst Heyer	2 Jahre und 6 Monate Gefängnis
Hans Hellmich	unbekannt
Ella Breitfeld	unbekannt
Erna Kalwach	Freispruch ^{36, 119, 127}

Herbert Frister: „Nach der Verhaftungswelle lockerten sich die straffen organisatorischen Bindungen in lose Verbindungen von Mensch zu Mensch. Ab 1940 beschränkte sich meine illegale Arbeit auf politische Urlaubsgespräche und die Verwaltung und Auszahlung illegalen Geldes.“¹²²

Die Kontakte zur Berliner Gruppe „Neu Beginnen“ existierten bis zu deren Verhaftung im Jahre 1938.

Arthur Schöneburg arbeitete, nach seiner Haftentlassung am 4. Dezember 1937, bei der Firma König & Richter in Gera. 1942 stufte ihn das Arbeitsamt Gera „als politisch unzuverlässig“ ein. Deshalb konnte er sich nicht selbstständig machen und nicht bei der Firma Neide in Erfurt als Leiter antreten. Am 4. Februar 1943 wurde er, trotz Wehrunwürdigkeit, in die Strafddivision 999 der Deutschen Wehrmacht eingezogen und als Kraftfahrer eingesetzt. Am 8. Mai 1945 geriet Arthur Schöneburg auf Rhodos in englische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung am 10. November 1946 reiste er illegal über die Zonengrenze nach Wittenberg und dann weiter nach Gera. Von Dezember 1946 bis September 1949 war er als 1. Sekretär in der Kreisleitung der SED Gera Stadt tätig. Von Oktober 1949 war er Werkleiter der WMV-Bohrmaschinenfabrik in Saalfeld. Arthur Schöneburg verstarb am 14. April 1959.^{119, 128}

Die Strafddivision 999 – offiziell als Bewährungseinheit bezeichnet – war ein im Oktober 1942 geschaffener militärischer Verband der Wehrmacht. Die bisher vom Dienst in der Wehrmacht ausgeschlossenen „bedingt Wehrunwürdigen“ und „Kriegstäter“ sollten zum Dienst herangezogen werden. Wehrunwürdig war jeder, der zu einer Zuchthausstrafe verurteilt und nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte war oder dem durch militärgerichtliches Urteil die Wehrwürdigkeit entzogen war. Mit Verfügung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vom 2. Oktober 1942 wurde die Wehrunwürdigkeit für die Dauer des Krieges aufgehoben. Der betroffene Personenkreis umfasste im Jahr 1942 mehrere zehntausend wehrfähige Männer. Dieses Potenzial sollte über die Strafddivision 999 nutzbar gemacht werden. Insgesamt schätzt man die Zahl der Eingezogenen auf etwa 34.000.

Erna Kalwach wurde am 12. September 1908 in Görlitz/Schlesien geboren. 1910 zog sie mit ihren Eltern nach Gera. Sie besuchte die Volks- und Mittelschule in Gera. 1923 wurde sie Mitglied der SAJ und erlernte den kaufmännischen Beruf. Ohne die Lehrzeit zu beenden wurde sie im selben Jahr durch die Krise erwerbslos. Später hatte sie für drei Monate eine Aushilfsstellung beim Orts-Sekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Am 1. März 1926 wurde sie Mitglied der SPD und Bürokräftin im Bezirkssekretariat der SPD Großhürlingen in Weimar. Sie gehörte dem Arbeiter-Turn-und-Sportbund und der Freidenkerbewegung an. Erna Kalwach machte sich neben ihren allgemeinen Aufgaben in der SPD für die Stellung der Frau in der Gesellschaft stark. In einem kurzen Aufsatz, den sie Anfang der Dreißiger Jahre schrieb, legte sie ihre Gedanken zur Berufstätigkeit der Frau dar:

„Reaktionäre Kreise vertreten schon immer die Auffassung: Die Frau gehört ins Haus. Berufe, die Männer ausüben, gehen Frauen nichts an. Der Beruf

der Frau ist der der Hausfrau und Mutter. Heute wird die Frage der Erwerbsarbeit der Frau, vor allem der verheirateten Frau, besonders lebhaft diskutiert. Weite Kreise vertreten die Auffassung, die Frauenarbeit sei schuld an der Erwerbslosigkeit...Niedriger Lohn des Mannes, überhaupt wirtschaftliche Not, treibt die Frau dazu, neben ihrer Arbeit als Hausfrau und Mutter noch einem Erwerb nachzugehen. Keine Mutter wird aus Vergnügen ihre Kinder der Straße überlassen, nach schwerer Arbeit im Betrieb usw. ihren Haushalt noch in Ordnung bringen, um tagsüber sich in Fabrik, Büro, Nähstube, fremdem Haushalt ausbeuten zu lassen. Der Kampf ums tägliche Brot zwingt sie, doppelte und dreifache Last auf sich zu nehmen – Diese ‚Doppelverdiener‘ sind eine Folge des kapitalistischen Systems, in dem der Arbeiter nicht den Lohn bekommt, der ausreicht, um seine Familie davon ernähren zu können...wenn wir mit Erfolg für die Gleichberechtigung der Frau auf dem Arbeitsmarkt kämpfen, dann führt uns das ein Stück der Befreiung der Arbeiterklasse näher. Bei unserem Kampf um soziale Reformen muss der Frage der erwerbstätigen Frau besondere Beachtung geschenkt werden. Kinderheime und andere Einrichtungen, die die erwerbstätige Frau entlasten, müssen geschaffen werden. Die Frauen müssen in diesem Kampf Schrittmacher sein. Wir jungen Genossinnen aus der Arbeiter-Jugend, die Genossinnen in den Frauengruppen und Gewerkschaften müssen aufklärend arbeiten – jede an ihrem Platze, gegen reaktionäre Geister Front machen.“

Nach dem Verbot der Partei im Juni 1933 verliert sie ihre Arbeit. Erinnerungen an die Zeit „Junge Marxisten/Neu-Beginnen“:

„Bis zum Verbot der SPD war ich als technische Kraft beim Bezirkssekretariat der SPD Großthüringen in Weimar beschäftigt und damals in Gera wenig bekannt. Ich besaß eine kleine Schreibmaschine. Meine Eltern wohnten bis Pfingsten 1934 im ‚Schreberheim‘ auf der Geraer ‚Teichwiese‘. Die ersten Wachsbogen für die Zeitschrift ‚Der Marxist‘ schrieb ich auf meiner Schreibmaschine. Die Politische Polizei von Gera führte aber bei meinen Eltern eine Hausdurchsuchung durch. In dieser Zeit war ihnen der Umlauf unserer Zeitschrift noch nicht bekannt. Bei dieser Hausdurchsuchung hatten sie auch meine Schreibmaschine in den Händen. Die Wachsbogen der späteren Nummern wurden gemeinsam von Marie Matthei, der späteren Frau von Fritz Roth, und mir geschrieben. In der Untermhäuser Straße in Gera, in einem Hinterhaus und da in einer Bodenkammer, stand eine Schreibmaschine. Wem diese Schreibmaschine gehörte, wussten Marie und ich nicht. Im Haus wohnte ein altes Ehepaar mit Namen Jahn. Der Mann war Schneidermeister. Von diesem Ehepaar erhielten wir den Schlüssel zur Bodenkammer im Hinterhaus. Dieser Schneidermeister war ein Bekannter der Eltern von Fritz Roth.“

Erna Kalwach wurde am 6. September 1934 verhaftet und in das Konzentrationslager Bad Sulza verbracht. Am 19. Oktober 1934 schrieb sie in einem Brief:

*Lieber Willy! Liebe Eltern und Geschw.!
Heute sind es 4 Wochen, dass ich hier bin und 6 Wochen, seit ich von Euch fort bin. Ich habe noch nichts über die Nachprüfung meiner Aussagen vom 6. Sept. gehört, bin auch noch niemand gegenübergestellt worden...Habe ich Euch überhaupt schon geschrieben, dass ich von hier eine Rechnung über 85 Pfg. pro Tag bekomme? ...Na hoffentlich werden es nicht so viele Tage...*

In der Verhandlung am 4. April 1935 wurde sie freigesprochen und aus der Untersuchungshaft entlassen. Vom Herbst 1935 bis Juli 1937 arbeitete sie bei der Firma Steinwerke H. Krebs in Gera. Im März 1937 heiratete sie Willy Schneider, mit dem sie drei Kinder hatte. Ihr Ehemann, geboren am 10. September 1908, war Mitglied der SAJ und SPD. Wegen Verbreitung von illegalem Material saß er vom 1. April - 30. Juni 1933 in Haft. Er engagierte sich bei „Neu-Beginnen“ und brachte illegales Material nach Pößneck. Erna Schneider verstarb 2004 in Gera. ^{119, 123, 129}

Eine weitere Widerstandsgruppe in Gera bildete sich aus früheren Mitgliedern der SAJ um Heinrich Dörfer. Durch seine Kontakte mit Jakob Greidinger und Ernst Heyer (bis zum August 1935) organisierte er Treffs, bei denen aktuelle Tagesfragen besprochen und illegales Material gelesen wurde. Die Mitglieder der Gruppe waren im Alter von 20 bis 36 Jahren und hatten Kontakte mit anderen Städten aufgenommen. Am 2. Oktober 1935 wurde gegen sie Anklage vor dem Oberlandesgericht Jena wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben. Dieser Anklagepunkt konnte nicht aufrechterhalten werden. In der Urteilsbegründung hieß es: „bei den Angeklagten handele es sich durchgehend um wertvolle deutsche Menschen, von denen zu erwarten sei, dass sie, wenn sie sich erst einmal mit der Neuordnung der Dinge abgefunden haben, auch tatkräftig am Aufbau des Dritten Reiches mitarbeiten werden“.

Karl Wetzlar	1 Jahr und 6 Monate Gefängnis
Heinrich Dörfer	1 Jahr und 3 Monate Gefängnis
Karl Hennig	1 Jahr Gefängnis
Albert Werner und Kurt Klotz	9 Monate Gefängnis
Walter Köcher und Otto Neumann	9 Monate Gefängnis
Fritz Dinjus	7 Monate Gefängnis
Ella Breitfeld und Arthur Werner	6 Monate Gefängnis
Erich Beck, Otto Gläser, Hugo Hossack, Helmut Köcher, Richard Krüger und Erhard Wöllner	wurden freigesprochen ^{36, 130, 131}

Karl Wetzel, geboren am 19. Oktober 1907, Unterbezirksleiter der SAJ, 1927 Mitglied der SPD, erste Inhaftierung vom 11. August 1934 bis 28. Februar 1935, zweite Verhaftung am 17. Mai 1935; wurde im Krieg in die Strafdivision 999 eingezogen, fiel am 3. März 1944 an der Front. ¹³²

Franz Petrich, geboren am 18. September 1889, Mitglied der SPD, Redakteur und Chefredakteur der „Osthüringer Tribüne“, Reichstagsabgeordneter, Mitglied der Berliner Volksfrontgruppe, verhaftet im September 1938, verurteilt im Juli 1939 zu 8 Jahren Zuchthaus durch den Volksgerichtshof, wurde im Februar 1945 im Konzentrationslager Sonnenburg umgebracht. ¹³³

Erich Frister, geboren am 24. Juni 1903, Mitglied der SPD und der Gewerkschaft, am 2. Dezember 1940 im Konzentrationslager Neuengamme-Hamburg erschlagen. ¹³⁴

Erich Knauf, geboren am 21. Februar 1895 in Meerane, Lehre in Gera zum Schriftsetzer, Mitglied der SPD, Kunstkritiker und Schriftsteller, 1934 drei Monate „Schutzhaft“ im Konzentrationslager Sachsenhausen, erneute Verhaftung am 28. März 1944, Verurteilung am 6. April 1944 durch den Volksgerichtshof wegen Wehrkraftzersetzung und Verunglimpfung des Führers zum Tode, Hinrichtung am 2. Mai 1944 im Zuchthaus Brandenburg. ¹³⁵

Hugo Löscher, geboren am 6. Januar 1906, Mitglied der SPD, verhaftet im Sommer 1941 wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen und Ostarbeitern, zweite Verhaftung am 2. Juli 1942, ohne Verhandlung ins Konzentrationslager Buchenwald verbracht. Todesursache und Zeitpunkt ist durch zwei Überlieferungen dokumentiert: ermordet im Konzentrationslager Buchenwald am 22. August 1942 / in Gera vor seiner Haustür nach der Entlassung aus Buchenwald erschöpft zusammengebrochen und gestorben. ¹³⁶

Dr. Georg Schumann, geboren am 11. Mai 1888, Mitglied der SPD, am 20. Oktober 1938 verhaftet, nach nur sechs Tagen im Gefängnis Zwickau umgekommen. ¹³⁷

Otto Worms, geboren am 15. Januar 1913 in Gera, Mitglied der SAJ und SPD, leistete Widerstand im Rüstungsbetrieb Hescho, half sowjetischen Zwangsarbeitern, verhaftet von der Gestapo, gestorben am 12. März 1943 an den Folgen von Misshandlungen. ¹³⁸

Kommunistische Partei Deutschlands

Hermann Schulze jr. bildete die erste Ortsgruppe Gera der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 19. Januar 1919 in der Gastwirtschaft „Eisernes Kreuz“ in der Altenburger Straße 15. Zu den Gründungsmitgliedern zählten Hermann Schulze sen., Karl Matthes, Kurt Sebastian, Friedrich Giessner, Max Keppel und Paul Hohmann. Vorsitzender wurde Kurt Sebastian. Bald danach erfolgte die Bildung von Gruppen der KPD in Zwätzen, Kaimberg und Liebschwitz. Am 26. Januar 1919 trafen sich auf Initiative der jungen KPD - Ortsgruppe 300 Arbeiter in der Ostvorstädtischen Turnhalle. Sie protestierten gegen die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.²

Im 2. Halbjahr 1931 stieg die Mitgliederzahl der KPD von 450 auf 500, vier neue Betriebszellen entstanden. 1932 gab es nach Angaben der KPD etwa 800 Mitglieder in Gera.

Im Jahr 1932 wurden mehrere KPD-Versammlungen von der Polizei aufgelöst. Unter anderem in der Ostvorstädtischen Turnhalle am 29. Oktober mit dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm Pieck und am 1. Dezember im Geraer Palmengarten.^{139, 140}



*Max Keppel sprach 1932 während einer Kundgebung auf dem Geraer Markt.
Foto: Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2103, Fotograf Hans Goldammer¹⁴¹*

Als einzige Partei bereitete sich die KPD frühzeitig auf den illegalen Kampf gegen die NSDAP für den Fall der Machtergreifung durch Hitler vor. Die KPD gedachte, den Widerstand gegen Hitler aus dem Untergrund zu führen und rüstete sich für ein Leben in der Illegalität.¹¹⁵

Die Mitglieder versteckten Karteien, Fahnen, Waffen und Vervielfältigungstechnik. Man glaubte, von Moskau gesteuert, mit Propagandamitteln den Nationalsozialismus, der sowieso bald abgewirtschaftet haben würde, im Alleingang überwinden zu können. Lähmend für den Widerstandskampf war, dass die SPD-Leute von den Kommunisten immer noch als „Sozialfaschisten“ diffamiert wurden und somit keine „Antifaschistische Einheitsfront“ entstehen konnte.

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde, rief die KPD zum reichsweiten Generalstreik auf. Allerdings stieß dieser Aufruf kaum auf öffentliche Resonanz.

Die Nationalsozialisten nutzten den Reichstagsbrand in der Nacht des 27. Februar 1933 zum Verbot der KPD und zur gnadenlosen Jagd auf kommunistische Funktionäre. Die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 stellte die KPD als staatsfeindlich dar und verbot Versammlungen und deren Publikationen. Für die nationalsozialistische Propaganda stand fest, dass die Kommunisten das Reichstagsgebäude angezündet hatten. Bereits in den ersten Märzwochen wurden 11.000 Kommunisten verhaftet.²

Dennoch erreichte die KPD am 5. März 1933 zur Reichstagswahl 12,3 % (81 Sitze). Diese wurden drei Tage später unter Berufung auf die Reichstagsbrandverordnung annulliert. Am 26. Mai 1933 wurde das Vermögen der KPD eingezogen, was das „rein äußerliche Ende der Partei dokumentiert“.³²

Im Juni 1933 teilte sich die Parteiführung in eine Auslandsleitung (Wilhelm Pieck, Franz Dahlem und Wilhelm Florin in Paris) und eine Inlandsleitung (Walter Ulbricht u. a. in Berlin). Die KPD errichtete Grenzstützpunkte zum schleusen von Propagandaschriften.¹¹⁵

Während das nationalsozialistische System sich festigte, lichteteten sich die Reihen der Kommunisten immer schneller. Die Zuchthäuser und Konzentrationslager füllten sich, ohne dass die massenhaft illegal verbreiteten Flugblätter und sonstigen Druckschriften den Nazis geschadet oder der KPD Verbündete aus anderen Oppositionskreisen gebracht hätten.²

Ab 1935 wurden die Formen des Widerstandskampfes, wie Flugblattverteilung, hissen roter Fahnen an Schornsteinen, Parolen an Mauern und spontanen Demonstrationen auf Hinterhöfen erweitert: In den Betrieben sollten durch direkte Ansprache unzufriedene Arbeiter für den Widerstand gewonnen werden. Auf Beschluss der kommunistischen Internationale (Komintern) in Moskau – Tarnbezeichnung „Brüsseler Konferenz“ – sollten die deutschen Kommunisten eigenständiger arbeiten, möglichst auch im Bündnis mit Sozialdemokraten und anderen Nazi-Gegnern. Mit dem Prager Manifest der SPD 1934 und den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz der KPD 1935 wurde die Sozialfaschismusthese als Fehler erkannt und Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht. ^{2, 32}

Aus der Emigration gab es einige Propaganda-Aktivitäten, um die Kommunisten in Deutschland zu unterstützen.

Größere Widerstandsgruppen bildeten sich um Georg Schumann in Leipzig, in Hamburg die Bernhard Bästlein – Gruppe mit 200 Mitglieder, dem unter anderen auch ehemalige SPD-Mitglieder angehörten, die Gruppe um Robert Uhrig und Beppo Römer in Berlin sowie die Saefkow-Jacob-Gruppe in Berlin, die im Juli 1944 von der Gestapo zerschlagen wurde.

Es entstanden verschiedene Widerstandsgruppen (Rote Kapelle), die während des Zweiten Weltkrieges unter anderem versuchten, an Geheiminformationen zu gelangen und der Sowjetunion zu zuarbeiten. ³²

Von einem Massenwiderstand der KPD kann man nur zur Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft sprechen, später waren es vereinzelte Aktionen. ¹¹⁵

In Gera entstanden Anfang 1933 in Zwötzen, Tinz, Pforten, Untermhaus und Debschwitz Aktionsgruppen. Die KPD bildete eine aus acht Mitgliedern bestehende illegale Unterbezirksleitung. Diese organisierte kleine Gruppen, die vor allem Flugblätter und verbotene Zeitungen verbreiteten und Verbindungen zu Personen und Gruppen in anderen Städten knüpften. Eingerichtet wurden illegale Unterkünfte, in denen auch Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate untergebracht waren. Die Widerstandsgruppen bestanden aus ehemaligen Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitgliedern der Kommunistische Partei-Opposition (KPDO, 1929 entstandene Abspaltung der KPD), der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD), Gewerkschaftern, Parteilosen und der neuen Bewegung „Neu Beginnen“.

Die illegale Zeitung „Sturmfahne“ erschien von Oktober 1933 bis Juni 1934 und wurde in der Wohnung der Familie Weise in der Ruckdeschelstraße 56 gedruckt. Die Zeitungen des Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) „Junge Garde“, „Der Jungkommunist“, „Die Stimme Karl Liebknechts“ und verschiedene Flugblätter wurden in der Wohnung der SPD-Mitglieder Dora und Ernst Gerold in der Untermhäuser Straße 22 hergestellt.

Ende Februar 1933 wurde die Geschäftsstelle der KP-Zeitung „Thüringer Volksblatt“, in der Altenburger Straße/Ecke Ziegelberg polizeilich geschlossen. Die zum Druck notwendigen Utensilien entwendete eine kleine KP-Gruppe aus der bewachten Geschäftsstelle.

Im Mai 1933 fand im Keglerschuppen des Restaurants „Felsenkeller“, Plauensche Straße, eine Zusammenkunft mit Willi Hoffmann (KPD), Edwin Bergner (KPDO), Fritz Gießner (KPDO) und Jack Greidinger (SPD) statt. Weitere Treffen folgten in der Wohnung von Albin Ruderisch (KPDO), Fritz-Reuter-Straße 4 und im Garten von Eugen Selbmann (KPD) in Neu Debschwitz.³⁴

In Thüringen wurden ca. 1.000 KPD-Leute, darunter alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten „aus Gründen der Staatssicherheit“ in „Schutzhaft“



Losung am Kaufhaus Tietz

Foto: Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2876 (Reproduktion)

genommen. Zu den 23 bis zum 2. März 1933 namentlich bekannten in Schutzhaft genommenen Nazigegegnern gehörten die drei KPD-Stadträte Meta Böhnert, Max Keppel und Fritz Gäbler (auch Landtagsabgeordneter). Sie wurden ins Gerichtsgefängnis in der Amthorstraße eingeliefert. Da die bestehenden Polizei- und Justizgefängnisse nicht ausreichten, wurde auf dem Flugplatz von Nohra bei Weimar ein so genanntes „Konzentrationslager“ eingerichtet.^{2, 39, 40}



Fritz Gäbler spricht in Weida

Foto: Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2122¹⁴³

Willy Fritz Gäbler wurde am 12. Januar 1897 in Meißen geboren. Er wurde 1911 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und erlernte den Beruf des Töpfers. 1914 wurde er in Gera Mitglied der SPD und arbeitete als Expedient bei verschiedenen Zeitungen und Verlagen. 1918 wurde er Mitglied des Spartakusbundes und trat ein Jahr später in die KPD ein. Er wurde zweimal wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ inhaftiert. Im April 1931 wurde er Landtagsabgeordneter für Thüringen und 1932 Mitglied des Geraer Stadtrates.

Am 3. März 1933 schrieb Fritz Gäbler vom Flugplatz Nohra aus einen Brief an das Büro des Thüringer Landtags in Weimar. Man solle die an ihn

bestimmte Post nunmehr an seine Frau Marta nach Gera schicken: „Da ich jetzt in Schutzhaft bin.“ Seine aufs Papier gekritzelte Nachricht dokumentiert die Gründung des ersten Konzentrationslagers im Nationalsozialistischen Staat.

Nach seiner Entlassung ging er nach Berlin und arbeitete im Untergrund für die KPD weiter. Im Februar 1935 wurde er erneut verhaftet und durch den Volksgerichtshof zu zwölf Jahren Zuchthaus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Am 27. April 1945 erfolgte die Entlassung aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden. Danach arbeitete er als Redakteur in Berlin und übte politische Ämter für die SED in Thüringen und Berlin aus. Er starb am 26. März 1974. ^{144–149}

Bereits am 3. März 1933 waren 170 Personen inhaftiert. Thüringer Tageszeitungen berichteten ganz offiziell von einem Sammellager für verhaftete KPD-Führer in der Heimatschule Nohra. Die „Heimatschule Mitteldeutschland“, eine stramm völkisch und paramilitärisch ausgerichtete Vereinigung, mietete sich damals auf einem Teil des Geländes ein. Sie errichtete dort ein Arbeitsdienstlager für Jugendliche und drillte die jungen Leute militärisch unter dem Motto: „Deutsch sein, heißt treu sein“. Aus Mangel an Polizisten, ernannte Sauckel die Führungskräfte der Heimatschule kurzerhand zu Hilfspolizisten. Zehn Tage nach der Eröffnung war das Lager überfüllt. Zweihundert Häftlinge drängten sich in drei nur mit Stroh und Decken ausgestatteten Sälen. ¹²³

Im März 1934 wurden wegen der Verbreitung von illegalen KPD-Zeitungen Elly Börner zu 15 Monaten, Erich Börner zu 27 Monaten und Arno Freitag zu 33 Monaten Gefängnis verurteilt. ³⁶

***Friedrich Giessner** wurde am 18. August 1898 in Gera geboren. Er lernte Dreher und trat 1915 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) bei. In der Arbeiterjugendbewegung stand er auf dem linken Flügel, der sich an Karl Liebknecht orientierte. 1915 in Gera und 1916 in Berlin half er, die Freie Sozialistische Jugend (FSJ) zusammenzufassen. Als Antimilitarist nahm er an den Antikriegsaktionen und illegalen Tagungen teil. Er verteilte Liebknechts Schriften, vor allem seinen Aufruf gegen den Krieg „Das Gebot der Stunde“. Im Januar 1917 musste er Soldat werden und wurde 1918 an der Front schwer verwundet. Bei der Rückkehr vom Militär schloss er sich im November 1918 dem Spartakusbund an und wurde im Januar 1919 Mitbegründer der KPD in Gera. Von 1925 bis 1932 war er Mitglied des Stadtrats. Die 1928 einsetzende Politik der Stalinisierung der KPD lehnt er ab,*

„weil sie nicht zu jenen Kräfteverhältnis führen konnte, das dem Ansturm der Reaktion und des Faschismus standhielt“ – wie er 1945 in seinem Lebenslauf mutig schrieb. Er stand gegen die Sozialfaschismusthese und gegen den Kurs der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO). Friedrich Giessner trat der KPDO bei, deren Leiter er ab 1929 in Gera war. Im illegalen Widerstand erreichte er eine punktuelle Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten. Als einer der Führenden wurde er im Mai 1934 verhaftet und am 18. Oktober vor dem Oberlandesgericht Jena zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Man brachte ihn in das Konzentrationslager Buchenwald. Nach seiner Entlassung, erst im April 1940, nahm er die illegale Arbeit wieder auf. 1944 wurde er nochmals inhaftiert. Nach Kriegsende wurde Friedrich Giessner Vorsitzender des Antifaschistischen Komitees in der Stadt und später Bürgermeister. Er gehörte 1946 dem Kreisvorstand der SED an. Seine KPDO-Vergangenheit, auf die er stolz blieb, führte in einem Parteiverfahren vor der Zentralen Parteikontrollkommission zu einer Rüge. Seine gute Aufbauarbeit in Gera schützte ihn nicht vor einer Veretzung im August 1949 nach Nordhausen. Dort wirkte er als Landrat. Nachdem er gesagt und geschrieben hatte, er und andere erfahrene Kommunisten müssten wohl mit der sowjetischen Besatzung über deren Fehler reden können, wurde er abgesetzt. In dieser Periode wurden fast alle erfahrenen KPDO-Mitglieder aus ihren Funktionen entfernt. Von 1951 bis 1955 leitete er die Kreis-Volkshochschule, danach war er stellvertretender Leiter des Kulturamtes der Stadt Erfurt. Mit Chruschtschows Politik der Entstalinisierung gab es eine halbherzige Rehabilitation. So wurde er von 1957 bis 1963 Bürgermeister in Nordhausen. Als Rentner erhielt er verschiedene Ehrungen, Auszeichnungen und Orden. Er starb am 31. Mai 1976 in Ilfeld (Südharz).¹⁵⁰

In den Jahren 1934/1935 wurden 125 Personen aus Gera in 14 Hochverratsprozessen angeklagt.

Vom Oberlandesgericht Jena wurden am 7. Oktober 1935 im Verfahren OJs 44/35 neun Personen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt:

Eugen Selbmann	8 Jahre Zuchthaus
Walter Erdmann, Wilhelm Gabel	6 Jahre Zuchthaus
Alfons Trummer, Kurt Lenzner	4 Jahre Zuchthaus
Herbert Schellenberger	3 Jahren Zuchthaus
Rudolf Heimbecher	2 Jahre und 6 Monate Gefängnis
Rudolf Weise	2 Jahre Gefängnis
Erna Krause	2 Jahre Gefängnis
Sieglinde Krause	Freispruch ^{36, 151}

Eugen Selbmann wurde am 21. Juni 1904 in Gera geboren. Er übte verschiedene Tätigkeiten als Landarbeiter, Postarbeiter und Weber aus. Er wurde Mitglied der Gewerkschaft, der KPD und des „Rotfrontkämpferbundes“. Wegen seiner Teilnahme an einer verbotenen Demonstration 1932 wurde er zu drei Monaten Haft verurteilt. Am 28. Februar 1933 folgten vier Monate „Schutzhaft“. Nach seiner Entlassung arbeitete er im Untergrund für die KPD weiter. Nach seiner Verurteilung 1935 verbüßte er die Haft in Jena, Gräfentonna, Halle/Coswig, Untermaßfeld und dem Straflager Schiritz. 1943 wurde er zur Gestapo nach Weimar gebracht, die ihn in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen verschleppte. Am 1. Mai 1945 kam er frei. Eugen Selbmann starb am 25. Dezember 1955 in Gera.^{152, 153}

Erinnerungen von **Kurt Lenzner**: „Wieder ging es mit Handfesseln gekettet zu zweit durch die deutschen Lande“ über Nürnberg, Würzburg, Hanau und Münster. „Wir führen die Ems entlang in das bekannte und berühmte Moorgebiet des 3. Reiches. Von Münster bis zur Endstation wurden wir wie das liebe Vieh in Eisenbahnwagons gepfercht. An diese letzte Strecke erinnere ich mich noch sehr genau, besonders, als der Zug in Aschendorf hielt, die Türen aufflogen und die Kommandostimmen (Stimmern der Moor-SS) ertönten: Heraustreten! Die Gefangenen, die nicht gleich reagierten, wurden von grinsenden SS-Kreaturen mit Gewehrkolben bearbeitet...jetzt sahen wir den stacheldrahtbewehrten Zaun mit seinen Ecktürmen und Scheinwerfern und SS-Wachen. Schwere MG's waren auf das Lager gerichtet. Zu der Abenddämmerung wirkte das alles gespenstisch und deprimierend für die Neuzugänge. Der moralische Schreck und die Misshandlungen der Moor-SS lag uns noch schwer in den Gliedern. Nach einigen Stunden des Wartens begann dann der nächste Staatsakt. Immer zwei Häftlinge mussten nach Kommandos in die Entkleidungsbaracke. Wieder hieß es: Ausziehen! Die Moorklamotten, die wir bekamen, flogen uns nur so an die Füße und um den Kopf. Jetzt kam das Kommando: Raustreten! Wehe dem Gefangenen, der nicht rechtzeitig durch die Tür ins Freie kam, dem hing der Schäferhund auf dem Kreuz. Als auch diese Tortur vorbei war, kam dann der Höhepunkt des Staatsaktes: Das Kommando Augen gerade aus – Augen rechts – rechts um und die neugebackene Kolonne der Moorsoldaten marschierte durch das stacheldrahtbewehrte Haupttor des Aschendorfer Moores Lager II. Während wir die ersten Marschritte mit unseren Mooruniformen (schwarze Hosen mit gelben Hermann-Göring-Streifen, eine Moorjacke mit einem gelben Viereck auf der Schulter und Holländer-Holzschuhe) ins neue Dasein des Moores antraten, kam dann die bekannte rapiade Begrüßung des SS-Lagerführers Bunke, im Mund der Moorsoldaten als Nero bezeichnet. Er stellte sich zackig vor, indem er in die marschierende Kolonne hineinsprang und drei

*unserer Kameraden zu Boden riß. Er tobte und schrie „ihr roten Banditen – seid ihr nun endlich hier“. In Baracke 12, am Abend wurde es auf einmal still und leise und es erklang in feierlicher Form das Moorsoldatenlied: „Wohin auch das Auge blicket, Moor und Heide nur ringsum. Vogelsang uns nicht erquicket, Eichen stehen kahl und krumm. Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor..“*¹³⁹

Am 9. Juli 1937 wurden aus dem Konzentrationslager Bad Sulza mindestens 77 Häftlinge ins Konzentrationslager Lichtenburg und später in das Konzentrationslager Buchenwald verbracht. Unter ihnen die Geraer Bruno Burkhardt, Rudolf Diener, Max Findeisen, Paul Hofmann, Karl-Adolf Reinsperger, Friedrich Stöber, Erich Titel und Erich Trillitzsch. Im Konzentrationslager Bad Sulza waren bis April 1934 zehn Frauen, unter ihnen Lydia Poser und Erna Kallwach, inhaftiert.¹²³

Im Februar 1942 wurden 24 Geraer Widerstandskämpfer, darunter Willy Hofmann, Karl Matthes und Emil Schönherr, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu Haftstrafen von insgesamt 39 Jahren verurteilt.¹⁵⁴

Die im Mai von der Gestapo verhaftete „Harnisch-Gruppe“ wurde am 11. Oktober 1944 vom Oberlandesgericht Jena zu Gefängnisstrafen verurteilt. In der Gruppe um Volkmar und Otto Harnisch waren die Jugendlichen Walter Lechner, Albert Lempe, Georg Uhlmann und Gerhard Wittmann aktiv. In Liebschwitz diskutierten sie politisch und unterstützten Zwangsarbeiter durch die Abgabe von Zigaretten und Lebensmitteln.^{36, 156}

Margaretha Helene Fleischer geb. Lätzsch wurde am 11. Juni 1899 in Leumnitz bei Gera geboren. Sie besuchte die Volksschule und arbeitete dann als Stubenmädchen bei dem Rittergutspächter Wauer in Oberpöllnitz. 1917 wechselte sie in das Genesungsheim der allgemeinen Ortskrankenkasse und in das Sanatorium Gera-Ernsee. Ab 1919 arbeitete sie in der Färberei Louis Hirsch und trat der SPD bei. Sie heiratete Werner Fleischer und bekam einen Sohn. Nach kurzer Zeit wurde die Ehe geschieden. 1923 trat sie der zu dieser Zeit verbotenen KPD bei. Sie wurde in den Betriebsrat gewählt. Gemeinsam mit Max Keppel bildete sie eine Betriebszelle der KPD in der Firma Hirsch, die 50 Mitglieder bei 1.100 Beschäftigten hatte. 1930 war sie Delegierte der Geraer Arbeiterschaft zum 5. Kongress der Revolutionären Gewerkschaftsinternationale (RGI) und zum 1. Internationalen Frauenkongress in Moskau. Anschließend wurde sie von der Firma Hirsch entlassen. 1931 wurde sie Mitglied des Thüringer Landtages. Beim KPD-Treffen am 3. Dezember 1931 im Palmengarten Gera übernahm sie die Versammlungs-

leitung. Sie kam daraufhin im Januar 1932 für drei Monate ins Gefängnis. 1932 wurde sie Reichstagsabgeordnete für die KPD. Einem am 28. Februar 1933 erlassenen Schutzhaftbefehl konnte sie sich auf Grund von Krankheit entziehen. Freunde halfen ihr und versteckten sie in Gera, Saalfeld und Apolda. Diese waren unter anderen Lisbeth Clemens (später verehelichte Scheffel), Harry Fritsche, Toni Römer, Karoline und Otto Fuchs. Ab Sommer arbeitete sie unter dem Decknamen „Hilde“ als illegale Instrukturin ihrer Partei in mehreren Thüringer Kreisgebieten. Am 13. Januar 1934 verhaftete die Gestapo Helene Fleischer in ihrer Apoldaer Wohnung.

Vor dem Oberlandesgericht Jena wurde sie am 30. Mai 1934 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und in das Zuchthaus Gräfentonna und später nach Hohenleuben gebracht. In der Haft magerte sie von 52 kg auf 38,7 kg ab und wurde zur ärztlichen Behandlung kurzzeitig ins Krankenhaus überführt. Die Strafanstalt Hohenleuben schrieb am 26. Oktober 1936 an die Generalstaatsanwaltschaft Jena: „Wir haben Arnstadt gewählt, weil die Fleischer dort nicht in der Nähe ihrer Verwandtschaft ist.“ Diagnostiziert wurde eine Mesenterialdrüsentuberkulose. Einer vorzeitigen Entlassung wurde nicht zugestimmt. Am 22. April 1937 befürwortete das Frauengefängnis Hohenleuben in einer Stellungnahme, Helene Fleischer nach Strafverbüßung in Schutzhaft nehmen zu lassen. Trotz Bedenken hinsichtlich ihres gesundheitlichen Zustandes kam sie in „Schutzhaft“ und am 2. Juni 1937 ins Konzentrationslager Moringen bei Hannover (Entlassungstag unbekannt). Eine erneute Verhaftung erfolgte 1941. Wegen „psychogener Erregungszustände“ verbrachte man sie am 19. Mai 1941 direkt aus dem Gefängnis in die Landesheilanstalt Stadtroda. Sie hatte sich wegen der brutalen Verhöre durch die Gestapo die Pulsadern geöffnet. Eine Mitinhaftierte berichtete später, Helene Fleischer sei „durch barbarische Vernehmungsmethoden zum Wahnsinn getrieben“ worden und „Das abscheuliche Ergebnis schaffte man sich durch



Helene Fleischer

Foto: Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2162, Fotograf: Hans Goldammer ¹⁵⁷

Abschrift

D12
2/16

Der Generalkommissar
am gemeinschaftl. Thür. Oberlandesgericht Jena
Sternstr. 59-69
Bei allen Mitteilungen ist die nachfolgende
Geschäftsnummer anzugeben

Jena, den 17. März 1934.

OJ 62/34
17.3.

H a f t !

A n k l a g e s c h r i f t

gegen

Frau Margarete Helene Fleischer geb.
Litzsch in Gera, Naulitzer Straße 9, geb. am
11. Juni 1899 daselbst, geschieden, 1 Kind,
nicht vorbestraft, seit 28. II. 1934 in Unter-
suchungshaft.

vers. Bl. 18,
Str. Reg. Bl. 40,
Lafibef. Bl. 38.

Joh klage sie an,
in Weimar, Apolda, Jena, Saalfeld, Gräfenthal und
anderwärts bis 13. I. 1934 das hochverräterische Unter-
nehmen der KPD., die Verfassung des Deutschen Reichs
gewaltsam zu ändern, dadurch mit vorbereitet zu haben,
daß sie sich nach der nationalen Erhebung am Aufbau
der illegalen KPD. als Instrukturistin führend beteiligte
- Verbrechen gegen §§ 86, 81 Nr. 2 StGB. -

Ermittlungsergebnis:

Wie das Thür. Geheime Staatspolizeiamt in ver-
schiedenen Ermittlungsverfahren aus der letzten Zeit
festgestellt hat, war die Beschuldigte von der Be-
zirksleitung Erfurt der illegalen KPD als Instruk-
turistin für das II. Instruktionsgebiet eingesetzt, das
aus den Unterbezirken Weimar - Jena - Saalfeld und dem
Instruktionsort Rudolstadt bestand. Als solche hatte

An
den Herrn Vorsitz der 1. Strafsenats
h i e r .

217

Abbildung: ThHSStA Weimar, Thür. Justizministerium Nr. 1300,
Prozeß H. Fleischer I, Blatt 247¹⁵⁸

Mord vom Halse.“ Die behandelnde Stadtrodaer Ärztin stellte gleich zwei Diagnosen: schwere Schizophrenie und Lungentuberkulose. Zwei Tuberkulostests ergaben allerdings einen negativen Befund. Helene Fleischer verstarb am 26. Juni 1941 an „Herz- und Kreislaufschwäche“.

Fünf Tage zuvor schickte die Klinik einen Brief an den Generalstaatsanwalt in Jena, der die Kommunistin der Vorbereitung zum Hochverrat anklagen wollte: „Der körperliche Allgemeinzustand ist schlecht, so dass mit der Möglichkeit des Ablebens gerechnet werden muss.“ Briefe wie diese schrieben Stadtrodaer Ärzte öfter und tatsächlich verstarben die Patienten zumeist kurze Zeit danach. ^{158–164}

Fritz Koch wurde am 21. Oktober 1901 in Eisenach geboren. 1927 kam er nach Gera. Am 28. März 1932 wurde er wegen einer verbotenen Demonstration angeklagt und zu drei Monaten Haft verurteilt. Am 28. Februar 1933 wurde Fritz Koch im Gefängnis Amthordurchgang in Schutzhaft genommen und am 3. März 1933 in das Konzentrationslager Nohra verbracht. Zur Behandlung einer Zahnvereiterung wurde er nach Weimar überführt, wo er an den Folgen der verzögerten medizinischen Versorgung am 17. Mai 1933 verstarb. ¹⁶⁵

Meta Böhnert wurde am 20. Juni 1890 in Herthau/Sachsen geboren. Sie besuchte die Volksschule und arbeitete danach in verschiedenen Textilbetrieben. In Gera kämpfte sie gegen den Kapp-Putsch. Sie war Mitglied der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) und wurde am 4. Dezember 1932 für die KPD in den Geraer Stadtrat gewählt. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der KPD wurde sie am 28. Februar 1933 verhaftet. Die meiste Zeit der „Schutzhaft“ verbrachte sie im Weimarer Gefängnis in Einzelhaft. Nach ihrer Entlassung verstarb sie, gezeichnet durch die lange Haft, am 28. April 1934 in Gera. ^{39, 61, 166}

Max Keppel wurde am 7. Dezember 1898 geboren. Das Gründungsmitglied der KPD wurde erstmals am 20. Dezember 1923 in „Schutzhaft“ genommen. Wegen seiner Aussage auf einer KPD-Versammlung in der Heinrichsbrücke: „Hindenburg sei der Mann, der den Hunger der Massen organisiert hat“ erhielt er am 27. Mai 1932 eine dreimonatige Gefängnisstrafe. Vom 28. Februar 1933 bis zum 20. Dezember 1933 geriet er erneut in „Schutzhaft.“ 1940 verhaftete ihn die Gestapo Weimar. Dort verbrachte er 16 Monate in Einzelhaft. Das Oberlandesgericht Jena verurteilte ihn zu vier Jahren Zuchthaus. Nach Strafverbüßung wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Im April 1945 kam er frei. ^{61, 123, 167}

Rudolf Scheffel wurde am 6. Juni 1901 geboren. Seit 1922 war er Mitglied des KJVD und der KPD und arbeitete als Geschäftsleiter der „Ostthüringer Arbeiterzeitung.“ Ab 1925 war er leitender Mitarbeiter des Verlags „Junge Garde“ in Berlin und Mitglied des Zentralkomitees der KPD. Nach mehrmaligen Verhaftungen wurde er vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 8. September 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.¹⁶⁸

Berta Schäfer wurde am 18. Juli 1890 in Lodz mit dem Mädchenname Langer geboren und kam 1905 mit ihren Eltern nach Gera. Sie war Mitglied im „Jungspartakusbund“, dem „Bund der Freunde der Sowjetunion“, der „Solidaritätsbewegung“, der „Roten Hilfe“ und der KPD. 1934 wurde der gesamten Familie Schäfer die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt, weil Berta Schäfer jüdischer Abstammung war. Im September 1944 wurde Berta Schäfer verhaftet und kam zunächst in das Ausländerlager Leumnitz und im Dezember in das Konzentrationslager Ravensbrück, wo sie am 11. Februar 1945 starb. Von Ravensbrück gelangte nie eine Nachricht nach Gera, der Tod wurde im Februar 1945 mündlich durch die Gestapo mitgeteilt.¹⁶⁹

Erich Wilke wurde am 6. August 1900 in Gera geboren. Nach dem Besuch der Schule erlernte er den Beruf eines Textilkaufmanns. 1919 wurde er Mitglied der KPD. Er war Kreisvorsitzender der „Roten Hilfe“ und Mitglied des „Rotfrontkämpferbundes.“ Am 28. Februar 1933 kam er in Schutzhaft und wurde am 5. Juni 1934 erneut verhaftet. Nach 49 Tagen Haft mit Verhören und Folterungen wurde er in der Nacht vom 23. zum 24. Juli 1934 im Geraer Gerichtsgefängnis von der Gestapo erschlagen. Am 27. Juli 1934 erhielt seine Ehefrau die Nachricht, dass ihr Mann sich in der Zelle „erhängt“ habe. Frau Wilke berichtete später: „Der Anblick des Toten war furchtbar, der ganze Körper war mit Blut bedeckt... der Körper des Toten wies Spuren von Misshandlungen auf. Auf der Stirne war ein Fünfmärkstück großes Loch, in das man den Finger hineinlegen konnte. Auf meine Frage bei Oberstaatsanwalt Schlegel, wo das Loch in der Stirne des Toten herrühre, wurde mir gesagt, dass der Tote auf einen spitzen Gegenstand gefallen sei. Die Hände des Toten waren grün und blau. Spuren oder Merkmale von Erhängen waren keine vorhanden.“¹⁷⁰

Rudolf Diener wurde am 15. Juli 1904 in Gera geboren. Er erlernte den Beruf des Tischlers und wurde 1923 Funktionär im „Rotfrontkämpferbund.“ Gemeinsam mit seinem Bruder trat er in die KPD ein. Am 5. Juli 1934 wurde er verhaftet und gemeinsam mit Jette Diener, Werner Petzold, Marta Bärwolf, Kurt Hoffmann, Anton Müller, Alfred Weise, Walter und Liesbet Wingenroth wegen der Verbreitung illegaler Schriften, der Unterbringung

*von flüchtigen Funktionären und der Fortsetzung der illegalen Arbeit angeklagt. Verurteilt wurde er im Oktober 1934 zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Nach Verbüßung der Strafe wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Am 20. April 1939 wurde er amnestiert. Er kämpfte weiter gegen die nationalsozialistische Diktatur, verteilte Flugblätter und Transparente. Am 20. Dezember 1940 wurde er erneut verhaftet. Am 13. März 1941 wurde Rudolf Diener im Gefängnis Amthordurchgang von der Gestapo erschlagen.*¹⁷¹

Die KPD hatte die größte Zahl von Toten im Widerstand gegen das Hitlerregime zu beklagen.¹¹⁵

Gewerkschaften

Nach dem Ersten Weltkrieg spaltete sich die marxistische politische Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten. Die freien Gewerkschaften wiesen über einen längeren Zeitraum weiterhin Mitglieder beider Richtungen auf, auch wenn es zwischen ihnen nicht selten zu Konflikten kam. Allerdings spaltete sich seit 1928 mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) eine kommunistische Konkurrenzorganisation ab.

Der 1919 in Nürnberg gegründete Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) vereinte als Dachverband 52 deutsche Gewerkschaften. Die Gewerkschaften des ADGB erreichten 1920 einen Höchststand von über 8 Millionen Mitgliedern. Durch die hohe Arbeitslosigkeit ging diese Zahl deutlich zurück – Ende 1932 wurde die Mitgliederzahl auf noch 3,5 Millionen geschätzt. Nicht alle Gewerkschaften schlossen sich dem ADGB an.

Die ADGB – Gewerkschaften waren zunächst auch für Angehörige anderer Arbeiterparteien bis hin zur KPD offen. Das änderte sich erst mit dem auf Drängen der Sowjetunion 1929 zustande gekommenen Beschluss der KPD, grundsätzlich mit konkurrierenden Listen bei Betriebsratswahlen anzutreten. Die RGO entwickelte sich so zu einer kommunistischen Sondergewerkschaft, was zum Ausschluss zahlreicher Kommunisten aus dem ADGB führte. Im März 1932 hatte die RGO rund 200.000 Mitglieder.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden viele Gewerkschaftsführer in Konzentrationslager gesperrt.

In Gera besetzten am 2. Mai 1933 SA-Trupps das Gewerkschaftshaus in der Enzianstraße, weitere Gewerkschaftsbüros und das Gebäude der SPD-Zeitung „Ostthüringer Tribüne“ (heute Stadtwerke in der De-Smit-Straße). Inventar und Schriftstücke wurden beschlagnahmt. Die Gewerkschaftsfunktionäre Ernst Bock, Otto Ebert, Johann König, Otto Maaß, Willi Martin, Paul Mengel, Albert Meyer, Paul Nicolaus, Walter Ranke, Heinrich Ritter, Walter Schack, Ernst Schmidt, Paul Schmidt, Gustav Schütt, Kurt Seifert und Christian Schmidt wurden verhaftet und in „Schutzhäft“ genommen.

Obwohl die Nationalsozialisten den „Tag der Arbeit“ am 1. Mai 1933 als aufwendiges Massenfest inszenierten, zerschlugen sie in einer Gewaltaktion einen Tag später die freien Gewerkschaften. Am 10. Mai 1933 wurde unter

der Schirmherrschaft von Adolf Hitler die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet. Diese „übernahm“ die freien Gewerkschaften und ihr Vermögen und schaffte das Streikrecht ab. Diese nationalsozialistische Massenorganisation trat an die Stelle der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft. Sie sollte die Arbeiter durch eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche gewinnen und kontrollieren. 1944 hatte die DAF, obwohl die Mitgliedschaft nicht verpflichtend war, ca. 25 Millionen Mitglieder.^{172, 173}

Im Mai 1935 verhaftete die Gestapo in Gera eine Gruppe ehemaliger RGO-Mitglieder. In einem Prozess am 29. und 30. August 1935 wurden sie wegen Fortsetzung der RGO-Arbeit und „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu Gefängnisstrafen verurteilt. Zu ihnen gehörten die Gewerkschafter Paul Dobers, Friedrich Thiele, Paul Martin, Franz Lenzner, Konrad Näder, Otto Zeuch, Moritz Dolge, Arno Mattig, Emil Schaller, Johannes Pickl, Marcel Picard, Heinz Solcher, Erich Rech, Herbert Bräutigam, Frieda Koch, Alfred Schwabe und Otto Thomas.³⁶

Polizeirolle, Hauptstadt Gera, 1. April 1936.
Motto bei der G.P.A. Gera, 1. April 1936.

Kostenrechnung in der Strafsache gegen den Weber Herbert Bräutigam
in G e r a, Heeresbergstrasse 1.

Laufende Nr.	Gegenstand und Vorchrift des Kostenanlasses	Wert des Gegenstandes		Es sind zu erheben	
		RM	RM	RM	Sw
1.	Haftkosten im Strafgefängnis Ichtershausen				
	vom 3. September 1935 bis 31. März 1936 = 221 Tage				
	zu je 2.50 RM =			527.	50
	vom 1. April 1936 bis 30. August 1936				
	= 151 Tage zu je 1.50 RM =			226.	50
2.	Porto für Zwischenkostenrechnung vom 27.3.1936=			-.	12
				754.	12
	Abzüglich bereits berechneter Kosten			297.	62
				456.	50
	Porto für Kostenrechnung			-.	12
				Se. RM 456.	62
				356.	98
				297.	62
				111.	36

*Haftkostenberechnung für Herbert Bräutigam vom Strafgefängnis Ichtershausen
Abbildung: Stadtmuseum Gera, Personalien, Herbert Bräutigam S 142*

Christian Schmidt wurde am 12. Mai 1880 in Maierhof, Bezirk Naila/Oberfranken geboren. Er besuchte die Volksschule. Beeindruckt vom Reden und Wirken August Bebels wurde er Mitglied der SPD. Mit seinem Bruder Johann warb er als 18jähriger in seiner Heimat und Umgebung für die Partei und gründete in den folgenden Jahren viele Ortsgruppen. Nach 1913 arbeitete er als Weber in Hof und engagierte sich neben der Parteiarbeit auch aktiv in der Gewerkschaftsbewegung. Als „fanatischer Marxist“ wurde er nach kurzer Zeit mehrmals als Streikführer eingesperrt und als gefährlicher Gegner von den Arbeitgebern auf die schwarze Liste gesetzt. Er nahm eine neue Arbeit in Weida/Thüringen an. Auch dort erfolgten wegen seiner Partei- und Gewerkschaftsarbeit die gleichen Maßnahmen. 1914 musste er zum Militärdienst nach Frankreich. Er arbeitete ab 1918 als Weber in verschiedenen Betrieben in Gera und wurde 1919 hauptamtlicher Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Gera. Auch in Gera beteiligte er sich am Aufbau von SPD-Ortsgruppen. Er war sozialdemokratischer Versammlungsredner und Stadtratsmitglied, zusätzlich Mitglied in den Verbänden: Arbeitersportverein, Freidenker, Reichsbanner, Arbeiterwohlfahrt und Naturfreunde. Er wurde Vorsitzender der Ortsgruppe Gera des Textilarbeiter-Verbandes. Trotz der 14-tägigen Schutzhaft im Mai 1933 verteilte er weiter illegal Flugzettel sowie Zeitungen und verbreitete Auslandsnachrichten. Christian Schmidt wurde Ende November 1939 von der Gestapo wegen illegalem Aufbau der Gewerkschaft und seiner „fanatischen, marxistischen“ Einstellung verhaftet.

Die Ehefrau Alma Schmidt schrieb nieder: „Am 1. oder 2. Dezember 1939 erhielt ich die Nachricht von der Gestapo, dass mein Mann in Weimar verstorben sei. Erst auf mein Drängen und Laufen von Dienststelle zu Dienststelle erhielt ich die Mitteilung, dass er angeblich im Bezirksgefängnis Gera durch Selbstmord, durch öffnen der Pulsadern, verstorben sei. Durch die Auslieferung seiner Kleider, die vollständig mit Blut durchgetränkt waren, bestätigte sich meine Vermutung, dass mein Mann ermordet worden war...Im Widerspruch steht einmal, die Todesursache des Nazi-Amtsarztes Dr. Jung, auf Herzschwäche. Die durch meinen Sohn Helmut Schmidt, den Zeugen Albert Meier, Gera, Bauvereinstraße, Frau Bertha Schmidt und Max Schmidt, Gera, Auf der Spielwiese 2 (letztgenannte stehen nicht im verwandtschaftlichen Verhältnis zum Toten) bezeugt werden kann, ist der Tod weder durch öffnen der Pulsader noch durch Herzschwäche eingetreten. Wie einwandfrei an der Leiche festgestellt werden konnte, trat der Tod durch Schläge auf den Hinterkopf und Genick ein (Besichtigung der Leiche kurz vor der Beerdigung in der Leichenhalle durch die drei genannten Zeugen)...Mein ältester Sohn unterstützte mich und meinen minderjährigen Sohn

vorwiegend nach seiner Einberufung zur Wehrmacht von seinem Wehrosold. Am 18. Mai 1940 wurde mein ältester Sohn in Frankreich schwer verwundet. Kurz vor dem Zusammenbruch, am 6. April wurde ich vollständig ausgebombt und verlor Hab und Gut restlos. Am 10. April 1945 erhielt ich noch die Nachricht, dass mein Sohn an Malaria und Fleckenfieber gestorben sei. Somit hatte mir das Nazi-Regime alles was mir das Leben noch lebenswert machte, geraubt und vernichtet.“¹⁷⁴

Ortsgruppe Gera, angestell. Vermittlich, habe, er für
 die Sache der Philosophie, sei es in der Partei oder Gewerkschaft,
 als Fortanunlungsredner, Sachverständiger und Sekretär der
 F. d. G. B. was einer der bestgekauften Lärmsche. Seine Auf-
 regung, die öfteren Fortänkungen, seine Fortäre sind, die
 Gestapo, konnte seine Gewinnung nach 1933 nicht ändern
 Am 18. Nov. 1939 wurde mein Mann das letzte Mal verhaftet.
 Am 7. Dezember 1939 erhielt ich die Nachricht von der Gestapo,
 dass mein Mann in Thuringen verstorben sei. Erst auf meine
 Drängen und Tauschen von Bismarckstraße zu Thuringen, erhielt
 ich die Mitteilung, dass er angeblich in Jena, Jenaer Straße
 durch Selbstmord verstorben sei. Durch die Auslieferung
 eines Kleides, die vollständig mit Blut durchtränkt waren,
 bestätigte sich meine Vermutung, dass mein Mann ermordet
 worden sei.
 Die einzigen Leute sind vorher Schmidt, Gera, an der Spielstraße
 Nr. 2 (oben in meinem Verwandtschaftlichen Verzeichnis zu meiner
 Familie) sind Albert Bayer, Gera, Jenaer Straße, konnte
 sich vor der Fortführung meiner Kamerad in der Leichenhalle
 feststellen, dass dieser verstorben würde.
 Ich wünsche an Eider Gott, vorkommende Aufgaben
 Dankbarkeit gemacht zu haben.
 Von Schmidt als Zeuge des geschiedenen
 Zeugen der Sache des Mann. Schmidt
 vor der Beerdigung am 4. 12. 1939
 Daffelbrenn als Zeuge für den Mann. Schmidt
 Verfall Schmidt Schmidt

Erinnerungen von Alma Schmidt über ihren Mann

Abbildung: ThStA Rudolstadt, 5-61-1000, Bezirkstag und Rat des Bezirkes, Nr. 7811¹⁷⁴

Jüdische Bevölkerung

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten folgte eine perfide Hetze gegen die jüdische Bevölkerung und eine Flut von Gesetzen und Verordnungen, die sich Anfangs gegen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der jüdischen Bürger wendete. Nach der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ 1935 wurden viele Menschen noch bedingungsloser politisch verfolgt und öffentlich als „Nichtarier“ ausgegrenzt. Nach dem Novemberpogrom 1938 folgte die erbarmungslose Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der Juden in Deutschland und ganz Europa.

Im Jahr 1933 lebten 378 Jüdinnen und Juden in Gera. Es gab zwei Synagogen, in der Hospitalstraße und im Saal des Hotels „Kronprinz“ am Roßplatz. Das Gemeindehaus mit einer Schule befand sich im Meistergässchen 10. Es existierten darüber hinaus verschiedene jüdische Vereine und Organisationen, wie beispielsweise der Jugendverband „Blau-Weiß“, eine Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, und ab 1935 eine Ortsgruppe des Sportvereins „Bar Kochba“. ⁸⁹

Prof. Dr. Hans Simmel wurde am 6. April 1891 in Berlin-Charlottenburg geboren. Er erhielt am 1. Mai 1917 für seine Verdienste im 1. Weltkrieg das Eiserne Kreuz. 1925 wurde er zum Professor der Uni Jena ernannt. Im Juni 1928 wurde er Chefarzt und Internist des Städtischen Krankenhauses Gera.

Drei Tage später schrieb die Zeitung „Die neue Front“: „...am Freitag zog der neue Chefarzt im Krankenhaus hier ein: ein Jude! – Sollte der Jude etwa auch Genosse sein?“, wurde dabei der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Arno Barth gefragt. Über Monate hinweg wurde gegen ihn in der NSDAP-Zeitung „Geraer Beobachter“ gehetzt. Am 21. Januar 1933 triumphierte sie: „Prof. Simmel in Schutzhaft – Das hat sich Simmel nicht träumen lassen.“ Die „polizeiliche Sicherungsverwahrung“ im Gefängnis Amthordurchgang erfolgte, weil Prof. Simmel sich kritisch über Hakenkreuzfahnen geäußert hatte. Die Geraer Nachrichten schrieben am 23. Februar 1933: „...nach Anweisung des Thüringer Innenministers ist Professor Simmel nicht mehr Chefarzt des Städtischen Krankenhauses, er bleibt jedoch im Krankenhaus beschäftigt.“ Er erhielt jedoch am 24. März 1933 seine fristlose Kündigung. Drei Tage später wurde er aus der Schutzhaft entlassen. Das Amt des Chefarztes wurde im Mai 1933 von dem Nationalsozialisten Dr. Läßker übernommen. Im Geraer Beobachter war unter anderen zu

lesen „Der Jude Simmel abgelöst wegen Misswirtschaft“ und „Damit ist die Zeit der artfremden Menschen hier endgültig vorbei.“

Die Eröffnung einer Privatpraxis wurde Prof. Simmel in Gera verwehrt. Daraufhin verzog er nach Stuttgart. Am 10. November 1938 wurde er in das Konzentrationslager Dachau deportiert. Ihm gelang Anfang 1939 die Emigration in die USA. Gezeichnet von der Haft verstarb er am 23. August 1943 in Colorado Springs. ^{46, 169, 175–177}

Am 18. März 1933 berichtete der Geraer Beobachter über das Ausscheiden des „Juden Tietz aus der Ortsgruppe Gera des Einzelhandels“. Am 30. März 1933 wurde über den Boykott jüdischer Geschäfte berichtet, der für den 1. April vorgesehen war: „SA-Posten machen das Publikum aufmerksam, dass es Vaterlandsverrat bedeutet, beim Juden zu kaufen“. Am 1. April 1933 um 10.00 Uhr standen SA-Posten vor jüdischen Geschäften, auch vor den Warenhäusern von Hermann Tietz und Max Biermann.

Die NSDAP-Zeitung „Geraer Beobachter“ setzte die Verunglimpfungen massiv mit Artikeln wie: „Kauft nicht beim Juden“, „Hinaus mit Juden aus allen deutschen Gerichtssälen“ oder „Jude Biermann an der Aktiengesellschaft der ‚Geraer Zeitung‘ beteiligt.“ fort. ^{178, 179}



SA-Posten vor dem Textilgeschäft Tondowsky, Greizer Straße/Böttchergasse
Foto: Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2878, Fotograf Herbert Gutte ¹⁸⁰

Durch das Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933 sollte die Zulassung jüdischer Rechtsanwälte zurückgenommen werden. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, kurz Berufsbeamtengesetz, wurde am 7. April 1933 erlassen und erlaubte es den nationalsozialistischen Machthabern, ihnen politisch missliebige und jüdische Beamte aus dem Dienst zu entfernen (außer diejenigen, die vor dem 1. August 1914 Beamte oder Frontkämpfer im 1. Weltkrieg waren oder deren Väter oder Söhne gefallen waren). ²

Das am 25. April 1933 erlassene Gesetz „gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen“ begrenzte die Zahl von jüdischen Personen an den Bildungsanstalten. Ab 1938 folgte der völlige Ausschluss. ²

Der Geraer Beobachter schrieb am 2. Mai 1933, dass der Landgerichtspräsident das „Notariat des Rechtsanwalts und Notars Dr. jur. Baumgart durch Widerruf beendet“ hat. Dr. Baumgart verließ nach dem Entzug seiner Zulassung Deutschland.¹⁶⁹

Zum 1. Oktober 1933 wurde der Studienrat der Mittelschule Gera Dr. Walter Spiegel (geboren am 16. Dezember 1887 in Berlin), in den Ruhestand versetzt, weil er „Nichtarier“ sei.¹⁶⁹

Am 10. August 1935 schrieb der Geraer Beobachter: „Der Zellenleiter der NSDAP Georg Giehler, Friseur, Wiesestraße, habe in seinem Schaufenster ein Schild aufgestellt: Juden betreten dieses Geschäft auf eigene Gefahr!“.

Die Nürnberger Gesetze, auch Nürnberger Rassengesetze genannt, wurden am 15. September 1935 anlässlich des 7. Reichsparteitags der NSDAP („Reichsparteitag der Freiheit“) in Nürnberg vom Reichstag angenommen und vom damaligen Reichstagspräsidenten Hermann Göring feierlich verkündet. Das „Reichsbürgergesetz“ unterschied „arische Vollbürger“ mit politischen Rechten und „Nichtarier“ als „Staatsangehörige ohne politische Rechte“. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden und stellte sexuelle Beziehungen zwischen „Deutschblütigen“ und Juden wegen „Rassenschande“ unter Strafe.²

Am 7. Oktober 1935 bat der Oberbürgermeister der Stadt Gera den Thüringer Minister des Inneren „ein Verzeichnis aller in Gera bestehenden jüdischen Geschäfte ohne jeden Zusatz in mein Amtsblatt aufzunehmen.“ Damit wolle er absichern, dass keinesfalls einer seiner Beamten, Angestellten und Arbeiter in jüdischen Geschäften kaufte.¹⁸²

Ab März 1936 wurde die Unterstützung für kinderreiche jüdische Familien gestrichen.²

Aus der Beratung der allgemeinen Verwaltung am 29. Juni 1936: „Herr Oberbürgermeister Zinn teilt mit, dass in der letzten Ratsherrensitzung angeregt worden sei, den Brunnen im Dahliengarten abzureißen, da er das Geschenk des Juden Biermann sei.“ In einer Ratsherrensitzung im Juni 1939 wurde jedoch festgelegt, den Brunnen nicht zu beseitigen, weil die Mittel für einen Ersatzbrunnen fehlten.^{178, 183}

Herr Amtmann Schmidt äußerte am 27. Juli 1936 in der großen Dienstbesprechung der Stadtverwaltung Gera: „Der Herr Reichsstatthalter habe angeordnet, dass die Staatsbeamten ihre Kinder nicht in jüdische Kaufhäuser in Lehre geben sollen, er missbillige das. Der deutsche Beamte darf seine Kinder nicht bei Juden ausbilden lassen.“⁶⁷

Am 3. September 1936 fand vor dem Landgericht Gera gegen Hans Hirschhorn ein Verfahren wegen „Rassenschande“ statt. Hirschhorn wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.¹⁸⁴

1935 wurde der Sportverein „Bar Kochba“ von Manfred Ahrens und Heinz Rose gegründet. Er gehörte dem reichsweiten jüdischen Sportverband „Makkabi“ an. In ihm waren rund 60 Kinder und Erwachsene aus Gera organisiert. Bis zum Ende der Olympiade wurde der Sportverband auf Grund von olympischen Prinzipien von den Nationalsozialisten toleriert. Nach der Olympiade unterlag er zunehmenden Repressalien bis er sich 1937/1938 auflöste. In der Turnhalle der Pfortener Schule wurde unter Anleitung von Egon und Helene Sabersky trainiert. Auflagen der Gestapo schränkten den Übungs- und Wettkampfbetrieb ein. Manfred Ahrens wanderte nach Argentinien aus; Heinz Rose verstarb kurz nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Buchenwald an den Haftfolgen. Egon Sabersky emigrierte zunächst in die CSR und kam später im Konzentrationslager Dachau ums Leben. Seine Frau Helene überlebte mit viel Glück den nationalsozialistischen Terror.⁸⁹

Im Oktober 1936 wurde es Juden verboten, Nichtjuden Privatunterricht zu geben. Im April 1937 konnten Juden nicht mehr promovieren und ab September 1937 verloren alle jüdischen Ärzte die Krankenkassenzulassung.²

*Am 3. Mai 1933 schrieb das Thüringische Kreisamt Gera an den Gemeindevorstand Langenberg: „...Wir ersuchen um Feststellung und Bericht...ob und welche Ausländer ostjüdischer Nationalität sich in Thüringen aufhalten und seit wann das der Fall ist...“ Dieser antwortete: „In Langenberg hält sich der Händler **Markus Faust** auf, der seit dem 8. Juli 1921 hier gemeldet ist...Faust betreibt am Platze ein Textilwarengeschäft geringeren Umfangs und hat in der Hauptsache Leute der Linksparteien beliefert u. zw. auf langfristige Abzahlung – Faust ist am 15. September 1892 in Sendziszow in Polen – früheres österreichisches Gebiet – geboren...“*

Das Thüringische Kreisamt Gera antwortete am 28. Juli 1933: „...Die Zahl der ausländischen Händler mit Textil- pp. Waren ist jetzt in Thüringen

außerordentlich groß. Das ist in Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit deutscher Handelstreibender auf die Dauer nicht haltbar. Die Aufenthaltsgenehmigung für den Händler Faust wird deshalb nur noch bis zum 30. September 1933 erteilt...“ Der Stadtvorstand informierte daraufhin Markus Faust am 3. August 1933: „Vom 1. Oktober 1933 ab wird Ihnen im Auftrag des Thür. Ministeriums des Inneren eine weitere Aufenthaltsgenehmigung für ganz Thüringen versagt. Ich rate Ihnen in Ihrem eigenen Interesse, sich rechtzeitig nach einem Wirkungskreis außerhalb Thüringens umzusehen...“

Am 8. August 1933 legte Markus Faust Widerspruch gegen diese Zuschrift ein: „...Ich bitte daher höfl. von der angeordneten Maßnahme abstand nehmen zu wollen, und mir meinen weiteren Aufenthalt unbegrenzt zu gewähren...“ Markus Faust gelang es nachzuweisen, dass er während des 1. Weltkrieges als Soldat einer verbündeten Macht von Deutschland (in Österreich) gedient hat. Daraufhin wurde ihm der Aufenthalt genehmigt: „Die Genehmigung hat von 6 zu 6 Monaten unter stillschweigender Beobachtung...unter der ausdrücklichen Voraussetzung zu geschehen, dass Faust sich einwandfrei führt und die bestehenden Gesetze und Verordnungen gewissenhaft befolgt...“

„Ratsherr Neidhardt bittet (in der Beratung des Bürgermeisters mit den Ratsherren am 27. Oktober 1936), dass alle Maßnahmen ergriffen werden, um die zwei in Langenberg ansässigen Juden Faust und Fischmann baldigst von Langenberg fortzubringen. Bürgermeister Haase verspricht für entsprechende Maßnahmen zu sorgen.“ Der Bürgermeister verlangte nun regelmäßige Berichte der Polizei. Auszug vom Polizeibericht vom 6. Januar 1937: „Auch mir ist es nicht möglich, Tatsachen anzuführen, die genügen würden, um Faust ausweisen zu lassen. Wir als Polizei haben ja selten die Möglichkeit, über das Geschäftsgebaren Faust's etwas zu hören. Und Personen, die dort kaufen, werden sich schwer hüten, gerade uns etwas zu verraten. Leider gehen noch viele Einwohner zu Faust, und ich habe sogar SA-Mitglieder gesehen, die das tun...“ Am 4. Februar 1937 wurde dem Thüringischen Kreisamt Gera vertraulich mitgeteilt: „...Gegen Faust macht sich in der letzten Zeit unter der nationalsozialistischen Bevölkerung ein ziemlicher Unwille bemerkbar, da feststeht, dass Faust seit Monaten einen starken Verkehr von Juden hat...“ Das Thüringische Kreisamt Gera teilte dem Langenberger Bürgermeister am 20. Februar 1937 mit, den Bericht der Gestapo vorgelegt zu haben und diese mitgeteilt hat, dass zu nächst nichts unternommen werden könne. Faust solle aber weiter beobachtet werden. Darüber wurde der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Arno Lindner, sowie die Polizei informiert. Weitere Anfragen folgten im Mai 1937 mit dem Ergebnis: „Zusammenfassend möchte ich nun bemerken, dass aus dem Leben und Treiben des Faust

bis jetzt nicht festgestellt werden konnte, ob er sich politisch betätigt und gegen den heutigen Staat arbeitet“.

Am 28. März 1938 schrieb der Langenberger Bürgermeister letztmalig an das Thüringische Kreisamt Gera. „Der jüdische Textilwarenhändler Markus Faust, der nach wie vor in Langenberg (Thür.) polizeilich gemeldet ist, ist Anfang Februar 1938 plötzlich von hier verschwunden... [nach Brüssel] Das von Faust bisher betriebene Konfektionsgeschäft wurde von einem arischen Schneidermeister und Konfektionswarenhändler namens Fritz Stapel aus Pegau (Sa.) käuflich erworben. Auf Rückfrage erklärte der Geschäftsinhaber wie auch sein Geschäftsführer, dass ihnen das plötzliche Verschwinden und eigenartige Verhalten Faust's fremd erscheine. Die Letztgenannten, wie auch der Hauswart Faust's waren völlig überrascht, als sie erfuhren, dass er sich im Ausland befindet...“ ¹⁸⁵

Der „Geraer Beobachter“ berichtete am 28. Januar 1938: „Der Großen Strafkammer des Landgerichtes Gera wurde gestern ein 18-jähriger Angestellter vorgeführt, der sich in zwei Fällen der Rassenschande schuldig gemacht hatte. Er besuchte zweimal nacheinander ein öffentliches Haus in Gera und übte dort gegen Entgelt den Geschlechtsverkehr aus. Das Gericht erkannte, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, auf neun Monate Gefängnis.“ ¹⁷⁸

Es folgte eine Reihe von neuen Verordnungen und Gesetzen, die sich gegen die jüdischen Bürger richteten. Am 26. April 1938 trat die „Verordnung zur Anmeldung jüdischen Vermögens“ in Kraft. Deklaration erforderlich, wenn es 5.000 RM überstieg. Im Mai 1938 wurden Juden von der Vergabe öffentlicher Ämter ausgeschlossen. Am 6. Juli 1938 trat das „Gesetz über die Einschränkung der jüdischen Gewerbetätigkeit“ in Kraft. Im Juli 1938 wurde ein besonderer Personalausweis für Juden eingeführt. Ab Juli 1938 wurden die Approbationen der jüdischen Ärzte annulliert, etwas später auch die der jüdischen Rechtsanwälte und anderer Berufsgruppen. Im August 1938 wurde die Führung von zusätzlichen jüdischen Vornamen, z. B. Sarah und Israel, verboten. Ab Oktober 1938 wurden die Reisepässe der Juden mit einem roten J gestempelt. Ab November 1938 wurde den jüdischen Kindern der Schulbesuch verboten. Am 12. November 1938 trat die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ in Kraft. ²

Mit dem Mittel der „Arisierung“ enteigneten die Nationalsozialisten schrittweise jüdische Personen. Die Nationalsozialisten sprachen auch von „Entjudung“, ein Ausdruck, der an Ungezieferbekämpfung erinnern sollte. Viele Unternehmen in Gera waren von der „Arisierung“ betroffen. ¹⁶⁹

*Nachdem die Brüder **Erich und Herbert Biermann** bereits Ende 1935 das Unternehmen verpachtet hatten, ging es im April 1938 in den Besitz der Firma Braun & Co über. Erich Biermann gelang es, nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Buchenwald, zusammen mit seiner Frau in die USA auszuwandern. Herbert Biermann war mit Hilde Sternfeld liiert, die er nicht heiraten durfte, weil sie eine „Nichtjüdin“ war. Er wurde in das Judenhaus in der Agnesstraße 4 eingewiesen und wanderte Anfang 1940 nach Palästina aus. Seine Lebensgefährtin durfte nicht ausreisen und verstarb am 10. Oktober 1942 in den Milbitzer Heilstätten.* ¹⁶⁹

*In der Ratsherrensitzung am 13. Mai 1938 wurde über die bevorstehende „Arisierung“ der Teppichfabrik „Halpert & Co“ informiert. Die Inhaber sollten zuvor auf Verlangen der Deutschen Arbeiterfront ein Gefolgschaftshaus errichten. Die von **Dagobert Halpert** gegründete Firma gehörte zu den führenden Herstellern von Teppichen, Gobelins, Möbel- und Dekorationsstoffen und hatte um 1930 etwa 1.000 Beschäftigte. Dagobert Halpert starb 1934. Seine beiden Töchter mit ihren Familien emigrierten in die USA. Die Geschäftsführung der beiden Werke lag dann in den Händen von Georg Halpert und Robert Mazur. Georg Halpert konnte noch kurz vor der Pogromnacht auswandern, während Robert Mazur in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt wurde. Dort erzwang man Anfang 1939 seine Zustimmung zur Geschäftsaufgabe und die Firma ging in den Besitz von „arischen“ Geschäftsleuten über. Sie firmierte unter dem Namen „Laurenz & Wilde.“* ¹⁶⁹

Am 9. Juli 1938 schrieb der Oberbürgermeister Dr. Zinn der Stadt Gera: „Der im Besitz des Juden Berglas in Berlin befindliche ehemalige Betrieb der Firma Schütze & Leube Gera, Wilhelmstraße, soll jetzt arisiert werden...der Käufer beabsichtigt die Firma stillzulegen. Die Stilllegung hätte also zur Folge, dass nicht nur eine Steuerquelle und Arbeitsstätte für Gera verloren geht, sondern auch noch gleichzeitig mindestens 80 Arbeitskräfte brotlos werden. Zu diesen wirtschaftlichen Folgen kommen noch die politischen, die gar nicht übersehen werden können. Denn man sagt sich: „Der Jude hat Arbeit und Brot gegeben, die Arisierung nimmt beides.“ ¹⁸⁶

In Gera begannen die Nationalsozialisten mit dem „Abschub“ (zwangsweise Ausweisung) von jüdischen Personen polnischer Herkunft am 28. Oktober 1938 um 3.00 Uhr früh. Aus allen Stadtteilen wurden Familien abgeholt und in der Ostvorstädtischen Turnhalle gesammelt. Gegen Abend wurden die zur Ausreise gezwungenen Personen zum Hauptbahnhof getrieben und mit der Bahn über Leipzig nach Bentschen (Zbaszin) transportiert. Der Sammeltransport erreichte den Grenzzort gegen 2.00 Uhr, gegen 19.00 Uhr erlaubte schließlich die polnische Regierung die Einreise.

Alfred Birnbaum schrieb in einem Brief am 31. Oktober 1938 über den Transport: „Eine Frau hat im Zug entbunden, man hat einige Hemden zusammengenommen für sie, eine andere Frau hat entbunden, sie und das Kind sind gestorben, die Leichen mussten im Zug mitgenommen werden. Die haben gehalisch (jüdisch für ohnmächtig werden), drei bis vier Tage nichts zu essen; bei uns war eine Frau eingestiegen mit einem Kind von 15 Monaten. Das Kind hatte vier Tage nichts Warmes gegessen, das Kind hat vor Hunger geschrien, aber wenn man nichts hat kann man nichts geben. Ein alter Mann ist vor Zores und Leid gestorben...“ 89, 187

H40

Der Polizeidirektor Gera 30

Fernruf 4026-4027
Postschleifloch Nr. 92

Abteilungen
I Hauptgeschäftsstelle
II Wirtschaftsstelle
III Polizeikasse
IV Verwaltungspolizei
V Schutzpolizei
VI Kriminalpolizei
VII Jugendpolizei
VIII Verkehrs- und Führerschule
IX Unterwiesenschule
X Schulpolizei
XI Unterwiesenschule
XII Schulpolizei

Postcheck
Erfurt Nr. 18100
Bankkonto
Reichsbank Gera Nr. 143
Thür. Staatsbank Gera
Nr. 520

Polizeidirektion: Stadthaus, Zeppelinstraße 4
Kraftfahrzeugkassen- und Führerschule: Unterwiesenschule, Schulwiesen 1
Verkehrskassenstelle der Schutzpolizei: Unterwiesenschule, Gubenbergstraße 2
Kriminalpolizei: Burgstraße 6

An den
Reichsführer # und Chef der
Deutschen Polizei im Reichs-
ministerium des Innern
in Berlin.

Abschrift.

Ihre Zeichen S.V. 7 225/38
-509-27

Ihr Schreiben vom 26./27.10.38

Unsere Zeichen III/B

Tag 28. 10. 1938

Bei Anträgen und Bittfragen stets anzufragen

Betr. Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

lassen

Im Stadtkreis Gera sind 83 pflichtige Juden polnischer Staatsangehörigkeit gemeldet. Gegen 82 ist heute Aufenthaltsverbot mit Frist bis 29.10.38 und gegen Empfangsbescheinigung ausgehändigt worden. Eine Person war nicht zu erfassen, weil sie sich in Hannover auf Besuch befindet.

68 Personen und 14 Kinder sind heute 18.30 Uhr mittels Sondersammeltransport (Eisenbahn) über Leipzig nach Neu-Bentschen abgeschoben worden.

Von den verbleibenden 14 Personen sind 10 nicht in Besitze ihrer Pässe, weil sie die Pässe dem polnischen Konsulat zur Verlängerung übersandt haben. 2 Personen sind nicht transportfähig und 2 befinden sich in Untersuchungshaft.

Mit dem Schubtransport von Gera sind gleichzeitig 11 pflichtige Erwachsene und 5 Kinder aus dem Stadtkreis Jena und 2 pflichtige Erwachsene aus dem Stadtkreis Greiz abgeschoben worden. Das der Grenzstation nächstgelegene Stapostelle (Frankfurt/Oder) ist mittels Funkverkehrs von dem Abschub der insgesamt 102 Personen verweigert worden.

Der Stadtkreis Jena in Thüringen
Der Stadtkreis Greiz in Thüringen
Thüringisches MdI, P 91, Blatt 30
Gera, den 31. Okt. 1938 V. gez. Dr. R o h d e .

III/B.
In Abschrift dem Reichstatthalter in Thüringen,
Staatssekretär und Leiter des
Thür. Ministeriums des Innern
in Weimar

zu III P 4520 vom 27.10.38 mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Anlagen Gera, den 28. Oktober 1938.
Der Polizeidirektor.

[Handwritten Signature]

Abbildung: ThHStA Weimar, Thüringisches MdI, P91, Blatt 30 188

Die „Geraer Zeitung“ im Oktober 1938: „...Infolgedessen sind einige Tausende polnische Staatsangehörige, die von den deutschen Behörden als unerwünscht angesehen werden, nach der polnischen Grenze abgeschoben worden.“⁸⁹

Nach der späteren Besetzung Polens kamen die meisten von ihnen in „Ghettos“ und „Konzentrationslagern“ ums Leben.⁸⁹

Der Novemberpogrom 1938 fand nach seiner Generalprobe im benachbarten Regierungsbezirk Kassel „termingerecht“ am 9. November 1938 im gesamten Gau Thüringen statt. Entgegen der offiziellen Anweisung, den angeblichen „Volkszorn“ gegen Juden durch das Tragen von „Räuberzivil“ zu unterstreichen, wüteten in mehreren Orten die Nationalsozialisten und ihre Mitläufer in ihren Uniformen nach den Feiern zum „Heldengedenktag“ in Synagogen und jüdischen Geschäften.

Die jüdischen Männer wurden in Behelfsgefängnissen und Turnhallen festgehalten. 1.178 jüdische Männer aus dem Thüringer Raum wurden in den Folgetagen in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Etwa 25 von ihnen kamen dort in den nächsten Wochen unter den katastrophalen Lebensbedingungen des sich noch im Aufbau befindlichen Lagers ums Leben. Die anderen entließ man nach und nach unter der Voraussetzung, Deutschland zu verlassen und ihren Besitz der SS zu überschreiben bzw. ihn sofort anderweitig „arisieren“ zu lassen. Eine Flucht aus Deutschland war jedoch schwierig. Die USA und Palästina hatten bspw. niedrige Aufnahmequoten für Flüchtlinge und nach dem Kriegsausbruch 1939 waren die Grenzen zu. Ein Visum zu erhalten war schwierig und enorm teuer.¹⁶

Am Morgen des 9. November 1938 stürmten SA-Leute die Synagoge im Hotel „Kronprinz“ in der Schülerstraße und verbrannten die Kultgegenstände auf dem damaligen Roßplatz. Sie errichteten einen Galgen, an dem noch tagelang eine Puppe mit den Insignien eines Rabbiners baumelte. Die bereits nach dem „Abschub“ geschlossene orthodoxe Synagoge wurde von den Nationalsozialisten ausgeräumt und die Gegenstände in der Ludwig-Jahn-Straße verbrannt. Auch die Einrichtung der bereits in den Jahren von 1303 bis 1305 erstmals genannten jüdischen Schule im Meistergässchen wurde vernichtet.⁸⁹

Angehörige der NSDAP, SA und SS durchsuchten mehrfach jüdische Wohnungen und verhafteten alle jüdischen Männer ab 16 Jahren. Nach den Angaben von Werner Simsohn wurden 38 namentlich bekannte in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Eine andere Quelle spricht von

32 Geraern. Im Dezember 1938 kehrten die ersten gezeichnet von den Repressalien zurück.⁸⁹

Stadtarchiv Gera 5

Zabellchule
Oberchule für Mädchen
mit
Deutscher Aufbauchule
Adelheidstraße 7
Fernruf 1182

Gera, den 9. April 1939

An Herrn
Alfred Adomeit

T-B. Nr. _____
Angabe dieser Nr. in der Antwort arbeiten.

Betr. in Gera
Schmelzhüttenstrasse 33.

Nach der Feststellung der Klassenlehrerin kann Ihre Tochter Liselotte A., Klasse 6s, nicht im BDM aufgenommen werden, weil sie mütterlicherseits nicht arischer Abstammung ist. Da es sich aber nach einem Schreiben des Thür. Ministers f. Volksbildung nicht empfiehlt, Mischlinge in Schulen mit besonderen Aufgaben (Mutterschulen, Aufbauschulen u. s. w.) aufzunehmen und da es ferner als schwere Belastung angesehen werden muss, wenn eine nach nationalsozialistischen Grundsätzen geführte Schule Mischlinge unter ihren Schülerinnen zählt, empfehle ich dringend die Abmeldung der Schülerin Liselotte Adomeit. Die Oberschule Weida oder die Mittelschule Gera werden wohl gegebenenfalls einem Antrag auf Aufnahme stattgeben und sind in einem früheren Falle dazu ermächtigt worden.

J.V. 


Abbildung: Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn I, Nr. 704¹⁹⁴

In einem Bericht beschrieb der Geraer Oberstaatsanwalt Dr. Müller detailliert das Pogrom in Gera und resümierte: „Die ganze Aktion ist ohne Zwischenfall gewesen.“¹⁸⁹

Melanie Knörnschild, eine Putzfrau aus Gera, hatte im Vorfeld des geplanten Pogrom zwei wertvolle Thorarollen aus der Synagoge im Hotel „Kronprinz“ heraus geholt und diese zu der jüdischen Familie Mazur gebracht. Unter hohem Risiko bei ihrer Ausreise wurden die Rollen nach England geschmuggelt.^{89, 190}

Am 3. Januar 1939 ließ Geras Oberbürgermeister Otto Zinn verbreiten, dass ab sofort alle Juden von Prüfungen auszuschließen wären. Es sei denn, sie beabsichtigen auszuwandern.¹⁹¹

Im gesamten Jahr 1939 richteten sich Zeitungsartikel gegen Polen und jüdische Personen in aller Welt, z. B. schrieb die Geraer Zeitung davon, dass die Vereinigten Staaten von Amerika „verjudet“ wären und das „die Ostthüringer Wirtschaft nun judenfrei sei“.¹⁹²

Der Begriff „Judenhaus“ wurde für Wohnhäuser aus (ehemals) jüdischem Eigentum verwendet, in die ausschließlich jüdische Mieter und Untermieter eingewiesen wurden. Diese Vorform einer innerstädtischen „Ghettoisierung“ erleichterte die Kontrolle der jüdischen Bewohner und unterband gewachsene nachbarschaftliche Beziehungen. Das „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939 lockerte den Mieterschutz für Juden. Eine vertragliche vereinbarte langfristige Mietdauer mit jüdischen Mietern konnte vom „deutschblütigen“ Vermieter auf die gesetzlichen Fristen reduziert werden. In juristischen Kommentaren zum „Wohnungssonderrecht für Juden“ hieß es zur Begründung: „Es widerspricht nationalsozialistischem Rechtsempfinden, wenn deutsche Volksgenossen in einem Hause mit Juden zusammenleben müssen.“ Jüdische Mieter konnten angewiesen werden, weitere Juden als Untermieter in ihre Wohnung aufzunehmen. Den Mietvertrag sowie die Höhe der Miete konnte die Gemeindebehörde bestimmen.^{2, 193}

Die Stadtverwaltung Gera begann mit der Einrichtung von „Judenhäusern“ noch vor Beginn des Krieges. Insgesamt gab es drei: Das Haus der Familie Borenstein in der Schulstraße 16 (heute Hußstraße) diente diesem Zweck nur kurz. Nachdem fünf seiner Bewohner nach Polen ausgewiesen worden waren, sieben weitere Deutschland auf andere Art verlassen hatten, wurden die restlichen Mieter in die Agnesstraße 4 (heute Gagarinstraße) in das Haus der Familie Birnbaum umquartiert. Die Bewohner dieses Hauses wurden 1942 deportiert. Das Haus Zschochernstraße 32, damals im Besitz des Rechts-

anwaltes Dr. Hauptmann, blieb bis Kriegsende belegt. Durch Deportation wechselten seine Bewohner, 1942 sogar einmal die gesamte Mieterschaft. Vor dem Abtransport wurden alle, deren Namen auf den Deportationslisten standen, kurzzeitig in Häuser des damaligen Franz-Patzer-Weges (heute: Dürrenbersdorfer Wand) umquartiert, die als Sammellager dienten.⁸⁹

Die Staatspolizeistelle Weimar verfügte am 13. September 1939: „Es hat sich herausgestellt, dass nach Einführung der Bezugsscheine für lebenswichtige Güter sich auch Juden in die Käuferreihen vor den Lebensmittelgeschäften eingereiht haben. Die Juden wirken allein durch ihre Anwesenheit provozierend. Einem Deutschen kann daher nicht zugemutet werden, sich zusammen mit einem Juden vor oder in einem Geschäft aufzustellen. Es ist daher schnellstens dafür zu sorgen, dass den Juden bestimmte Lebensmittelgeschäfte zugewiesen werden, in denen sie kaufen dürfen. Andere Geschäfte, als die zugewiesenen, sind ihnen verwehrt. Auch die Wiedereinführung von rein jüdischen Geschäften kommt nicht in Betracht. Als Geschäftsinhaber sind nur solche zuverlässige und deutschblütige Kaufleute zu bestimmen, die von den örtlichen Polizeiorganen und dem Hoheitsträger der Partei als einwandfrei bezeichnet werden...Unabhängig von diesen Maßnahmen sind, sofern keine sonstigen Schwierigkeiten entgegenstehen, bei Juden stichprobenartige Durchsuchungen nach Hamsterware vorzunehmen. Sollte ein Jude im Besitz von Hamsterware sein, so ist diese zu beschlagnahmen. Er selbst kann sofort in Haft genommen werden. Es ist erforderlich, mich von jeder Festnahme umgehend fernmündlich oder schriftlich in Kenntnis zu setzen, damit gegebenenfalls Schutzhaftmaßnahmen angeordnet werden können. Eine Presseveröffentlichung dieser Maßnahmen darf nicht erfolgen...“¹⁹⁵

Schreiben der Gestapo Weimar am 21. September 1939: „In Erweiterung der Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939 - RGBI. I S. 1683 - sollen die Juden in Deutschland von jeglichem selbständigem Rundfunkempfang (auch dem inländischen) ausgeschlossen werden. Ihre hierzu bestimmten Apparate sollen eingezogen werden, um sie an anderer Stelle zum Nutzen des Deutschen Volkes zweckdienlicher einsetzen zu können...“^{196, 197}

Erinnerungen von Paul Fleisch: „Das erste Mal hatte ich Berührung mit der Gestapo in Weimar, als man mir meinen Radio-Apparat beschlagnahmte, das war im Herbst 1939. Bei Beschlagnahme dieses Apparates gab man mir bekannt, dass die Abholung nur deshalb erfolge, weil meine Frau als Jüdin bezeichnet wurde...“¹⁹⁸

Ab August 1940 durften jüdische Personen in Deutschland kein Telefon mehr besitzen. ²

Im Oktober 1940 wurde der antisemitische Propagandafilm „Jud Süß“ in Gera gezeigt. 16.000 Geraer strömten in die Kinos und die Spieldauer wurde um Wochen verlängert. ¹⁹⁹



Am 1. September 1941 trat die „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden“ in Kraft. Ab dem 15. September 1941 musste jeder Jude vom 6. Lebensjahr an einen gelben „Judenstern“ auf der Kleidung aufgenäht tragen. ²

Ab Herbst 1941 begannen die systematischen, bürokratisch geregelten Deportationen der Juden aus Deutschland in die besetzten Ostgebiete; die letzte Phase der nationalsozialistischen Judenpolitik. Diese waren zielstrebig darauf ausgerichtet, die europäische Judenheit auszurotten. ²



Deportation

Foto: Manuskript Arnulf Ehrlich, Fotograf unbekannt ⁴⁵

Dr. med. Oskar Salomon wurde am 21. September 1863 in Halle/Saale geboren. Seit 1908 war er Spezialarzt für Haut- und Harnkrankheiten in Gera. Die Wohnung und Praxis war in der Adelheidstraße 12. Seine Frau Martha Salomon wurde am 6. September 1873 in Eisleben geboren. Die gemeinsamen Söhne Fritz und Hans wurden am 30. Mai 1895 und 17. April 1898 in Geringswalde geboren. Fritz Salomon wurde im 1. Weltkrieg schwer verletzt und verstarb im Lazarett. Hans Salomon war 1916 Absolvent des Gymnasiums Rutheneum und meldete sich freiwillig bei der Armee. An der Front verliert er einen Arm. Am 22. März 1932 wurde der inzwischen promovierte Dr. jur. zum Amtsgerichtsrat in Gera berufen. Im April 1933 verfügte das Justizministerium seine Abberufung als Vorsitzender des Arbeitsgerichts und versetzte ihn als Richter ins Landgericht. Nachdem er 1935 einen Fragebogen zur Abstammung ausfüllen musste, wurde er zum 31. Dezember 1935 aus dem juristischen Dienst entlassen. 1938 erfolgte die Deportation in das Konzentrationslager Buchenwald, aus dem er zurückkehrte. Am 18. September 1941 beging die Familie gemeinsam Selbstmord. Aus ihrem Abschiedsbrief ging hervor: „Wir wollen und können die Entehrung, die uns durch den Zwang, einen handtellergroßen gelben Stern auf der linken Brustseite zu tragen, auferlegt worden ist, nicht auf uns nehmen, ohne uns selbst verachten zu müssen“. ^{169, 200}

Mitteilung des Reichsministers der Finanzen am 4. November 1941 über den Beginn der Deportationen aus Thüringen: „...Juden, die nicht in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben beschäftigt sind, werden in den nächsten Monaten in eine Stadt in den Ostgebieten abgeschoben. Das Vermögen der abzuschubenden Juden wird zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen. Es verbleiben den Juden 100 RM und 50 kg Gepäck je Person...“ ²⁰¹

Ab dem 23. Oktober 1941 galt ein Auswanderungsverbot für Juden. Am 25. November 1941 trat die „11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ in Kraft. Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit erfolgte automatisch mit „der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland. ...Das Vermögen verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich.“ ²

In der Zeit von 1942 bis 1945 konnten noch ca. 8.500 Juden entkommen. Insgesamt waren von den 500.000 Juden in Deutschland um 1933 bis zum Kriegsende ca. 278.000 emigriert. ²

Anfang 1942 lebten noch 64 jüdische Menschen in Gera. ⁸⁹

Aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942: „...Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht...“ ²⁰²

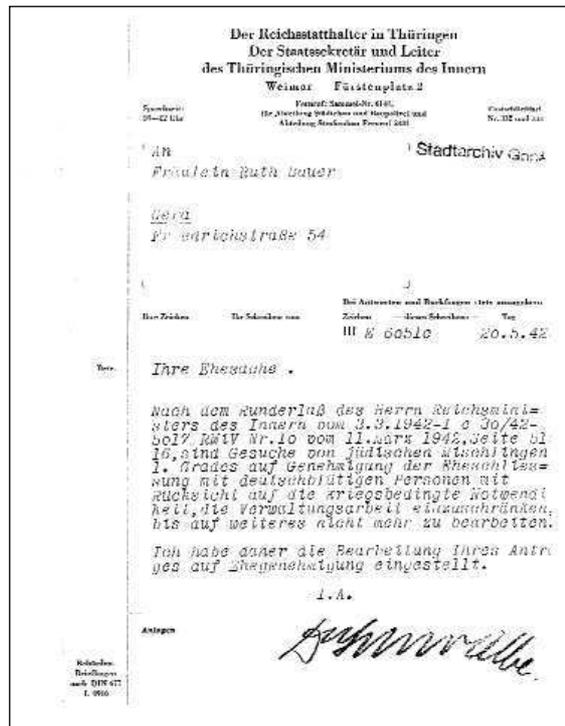


Abbildung: Stadtarchiv Gera, III F-06,
Nachlass Simsohn I, Nr. 704¹⁹⁴

Aus der Richtlinie des Reichssicherheitshauptamtes zur Durchführung der Deportation von Juden nach Auschwitz vom 20. Februar 1942: „...Es empfiehlt sich, die zu evakuierenden Juden vor dem Abtransport zu konzentrieren. Transporte werden jeweils in Stärke von mindestens je 1.000 Juden nach dem im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsministerium erstellten Fahrplan, der den beteiligten Dienststellen zugeht, durchgeführt. Es muss pro Person mitgenommen werden: Marschverpflegung für etwa 5 Tage, 1 Koffer oder Rucksack mit Ausrüstungsgegenständen und zwar: 1 Paar derbe Arbeitstiefel, 2 Paar Socken, 2 Hemden, 2 Unterhosen, 1 Arbeitsanzug, 2 Wolldecken, 2 Garnituren Bettzeug (Bezüge mit Laken), 1 Essnapf, 1 Trinkbecher, 1 Löffel und 1 Pullover. Nicht mitgenommen werden dürfen: Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw., Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin – mit Ausnahme des Eheringes), lebendes Inventar, Lebensmittelmarken (vorher abnehmen und den örtlichen Wirtschaftsämtern übergeben). Vor Abgang der Transporte ist eine Durchsuchung nach Waffen, Munition,

Sprengstoffen, Gift, Devisen, Schmuck usw. vorzunehmen. Für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Fahrt und die Reinigung der Wagen nach Verlassen des Zuges sind jüdische Ordner einzuteilen. Bei Abmeldungen der Juden ist in den Melderegistern der Meldeämter nicht der Zielort, sondern lediglich ‚unbekannt verzogen‘ anzuführen...“²⁰²

Am 10. Mai 1942 wurden insgesamt 34 Personen aus Gera deportiert, vornehmlich die Bewohner aus der Agnesstraße. Als Sammelstelle diente der Platz hinter der Johanniskirche, wo sie stundenlang warten mussten.¹⁶⁹

Die Staatspolizeistelle Weimar übermittelte am 11. Mai 1942 an den Oberfinanzpräsidenten in Rudolstadt: „Am 10. Mai 1942 sind aus Thüringen 342 Juden nach dem Generalgouvernement evakuiert worden. Das Vermögen der Juden mit deutscher Staatsangehörigkeit verfällt nach Überschreitung der Reichsgrenze auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz zu Gunsten des Reichs, während das Vermögen der abgeschobenen staatenlosen Juden auf Grund der einschlägigen Vorschriften über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens einzuziehen ist. Als Anlage übersende ich eine Liste mit Angaben der Anzahl der abgeschobenen Juden und der Orte, aus denen die Juden evakuiert wurden, mit der Bitte, mir die zuständigen Finanzämter zu nennen, die von dort mit der Übernahme des Vermögens dieser Juden beauftragt werden. Ich werde alsdann das von mir sichergestellte Vermögen diesen Stellen übergeben.“²⁰¹

Schreiben der Gestapo Weimar vom 7. September 1942: „...In der nächsten Zeit wird aus dem hiesigen Bereich eine größere Anzahl Juden nach Theresienstadt umgesiedelt. Die Reichsvereinigung der Juden ist angewiesen, worden, mit den betreffenden Juden (in Thüringen 535, in Gera 23 jüdische Personen, Stand vom 18. März 1942) Heimeinkaufsverträge abzuschließen, um die Kosten dieser Unterbringung sicherzustellen.“ Aus Gera hatten auf das Sonderkonto „H“ der Reichsvereinigung der Juden bereits Hedwig Sara Rose, Margot Sara Rose und Cäcilie Sara Rosenbaum überwiesen.^{196, 203}

Aus der Dienstbesprechung der Stadtverwaltung Gera am 12. September 1944: „...Der Kreisleiter hat Veranlassung genommen an alle Behördenleiter des Kreises Gera einen Schriftsatz zu richten in dem er brandmarkt, dass sich Frauen oder Mädchen in einer Weise fremdvölkische Manieren angeeignet haben, die den Protest jedes gesund denkenden Menschen hervorrufen. Es sei eine Verfalls- und Entartungserscheinung in unserem Volke, wenn ein Teil unserer Frauen und Mädchen in Nachäffung der Gewohnheit fremdvölkischer Frauen sich soweit vergessen, dass sie sich Gesicht, Nägel

und Zehen bemalen. Dagegen müsse mit allen Mitteln angekämpft werden. Unter keinen Umständen darf aber geduldet werden, dass die im öffentlichen Dienst stehenden Frauen und Mädchen diese üblen Manieren auch in ihrer Dienstzeit zeigen...“⁶⁷

Am 19. September 1942 wurden 13 jüdische Personen aus Gera nach Theresienstadt deportiert. Von ihnen überlebte nur Frau Hedwig Rose. Danach lebten noch 14 Jüdinnen und Juden in Gera.⁸⁹

***Julius Simsohn** wurde am 25. März 1888 in Memel geboren. Im 1. Weltkrieg war er Frontsoldat, wurde Vizefeldwebel und erhielt verschiedene Auszeichnungen. Ende 1927 arbeitete er in Gera in der Zchochernstraße 26 als Filialleiter der Berliner Firma Korrekt. 1934 richtete er einen Landhandel im ehemaligen Schokoladengeschäft in der Nestmannstraße 1 ein. Am 10. November 1938 wurde er von der SA in seiner Wohnung verhaftet und bis Dezember 1938 im Konzentrationslager Buchenwald gefangen gehalten. 1942 unternahm er einen Selbstmordversuch, nachdem seine Mutter deportiert wurde. 1944 erfolgte die Deportation in das Konzentrationslager Auschwitz. Er musste den Namen Jeremias tragen. Von dort erhielt seine Frau am 25. November 1944 ein letztes Lebenszeichen in Form eines Briefes.*⁸⁹

*Der Ehrenbürger der Stadt Gera **Werner Simsohn** (*18. Dezember 1924 in Berlin † 6. Februar 2001 in Gera) recherchierte sehr intensiv das Schicksal der Juden in Gera, welches er in drei Bänden veröffentlichte. Vor der Fertigstellung des vierten Bandes verstarb er. Über das Schicksal der 14 jüdischen Personen die 1944 in Gera wohnten, berichtete er: „Im Frühjahr 1944 wurde als erster Julius Simsohn (Vater von Werner Simsohn) verhaftet und in Auschwitz ermordet. Es folgten Moses Milewicz, der am 7. Februar 1945 in Mauthausen den Tod fand. Bruno Frank, damals im Arbeitslager Ohrdruf des Konzentrationslagers Buchenwald, starb in den letzten Kriegstagen während der Evakuierung dieses Lagers. Auch Berta Schäfer kehrte aus dem Konzentrationslager Buchenwald nicht zurück. Liddy Adomeit, Margarethe Hinrichs, Alice verw. Krebs, Fanja Maurer und Erna Oehmichen kamen noch Ende 1944 oder Anfang 1945 nach Theresienstadt, zuvor die beiden Kinder Salomon (Selman) und Wolf Milewicz. Diese letzten nach Theresienstadt Deportierten wurden durch den Vormarsch der Roten Armee gerettet. Elly Weber, ihr Mann und die Tochter wählten im Oktober 1944 den Freitod, als seine Verhaftung bevorstand und ihre absehbar war. Alice Derbuel tauchte unauffindbar in die Illegalität unter und entzog sich dadurch der drohenden Verhaftung, was auch für ihre Mutter und Tochter Fernande zutraf.“*⁸⁹



Abbildung: Stadtarchiv Gera, III F-06,
Nachlass Simsohn 2, Nr. 548²⁰⁴

...Nun will ich Dir mein Lieb auch schildern, wie es hier zugeht, aber denke nicht, daß es Bettelei sein soll, morgens bekommen wir ca. 150 Gramm Brot mit Marmelade, abends dasselbe mit Margarine.

Mittags gibt es einen Pott Essen nur mit Wasser gekocht, mitunter gibt es zum Mittag 5–6 kleine Pellkartoffeln, dazu sogenannte ..., Spinat oder Sauerkohl, manchmal gibt es einen Fraß, den ich nicht kenne. Ich bestehe nur noch aus Haut und Knochen, dazu kommt, daß sehr harte Lager, darauf liegt eine mit Knorpeln und Druckstücken zusammengewürgte Matratze um 120 cm breit für 2 Mann, also jeder 60 cm. Ich wünsche mir, daß die J.'s nur 8 Tage diese Qualen durchmachen mussten vielleicht gibt Gott mir die Kraft...

Dieser Brief von Julius Simsohn wurde zu unbekannter Zeit geschrieben und aus der Polizeihaft geschmuggelt. Das Original befindet sich im Stadtarchiv Gera.

Durch die „13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ am 1. Juli 1943 wurden die jüdischen Personen in Deutschland unter Polizeirecht gestellt. Es gab nun für sie keine Rechtsinstanzen mehr.²

Erinnerungen von Paul Fleisch: „...Am 5. Juni 1944 wurde ich schließlich von Neuem noch einmal von der Gestapo nach Erfurt vorgeladen. Ich wurde verantwortlich darüber verhört, aus welchem Grunde ich bei der Personenaufnahme die Rassenzugehörigkeit meiner Frau nicht angegeben hätte. Diese Vernehmung vollzog sich in den widerlichsten Formen. Eisfeld warf mir vor, dass ich lüge und ich müsste doch als gebildeter Mensch wissen, was ich zu tun gehabt hätte. Wenn ich die Rassenzugehörigkeit meiner Frau nicht angegeben hätte, dann hätte ich das absichtlich verschwiegen. Er würde schon dafür sorgen, dass ich gehörig bestraft würde. Acht Tage vor diesem Vernehmungstermin wurde mir die Ladung zugestellt. Einem Herrn gegenüber erklärte Eisfeld, dass die Ladung deshalb so frühzeitig mir zugestellt worden wäre, um mir einige schlaflose Nächte zu bereiten...“¹⁹⁸

Betrifft: Entlassung des Häftl. Jude W i e s e l m a n n.

An H-Untersturmführer H a c k m a n n.

Der Häftling Jude Wieselmann sollte am 20.6.39 entlassen werden. Da gerade Abendappell war schickte ich den W. durch den Vorarbeiter der Effektenkammer zum Revier zur Vorführung zum Arzt. Ich rief anschl. sofort das Häftlingsrevier an und gab dem Pfleger Polle den Befehl den W. untersuchen zulassen und überzeugte mich ob die genannten Häftl. auch sofort, ohne evtl. unterwegs Station zu machen, im Revier erschienen sind. Da der Arzt nicht mehr im Revier war, wurde die Untersuchung durch den Pfleger Polle durchgeführt. P. rief anschl. bei mir an und sagte, daß der W. nicht entlassungsfähig sei, da er erst vor einigen Tagen Prügelstrafe erhalten habe. Da solche Häftlinge nicht entlassen werden dürfen ließ ich den W. sofort wieder im Block antreten.

Der 2. Rapportführer

L. Buchenwald,
"Lagerarzt".

Weimar/Buchenwald, den 21.10.1939.

Betrifft: Bettnässer.

Bezug: --

Anlagen: --

An den

Lager - Kommandanten
des K.L. Buchenwald.

Es wird gebeten, die Blockführer bzw. die Blockältesten anzuweisen, dass die Bettnässer unter den Häftlingen nicht mehr in den Schlafräumen, sondern auf den Aborten in den Blocks zu schlafen haben.

Der Lagerarzt
K.L. Buchenwald

Hauptsturmführer.

Konzentrationslager Buchenwald									
Kommandantur									
Eingang: 21. Okt. 1939									
Tab. Nr.									
2	1	II	IV	V	VI	X			

Zyklus im Rapport 43

Abbildung: Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 2, Nr. 1129⁷⁴

Das Krematorium auf dem Ostfriedhof Gera (aber auch Weißenfels und Altenburg) wurde zur Einäscherung von verstorbenen Häftlingen der Konzentrationslager-Außenkommandos Rehmsdorf und Gleina (Sachsen-Anhalt) genutzt. Die Asche wurde in Papierbeuteln am nördlichsten Rand des Ostfriedhofes ohne Markierungen unter der Lagebezeichnung „Sammelstelle Abteilung VI c, Nr. 4 a“ vergraben. Die Friedhofsverwaltung bekam vom Stadtbaurat Dr. Stengel die Anweisung, dass diese Namen in der Friedhofskartei nicht festgehalten werden und die Asche der Verbrannten in einem Erdloch vergraben wird. Entgegen dieser Anordnung notierte ein Angestellter die Namen und Vornamen, Geburtstage und -orte, Todestag und -ort, Konfession und Nationalität der ermordeten Konzentrationslagerhäftlinge. Begraben wurde die Asche von 122 Menschen aus der Tschechoslowakei, Russland, Polen, Rumänien, Jugoslawien, der Türkei, den USA und Deutschland sowie von 324 männlichen ungarischen Juden, die bis zum 18. Februar 1945 eingäschert wurden. Eingäschert wurden danach noch drei jüdische Frauen, von denen nur Rosa Zotter namentlich bekannt ist. Für alle drei wurde der 10. März 1945 als Sterbedatum eingetragen mit dem Vermerk: „Aus dem Transportzug Arbeitslager Christianstadt“. ¹⁷⁸

Ein „Todesmarsch“ mit etwa 250 bis 300 Häftlingen (wahrscheinlich aus dem Außenkommando des Konzentrationslagers-Buchenwalds „Schwalbe V“ in Berga) marschierte Ende März 1945 nach Kauern und Anfang April 1945 weiter in Richtung Kaimberg-Zwötzen. Am 11. April 1945 wurden tausende Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald in Weimar in Güterwagons verfrachtet. In Großschwabhausen geriet der Zug in einen Fliegerangriff und die Häftlinge mussten zu Fuß weiter. Es wurden drei Kolonnen gebildet. Eine Kolonne mit etwa 2.000 Männern marschierte über Jena, Eisenberg, Hartmannsdorf (ein weiterer Zeitzeuge berichtete aus Richtung Caaschwitz) und erreichte am frühen Morgen des 13. April 1945 bei Stublach die Stadtgrenze Geras und durchquerte die Stadt in Richtung Weida. Dabei wurde der ungarische Häftling Ferenc Havas im Stadtgebiet von Gera von der SS ermordet. Viele weitere Häftlinge verloren auf diesem „Todesmarsch“ ihr Leben. ¹⁷⁸

*Erinnerungen von **Chaim Don**: „Am 8. Mai hörten wir im Radio, dass Deutschland kapituliert hatte. Als die ersten russischen Truppen auftauchten, ging ich auf sie zu und umarmte einen Soldaten. Alle Angst hatte jetzt ein Ende! Diesen Tag werde ich nie in meinem Leben vergessen!“*

Mit der Kapitulation Deutschlands endete auch für den polnischen Juden Chaim Don eine unglaubliche Odyssee durch verschiedene Städte und Dörfer in Thüringen und Sachsen. Der 1916 in Bug bei Warschau geborene



Foto: Privatbesitz Chaim Don

Chaim Don schaffte es mit Glück, Mut und Hilfe der blutigen Jagd auf die Juden zu entgehen und zu überleben. Als dreiundzwanzigjähriger Soldat erlebte er den Überfall Deutschlands auf Polen und geriet in Kriegsgefangenschaft. Er gab sich zunächst als Pole Adam Donsky aus und verschwieg seine jüdischen Wurzeln. Er wurde mit einem Gefangenentransport nach Magdeburg gebracht, von wo die Gefangenen anschließend nach Thüringen zur Arbeit aufgeteilt wurden. Chaim musste zunächst auf einem Rittergut in Debra im Kreis Schleiz arbeiten. Die Polen, die mit ihm in der Nähe des Ritterguts untergebracht waren, ahnten bereits, dass Juden unter ihnen waren, verrieten sie allerdings nicht an die deutschen Behörden. Trotzdem lebte Chaim Don mit der

Angst jederzeit entdeckt oder verraten zu werden. Die deutsche Bevölkerung empfand er in dieser Zeit als sehr hilfsbereit, da sie den Gefangenen immer wieder Essen zusteckten.

Mit den „Polenerlassen“ von 1940, die die polnischen Kriegsgefangenen weitestgehend entrechteten und als minderwertig bestimmten, meldete sich Chaim Don als Weißrusse, da er als Pole seine Entlassung fürchtete. Auch hier gelang ihm die Tarnung und er wurde mit anderen Weißrussen und Ukrainern in einem neuen Sammellager zusammengefasst. Hier lernte er seinen besten Freund Jan kennen. Für Chaim Don begann nun eine bessere Zeit. Auch durch die Hilfe der deutschen Bevölkerung fehlte es nie an Essen, Alkohol und Zigaretten. Zwar mussten sie sehr hart arbeiten, hatten aber auch die Möglichkeit ihre freie Zeit selbst zu gestalten. Chaim unternahm sehr viel mit seinem Freund Jan und verliebte sich schließlich sogar in ein slowenisches Mädchen namens Antonia. Zwar gab es immer wieder in der Bevölkerung und unter den Gefangenen Gerüchte, dass sich Juden unter den Kriegsgefangenen versteckten, doch Chaim Don blieb weiter unentdeckt. Nach zweieinhalb Jahren Arbeit kam es dann aber zu einem Streit mit der Bauernfamilie und Chaim entschloss sich, um eine Versetzung zu einem anderen Bauern zu bitten. Zwar wurde seinem Gesuch stattgegeben, doch bei dem neuen Bauern stand am zweiten Arbeitstag die Gestapo auf dem Hof und verhaftete ihn. Sollten die furchtbaren Ängste jetzt Wirklichkeit werden? War er entdeckt worden? Wer sollte ihn verraten haben?

Die Gestapo brachte ihn in das „Ausländerstraflager“ nach Leumnitz. Die Verhöre fanden im Gefängnis Amthordurchgang statt. Hier wurde er gequält und misshandelt. In unendlichen Verhören versuchte die Gestapo ihm zu entlocken, dass er Jude sei. Lange Zeit widerstand Chaim Don der Folter und Gewalt. Schließlich gab er zu, dass sein Vater Jude und seine Mutter Weißrussin sei. Die Haftbedingungen waren unmenschlich. Die Wäsche der Häftlinge wurde nicht gewaschen und zu dem wimmelte es von Ungeziefer und Dreck. Das viele Häftlinge krank wurden und die Krätze bekamen verschlimmerte ihre Situation umso mehr. Chaim Don beschreibt diese Zeit später, als die schlimmste in seinem Leben. Er fasste schließlich den mutigen Entschluss auszubrechen. Ein Mithäftling, der zum Verhör geholt wurde, überließ ihm seine Geburtsurkunde. Dieser Freund kehrte nicht zurück. Die Möglichkeit zur Flucht ergab sich, als er mit einer Häftlingsgruppe zur Arbeit geschickt wurde. Ein Mithäftling gab Chaim zu verstehen, dass er auch fliehen wolle. Beide warteten auf den richtigen Moment. Als ein Wachmann verschwand, bat Chaim den zweiten Wachmann um eine Kopfschmerztablette, der daraufhin auch seinen Posten verlies. Auf ein Zeichen des polnischen Mithäftlings hin, liefen beide dann so schnell es ging davon. Die vom letzten Wachmann abgefeuerten Schüsse trafen sie nicht und so schlugen sie sich durch die Vorgärten, sprangen über Zäune und erreichten schließlich einen Wald. Dort verbrachten sie die ganze Nacht, um dann im Morgengrauen weiter zu flüchten. Nachdem sie sich anschließend mit einem Einbruch in ein Postamt Geld und Lebensmittelkarten besorgt hatten, trennten sich ihre Wege. Lange überlegte Chaim wohin er nun gehen sollte, denn schließlich befand er sich immer noch in der Gegend um Gera und die Gefahr war sehr groß, dass man ihn erkannte. Trotzdem entschied er sich zunächst seinen Freund Jan aufzusuchen. Auf dem Hof, auf dem Jan arbeitete versteckte er sich schließlich für einige Wochen in einer Scheune. Bald aber entschloss Jan sich, der Bäuerin von Chaim in der Scheune zu erzählen, denn auf Dauer konnte er auch nicht Essen und Trinken mit ihm teilen. Die Bäuerin reagierte erschrocken, sie verlangte, dass Chaim den Hof verlassen sollte, würde ihn aber auch nicht verraten. So musste Chaim sein Versteck verlassen und fuhr mit dem Zug nach Freiberg, wo er eine letzte schwere Prüfung bestehen musste. Mit der Geburtsurkunde des polnischen Freundes, fasste er allen Mut zusammen und ging zum Freiburger Arbeitsamt. Der Beamte fragte ihn nach seiner Herkunft, wie er nach Deutschland gekommen war und durch welche Städte er gefahren war. Da Chaim auf alle Fragen vorbereitet war, hatte der Beamte am Ende keine Zweifel mehr, dass er Felix Wiczorek, katholischer Pole, war. So bekam er die Möglichkeit als „polnischer Fremdarbeiter“ in Niederschöna bei Freiberg auf einem Bauernhof Arbeit zu bekommen. Hier verbrachte er die letzten Kriegsjahre unerkannt. Chaim Don lebt heute in Berlin. ^{205, 206}

offene Tonne, die als Abort benutzt werden musste...Der Gestank in der Zelle wuchs in der Nacht ins Unerträgliche...Ekelhafte Kraut- oder Kohlrübensuppe und eine Scheibe hartes Brot war die tägliche Ration. Oft kamen Beamte der Geheimen Staatspolizei nach dem Lager und inspizierten. Die Insassen waren da den brutalsten Misshandlungen ausgesetzt. Vielfach schlugen die Gestapo-Beamten die Zelleninsassen wegen eines gefundenen Zigarettensommels blutig. Frauen wurden in den Unterleib getreten, und alles geschah vor den Augen der deutschen, bewachenden Polizei, die dies sah und schwieg...Oft hatten die Gefangenen schon lange Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen wegen Nichtigkeiten verbüßt. Aber man ließ sie nicht frei, sondern hielt sie in diesem Lager weiter gefangen.“

217 jüdische Personen aus Gera wurden durch den Nationalsozialismus in den Tod getrieben. Nach Kriegsende kehrten nur sechs Frauen und zwei Kinder nach Gera zurück. ^{89, 178}

„Wie soll man Sachen beschreiben,
die die Menschheit noch nie erlebt hat –
man müsste sich ja eine spezielle
Sprache dafür ausdenken!“

Jizchak Katzenelson ¹⁵¹

Zeugen Jehovas

Redaktionell geänderte Auszüge aus der wissenschaftlichen Hausarbeit von Katja Eichler²⁰⁸:

Nach der Machtergreifung der NSDAP kam es zu den ersten Verboten der Zeugen Jehovas in Bayern und Sachsen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ und zur „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“.

Im April 1933 nahmen noch insgesamt 25.028 Personen am jährlichen Gedächtnismahl der Zeugen Jehovas (Abendmahl des Herrn) teil. Daraus lässt sich für das Jahr 1933 die ungefähre Größe der Religionsgemeinschaft im Deutschen Reich bestimmen.

Am 5. März 1933 verweigerten die Zeugen Jehovas die Teilnahme an den Wahlen, dadurch wurden sie als Regimegegner betrachtet. Die Anhänger der kleinen Religionsgemeinschaft verweigerten den Hitler- und Fahnengruß. Den politischen Massenorganisationen, wie zum Beispiel der Hitlerjugend, traten Zeugen Jehovas nicht bei. Bis Mitte Juni 1933 war es in fast allen Regionen zum Verbot oder zu Einschränkungen der Religionslehre gekommen.

Am 28. Juni 1933 kam es zur Besetzung der Wachturm-Druckerei in Magdeburg durch SA-Leute. Sie schlossen die Fabrik und hissten eine Hakenkreuzfahne. Im August erfolgte die Verbrennung zahlreicher Literaturbestände der Druckerei. Die erste große Verhaftungswelle der Zeugen Jehovas begann in diesem Zusammenhang. Zur Bekämpfung der Zeugen wurden immer öfter Sondergerichte eingeschaltet. Die Verteilung von IBV.-Flugblättern (Internationale Bibelforschervereinigung) wurde bereits mit mehrmonatigen Gefängnisstrafen geahndet.

Die Zeugen Jehovas wehrten sich gegen diese Verbote auf dem Kongress in Basel 1934 durch eine Protestbriefaktion. Über die Postämter wurden etwa 20.000 Telegramme und Briefe aus der ganzen Welt an Adolf Hitler zugestellt: „Ihre schlechte Behandlung der Zeugen Jehovas empört die guten Menschen und entehrt Gottes Namen + Hören Sie auf Jehovas Zeugen weiterhin zu verfolgen, sonst wird Gott Sie und Ihre nationale Partei vernichten.“²⁰⁹

In Basel wurden auch Richtlinien für die Arbeit im Untergrund und die Intensivierung der Propagandatätigkeit gegen Hitlerdeutschland erarbeitet.

Am 1. April 1935 wurde die Wachturmgesellschaft (WTG) in Magdeburg aufgelöst. Mit einem formellen Bescheid an die Organisation wurde das Verbot im gesamten Land wirksam.²⁰⁸

Bereits 1934 erfolgten in Gera die ersten Verhaftungen der Zeugen Jehovas. Die „Geraer Zeitung“ vom 14. April 1934 schrieb über einen Prozess vor dem Sondergericht Weimar gegen acht „Bibelforscher“ aus Gera. Hauptangeklagter war der Naturheilkundler Karl Klemm, geboren 1894, aus Wernsdorf. Die Anklage erfolgte wegen der Herstellung und Verteilung selbstverfasster Flugschriften u. a. mit dem Titel „Bis wann regiert Hitler?“ Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, sein Sohn Kurt zu sechs Monaten Gefängnis. Der Geraer Kohlenhändler Rudolf Hilbert erhielt sieben Monate Gefängnis, ebenso zwei weitere Angeklagte.³⁶

Adam Zöphel verbrachte ab 1934 elf Jahre und seine Frau Lyska neun Jahre in Haft. Adam Zöphel war anfangs im Konzentrationslager Bad Sulza, am 24. November 1936 wurde er in Schutzhaft genommen. Ab dem 3. Februar 1937 war er in der Untersuchungshaft im Geraer Gerichtsgefängnis und wurde am 25. Mai 1937 mit fünf weiteren Personen verurteilt. In der Anklageschrift heißt es: „Ich [Der Oberstaatsanwalt, als Leiter der Anklagebehörde des Sondergerichtes] klage sie an, fortgesetzt und teilweise gemeinschaftlich handelnd gegen das Verbot der internationalen Bibelforschervereinigung verstoßen zu haben...Zöphel hat sich als örtlicher illegaler Leiter der IBV in Gera betätigt. Er hat überall, wo er gefragt wurde, für die IBV geworben. Bis Juni 1936 hat er Diesel in Pößneck aufgesucht, mit diesem sich über die Fortführung der IBV. besprochen und Bibeln von ihm zur Verteilung mitgenommen. Die Bibelforscherin Krauß in Oschütz hat er regelmäßig mit dem Fahrrad besucht.“

Bis 1945 war Adam Zöphel im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. Isoliert untergebracht waren dort 420 Zeugen Jehovas im Bibelforscherblock. Der Zeitzeuge Günter Langheinrich erinnert sich an Begebenheiten aus den Konzentrationslagern, die er von dem Ehepaar Zöphel 1946 erzählt bekam:

„Bruder Adam Zöphel war während der Nazizeit im Konzentrationslager Buchenwald. Während der Kriegszeit wurden unsere Brüder aufgefordert Kriegsdienst zu tun, auch im Lager. Wenn sie es nicht taten, mussten sie

antreten und einen Tag stehen. Es hieß immer ‚Antreten zum Erschießen‘. Sie standen da von Früh bis Abend, auch in sengender Hitze. Der Bruder Zöphel war da acht Mal angetreten...Im Konzentrationslager Ravensbrück waren die Schwestern Lyska Zöphel und Johanna Scheibe aus Gera. Sie wurden dort aufgefordert, Militärkleidung zu nähen. Als Heinrich Himmler kam, mussten die Gefangenen antreten. Er meinte zu den Schwestern, dass es nicht schlimm wäre, Kriegskleidung zu nähen, weil sie dadurch keinen töten würden. Sie entgegneten, wir tun das aufgrund unseres Glaubens nicht. Wir sind ja wegen unserem Glauben eingesperrt und wir sind bereit Repressalien anzunehmen. Die beiden wurden dann 14 Tage in den Bau gesteckt, mit fast nichts zu essen und kaum Licht. Aber auch diese Zeit haben sie überstanden.“²⁰⁸

Die Zeugen Jehovas unterschieden sich von sämtlichen Verfolgungsgruppen. Juden, Sinti und Roma oder Kriegsgefangene konnten sich nicht auf Grund von Rassen- oder Volkszugehörigkeit aus den Fängen des Naziregimes lösen. Die „Verpflichtungserklärungen“ (Reverse), mit denen ein Zeuge Jehovas sich die „Schutzhaft“ ersparen konnte, war ein erster Test die Staatstreue zu prüfen. Personen, die die Unterschrift leisteten, wurden – zumindest bei geringfügigen Vergehen – von der Schutzhaft verschont und unter Beobachtung freigelassen. Offenbar unterschrieben viele Zeugen Jehovas, um sich und ihre Angehörigen zu schützen, ohne sich jedoch innerlich vom Glauben zu trennen. Dies war anfangs möglich, weil die „Verpflichtungserklärung“ von der „Internationalen Bibelforschervereinigung“ sprach, sie sich selbst aber als Zeugen Jehovas betrachteten. Die Gestapo veränderte den genauen Wortlaut der Erklärungen mehrmals, so dass es Zeugen Jehovas zunehmend schwerer fiel zu unterzeichnen.²⁰⁹

*Auch **Erich Spranger** wurde während der Nazizeit wegen seiner Religionszugehörigkeit verfolgt. Er und seine Frau Hedwig ließen sich 1924 taufen. Ihre Tochter Ruth Spranger erinnerte sich, dass 1933 fünf Männer in ihrer Wohnung waren, die ihre Eltern zur Wahl bewegen sollten. Die Eheleute machten ihre Stimme jedoch ungültig. Es kam auch immer wieder zu Hausdurchsuchungen, bei denen vornehmlich verbotene Literatur der Zeugen Jehovas gesucht wurde. Solche Literatur wurde bei Sprangers in Kartons versteckt und über diese Holz gelegt. Hätte die Gestapo diese Holzstücke entfernt, wäre die Literatur gefunden worden. Sie erinnerte sich auch an Männer, die um Einlass baten, um zu sehen, ob sich in der Wohnung weitere Personen aufhielten. Meist geschah das zur Gedächtnismahlzeit.*

Am 3. Dezember 1935 wurde Erich Spranger mit 23 weiteren in Gera vor Gericht gestellt. Aus der Anklageschrift: „Ich [Der Oberstaatsanwalt] klage

Sie an, in fortgesetzter Handlung und gemeinschaftlich gegen das Verbot der Internationalen Bibelforschervereinigung, insbesondere des Versammlungs- und Lehrverbotes verstoßen zu haben...Die beschuldigen Eheleute Spranger ...haben nach dem Verbot der Internationalen Bibelforschervereinigung das gesamte Schriftenmaterial aus dem Vereinslokal weggebracht und in ihrer Wohnung dem Zugriff der Polizei entzogen. Es sind gefunden worden bei Erich Spranger etwa 4 Zentner...derartiger Schriften...Sie haben seit dem Verbot in der Wohnung...die damals noch in der Küchengartenallee 9 war, verbotene Versammlungen abgehalten und dabei durch Auslegen von Bibelsprüchen und Erklärungen die Lehre der Ernsten Bibelforscher erörtert. Das ist mitunter jeden Tag geschehen...“

Ruth Spranger über ihre Eltern: „Mein Vater verbrachte dann vom Dezember 1935 bis zum Januar 1937 eine Gefängnisstrafe in Gera und in Ichtershausen. Alle sechs Wochen durfte ein Brief geschrieben werden. Meine Mutter musste am 1. Februar 1937 ins Gefängnis und brachte vier Monate in Gera in der Amthorstraße zu. Soweit ich mich erinnern kann, wurde sie einen Tag, bevor das Gesetz über die Schutzhaft in Kraft trat, entlassen“.

Nach seiner Haftentlassung fand Erich Spranger in Gera keine Arbeit. Sein Bruder bot ihm eine Stelle in seiner Autoreparaturwerkstatt in Erfurt an, unter der Bedingung, dass er im Betrieb nicht über seinen Glauben sprach.

Mit dem Tag der Mobilmachung am 26. August 1939 führte die Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSVO) den Straftatbestand der Wehrkraftzersetzung ein. „Hiernach war mit dem Tode zu bestrafen, wer es unternahm, sich oder einen anderen durch Selbstverstümmelung, durch eine auf Täuschung berechnetes Mittel oder auf eine andere Weise der Erfüllung des Wehrdienstes ganz, teilweise oder zeitweise zu entziehen.“ Am 25. November 1939 wurde zusätzlich die „Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschrift zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes“ erlassen, darin wurde die Teilnahme oder Unterstützung von wehrfeindlichen Verbindungen für strafbar erklärt.

Insgesamt wurden über 250 Zeugen Jehovas hingerichtet. Das erste Opfer war August Dickmann, der am 15. September 1939 im Konzentrationslager Sachsenhausen öffentlich erschossen wurde.

Familie Thumann aus Gera-Thieschitz traf diese Anordnung besonders hart. Die Tochter Marianne Büchner, geborene Thumann, berichtete aus dieser Zeit: „Ich wurde 1929 geboren und in diesen Jahren lernte mein Vater

die Wahrheit kennen...1933 kam Hitler zur Macht und da ging die schwere Zeit für die Bibelforscher los. 1925 ist mein Bruder geboren...Nach 1933 gab es keine Literatur mehr. Wir hatten dann hauptsächlich nur die Bibel. Unser Vater hat uns eigentlich jeden Abend aus der Bibel vorgelesen. Er hat sich bemüht uns danach zu erziehen und davon ist mir einiges noch heute im Gedächtnis geblieben...Es wurden bei uns etliche Hausdurchsuchungen durchgeführt, es war ja noch Hitlerzeit gewesen. Und die kamen und meine Mutter ging mit, sie gingen auf den Boden und haben alles durchgesucht, haben aber nichts gefunden und verließen das Haus wieder. Meine Mutter ging dann noch einmal auf den Boden und traute ihren Augen nicht, da waren zwei, drei Kartons Literatur offen, nicht einmal zugedeckt. Man kann nur sagen, dass Jehova ihnen die Augen verblendet hat, denn sonst wäre mein Vater damals schon verhaftet worden...Mein Vater und mein Bruder erhielten am gleichen Tag die Einberufung vom Militär, das war so 1943. Mein Vater war als junger Mensch ja schon im Ersten Weltkrieg. Da haben sie ihn nicht sofort einberufen. Und mein Bruder war erst 18 Jahre alt. Mein Vater hat natürlich gleich den Kriegsdienst verweigert. Bei meinem Bruder wussten wir ja nicht, was würde. Er ist zwar so erzogen worden, aber die Entscheidung muss ja jeder selbst treffen. Mein Bruder meldete sich bei seiner Einheit, wo er hin musste. Wahrscheinlich stand mein Bruder dann vor der Vereidigung bei der Wehrmacht, denn er schrieb dann an meine Mutter einen Brief. Mein Bruder kam dann zunächst ins Wehrmachtsgefängnis nach Torgau, das war damals Festung, dann nach Berlin-Buch, das nannte sich Krankenabteilung Berlin-Buch. Danach wieder zurück nach Torgau. Als wir ihn wieder besuchen durften, lag er in Ketten an Händen und Füßen und seine Zeigefinger waren zerquetscht. Mutter fragte ihn, was hast du an deinen Fingern, das hattest du doch noch nicht, bevor du nach Berlin kamst. Worauf er sagte, dort habe ich es ja bekommen. Das zeugte von Folterung, man wollte ihn zwingen, sich freiwillig an die Front zu melden. Er konnte ja nicht viel sagen, es war ja Aufsicht dabei. Mein Bruder war kein Verbrecher, er wollte kein Verbrechen begehen. Ich habe zu meinem Bruder stets aufgeblickt, er hat mit 18 Jahren eine Entscheidung über Leben und Tod getroffen. Er ist der Stimme seines Gewissens gefolgt, obwohl er nur vom Vater über die Bibel belehrt wurde.“

Die Briefe ihres Bruders Walter Thumann befinden sich noch im Besitz von Frau Büchner. Aus der Haft in Wetzlar verfasste er den ersten Brief an seine Mutter: „Liebe Mutter! Teile Dir hierdurch mit, dass ich mich heute beim Spieß gemeldet habe, und ihm gesagt habe, ich kann das nicht mehr mitmachen, weil ich das glaube, was in der Bibel steht. Ich muss nachher noch zum Kompaniechef. Mein Unteroffizier sagte: Weißt Du was darauf folgt? Ich

antwortete: Jawohl, die Todesstrafe. Ich danke Gott, dass er mir diese Kraft gegeben hat. Ich habe auch das nicht vergessen, was mir Vater gesagt hat. Sterben muss ich sowieso. Ich werde, wenn ich kann, Dir noch mal schreiben. Wenn ich schon weiter machen würde, müsste ich mir doch immer den Vorwurf machen, Du hast das gewusst, dass es falsch ist. Gott möge mir die Kraft geben, dem Tod ins Angesicht zu schauen. Für heute Schluss Walter!“

Im folgenden Brief vom 27. Oktober 1943 schrieb Walter Thumann, dass er noch keine Nachricht darüber erhalten hat, wie mit ihm weiter verfahren wird. Seine Zuversicht in die Richtigkeit seiner Handlungsweise lässt sich noch viel mehr spüren. Der Brief vom 9. November 1943 ist der letzte Brief aus Wetzlar. Walter Thumann teilte seiner Familie mit, dass er vor ein Kriegsgericht gestellt wird. Am 14. Februar 1944 erhält die Familie erneut Post von Walter, diesmal aus Torgau. Einige Zeilen aus diesem Brief: „Trotz meiner jungen Jahren werde ich es niemals bereuen, diesen Weg gegangen zu sein. Ich bin heute schon davon überzeugt, dass es so sein sollte und für mein weiteres Leben bestimmt eine Grundlage sein wird, wovon sich die allgemeine Menschheit keine Begriffe machen kann. Es ist eine Schule, welche ich für die Zukunft laut meinen jetzigen Erfahrungen schon nicht mehr missen wollte. Liebe Eltern! Wenn meine Handlung heute euch derzeit etwas unbegreiflich vorkommt, will ich euch mit dem Wort des Herrn trösten, wie es euch bekannt ist. Meine Inhaftierung hat mich gestärkt und hat mir einen klaren Blick für die Menschheit und das Sein derselben gegeben, was für mich für die Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Die Mahnmale meines Weges, die mir begegnet sind, haben sich in mein Fleisch eingezeichnet, wofür ich dem Herrn zu Dank verpflichtet bin und was ich nicht in Worte kleiden vermag, sondern in Zukunft nur in die Tat umzusetzen versuchen werde. Da ich auch den Ernst und die Schwere des Lebens schon habe in seiner ganzen Größe kennen gelernt.“

In einem Schreiben vom 5. Mai 1944 wurde der Familie Thumann durch den Oberreichskriegsanwalt, der Tod von Walter Thumann in Halle mitgeteilt: „In der Strafsache gegen Ihren Sohn Walter wird mitgeteilt, dass derselbe durch Urteil des Reichskriegsgerichts vom 6. April 1944 wegen Verweigerung des Wehrdienstes zum Tod und zum Verlust der Ehrenrechte und der Wehrwürdigkeit verurteilt und dass dieses Urteil am 2. Mai 1944 vollstreckt worden ist. Der letzte Brief Ihres Sohnes liegt bei.“

Auch der Vater Fritz Thumann war zu diesem Zeitpunkt wegen Kriegsdienstverweigerung eingesperrt. Marianne Büchner berichtet: „Mein Vater kam ins Wehrmachtgefängnis nach Gießen...Wir erhielten eine Besucherlaubnis.

Meine Mutter war natürlich am Boden. Da habe ich sie dann gebeten, ob ich nach Gießen fahren kann. Das war ja eine ganze Strecke und es war ja auch Krieg, Tiefflieger, auf alles, was sich bewegte wurde geschossen, die Züge wurden beschossen. Schweren Herzens sagte mir meine Mutter, dass ich fahren könnte. Ich bin dann mit 15 Jahren nach Gießen gefahren. Die Fahrt war nicht einfach, auch gefährlich. Ich kam dort an und als ich meinen Vater in die Arme schloss, war die Angst erst mal weg. Er erzählte mir, dass er auch dort von Zelle zu Zelle geht und die Wahrheit verkündigt. Dann kam ein Offizier zu mir und sagte, ich solle doch meinen Vater überreden, sich freiwillig an die Front zu melden, um sein Leben zu retten. Man hörte ja schon, dass die Amerikaner kommen. Ich habe dann nur zu ihm gesagt, mein Vater ist auf dem richtigen Weg, er weiß, was er tut.“

Eine Todesnachricht erhielt die Familie Thumann von den amtlichen Stellen nicht. Marianne Büchner hinterließ ihrem Vater bei ihrem Besuch ein Foto: „Am Kriegsende besuchte uns ein ehemaliger Mithäftling meines Vaters und überbrachte uns das Foto, dass ich ihm zurückgelassen habe. Mein Vater hatte ihn gebeten, für den Fall, dass er nicht überleben würde, uns zu benachrichtigen. Wie dieser berichtete, wurde mein Vater kurz vor Kriegsende von einem SS-Mann erschossen und seiner Zivilkleidung beraubt. Das genaue Datum seiner Ermordung ist uns aber nicht bekannt.“²⁰⁸

*Frau **Anna Bassinger**, geboren 1891 in Gera, Mutter von zwei Kindern und verwitwet, kam nach mehrjähriger Gefängnishaft im September 1940 ins Konzentrationslager Ravensbrück. Sie verstarb am 8. Mai 1942 als Häftling 4018, angeblich „trotz aller ärztlicher Bemühungen“, als „Euthanasie“-Opfer in Bernburg. Auf der Sterbeurkunde wurde sie, wie die anderen tiefgläubigen Zeugen Jehovas, als „glaubenslos“ bezeichnet.²¹⁰*

Von den insgesamt 1.100 Zeugen Jehovas im Konzentrationslager Ravensbrück fanden rund 100 durch Gewaltmaßnahmen, Hunger oder durch andere Ursachen den Tod.²¹⁰

Die Verurteilung der Zeugen Jehovas erfolgte bis in die letzten Kriegsmonate. Von den rund 7.000 Zeugen, die während der nationalsozialistischen Diktatur in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert waren, verloren 1.500 ihr Leben. Der starke Zusammenhalt der Zeugen Jehovas zeigte sich besonders auf den Todesmärschen, auf denen fast alle auf Grund gegenseitiger Hilfestellung überlebten.²⁰⁸

Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene

Auch die Geraer Wirtschaft wurde 1939 mit Kriegsbeginn umgestellt, um vermehrt für den Krieg benötigte Güter zu produzieren. Eine Reihe von Arbeitskräften entfiel durch den Einzug zum Kriegsdienst in der Wehrmacht. Als Ausgleich wurden Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter eingesetzt.

Im Jahr 1942 waren in Gera 520 Kriegsgefangene und 1.000 ausländische Zivilarbeiter in mehr als 34 Betrieben im Einsatz. Einige der wichtigsten Rüstungsbetriebe waren: Siemens & Halske, Telefunken, AEG, Heinrich Leo, der Geraer Zeiss Betrieb, der Maschinenbau Karl Wetzel und die Firma Hirsch GmbH. Mehr als 3.000 Frauen und Männer mussten zwischen 1939 und 1945 in Gera Zwangsarbeit leisten. ^{16, 36, 50}

Auch in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung wurden Zwangsarbeiter eingesetzt. Akten im Stadtarchiv Gera dokumentieren den Umgang mit Kriegsgefangenen:

Im Jahr 1942 wurden im Geraer Theater vier Franzosen als Zwangsarbeiter im Bereich Bühnentechnik eingesetzt. ¹⁴

Schreiben des Arbeitsamt Gera an den Oberbürgermeister vom 23. Juni 1942: „Ich bitte Sie, die Ihnen zugewiesenen sechs Russen innerhalb der nächsten zwei Wochen zweimal entlassen zu lassen.“ ²¹¹

Aus der Dienststellenvorsteherbesprechung am 24. November 1942: „Herr Oberbürgermeister gibt ein Schreiben der Gestapo bekannt. Darin wird die Erwartung ausgesprochen, dass die Annahme von Trinkgeldern für oder durch Kriegsgefangene zu verhindern und überhaupt verboten ist. Solche Geldbeträge begünstigen oft die Fluchtabsichten Kriegsgefangener. In diesem Zusammenhang weist der Oberbürgermeister weiter darauf hin, dass es auch verboten sei, an ausländische Arbeiter oder Kriegsgefangene etwas zu verkaufen; vielleicht auch noch – wie es schon vorgekommen sei – mit Überpreisen.“ ⁶⁷

Eine Akte der Geraer Stadtverwaltung von 1942 nennt die theoretischen Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene und zivilen Zwangsarbeiter: „Diese erhalten einschließlich der Langarbeiterzulage jede Woche

2.600 g Brot, 5.250 g Kartoffeln, 250 g Pferde- oder Freibankfleisch, 110 g Zucker, 130 g Marmelade, 150 g Nahrungsmittel“.³⁶

Aus der Dienststellenvorsteherbesprechung am 22. Juni 1943: „Herr Bürgermeister gibt bekannt, dass aus den Stadtwerken vier Ostarbeiter entwichen sind. Zwei der Entwichenen haben sich bereits wiederholt gegen die Lagerordnung vergangen. Herr Bürgermeister hält es für einen Mangel, dass die Stadt wahrscheinlich nichts davon erfährt, ob die Entwichenen aufgegriffen wurden und welche Strafmaßnahmen gegen sie verhängt worden sind. Aus erzieherischen Gründen musste die Art der Bestrafung den Ostarbeitern zur Kenntnis gegeben werden.“ Dennoch hatte sich die Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte „danach zu richten, dass das Leistungsprinzip erhalten wird, eine anständige Verpflegung sichergestellt wird, keine ungerechte Behandlung erfolgt und bei Bestrafungen nur so vorzugehen ist, dass die Arbeitsleistung nicht gefährdet wird.“⁶⁷

Aus der Dienststellenvorsteherbesprechung am 19. August 1943: „Die Geheime Staatspolizei hat auf Anfrage mitgeteilt, dass ein allgemeines Verbot des Fotografierens durch Ausländer nicht besteht. Ausgenommen sind Polen und Russen.“⁶⁷

Am 11. August 1944 schrieb die Stadtverwaltung an das Arbeitsamt Gera: „Nach der beiliegenden Aufstellung werden in städt. Diensten 59 männliche und 47 weibliche Ausländer beschäftigt (Ostarbeiter m. 34, w. 27).“²¹¹

Kriegsgefangene aus der Sowjetunion haben die Zeichen SU in der Größe 12 x 12 cm an der Kleidung zu tragen.²¹²

Im September 1944 wurden die Verpflegungssätze für die sowjetischen Kriegsgefangenen und Ostarbeiter denen der anderen Kriegsgefangenen angeglichen. Dies erfolgte nur im Interesse der Erhaltung und Steigerung der Arbeitsfähigkeit.¹⁴

„Für Ostarbeiter, die in der städtischen Fuhrparkverwaltung arbeiten, soll am 22. Juni 1942 die Errichtung eines Barackenlagers im Gelände Fuchsberg – Türkengraben beginnen – die Bewachung der russischen Zivilarbeiter wird einem Lagerführer übertragen.“²¹¹

Auszug aus einer Lagerführersitzung am 25. Januar 1945: „In allen Lagern sollen Flickstuben eingerichtet werden, in denen dafür zu sorgen sei, dass die Kleidung der Ostarbeiter usw. in Ordnung gehalten werden, weil es neue oder alte Kleidung voraussichtlich überhaupt nicht mehr gibt.“²¹³

Lager für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Gera (Auszug)

Ort	Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene der Geraer Firmen
Bismarckstraße 1 a [heute Friedrich-Engels-Straße] im 2. Stock der Fabrik Späthe	Gemeinschaftslager Geraer Betriebe, Gebrüder Reinhold, Traugott Golde, Paul Seifert, Heinrich Leo, Stadtverwaltung Gera, u.a.
Greizer Straße 36	Gemeinschaftslager Geraer Betriebe
Zwötzen (Volkshaus, Platz der Schützengesellschaft)	Gemeinschaftslager Geraer Betriebe, Reichsbahn, Konrad Modrach, Gebrüder Reinhold, Traugott Golde, Paul Seifert, Firma Leo, Gebrüder Weissker, Gebrüder Harnisch, Firma Anton Lanitz, Firma Moritz Perthel
„Straflager“ Leumnitz	Gemeinschaftslager Geraer Betriebe, Metallwarenfabrik Heinrich Leo, u.a.
Franz-Panzer-Weg 10 in Windischenbernsdorf	Gemeinschaftslager Geraer Betriebe, Sammellager für jüdische Personen
Langenberg (Zeitzer Str. 20)	Gemeinschaftslager Geraer Betriebe
Am Gasthof „Zum Grünen Baum“	Gemeinschaftslager Geraer Betriebe
Ascheablagungsplatz nahe Türkengraben [am heutigen Gewerbegebiet Keplerstraße]	Technischen Werkstätten [Zeiss]
Baracken in der Robert-Fischer-Straße	Reichsbahn u.a.
Heinrichsbrücke und Panzerkaserne Tinz [heutiges Gewerbegebiet].	Siemens & Halske
Schülerstraße 8 „Herberge zur Heimat“	Kreishandwerkerschaft
„Ostlager“ an der Straße nach Töppeln	Ostarbeiter
Wackerheim Liebschwitzer Straße 116	Kriegsgefangene Franzosen und später Serben
Gastwirtschaft Dietrich in Ernsee 1941 für 13 Wochen	Gera-Meuselwitzer-Wuitzer Eisenbahn ^{36, 67, 211, 216-219}



*Sowjetische Kriegsgefangene am Südbahnhof Gera
Foto: Stadtmuseum Gera*

Bei der Firma Siemens & Halske arbeiteten 330 Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion und Polen sowie über 100 Zwangsarbeiter aus Frankreich, Belgien, Holland, Tschechoslowakei und Jugoslawien. In dieser Firma bildeten Fritz Roth, Alfred Schumann, Walter Dix, Gertrud Kühn, Erich Riedel, Kurt Gerth, Bruno Seifert und Kurt Krumholz eine sozialdemokratische Widerstandsgruppe und versuchten gemeinsam mit sowjetischen Zwangsarbeiterinnen aus Kriwoj Rog die Rüstungsproduktion zu sabotieren.^{36, 220}

In den technischen Werkstätten am Türkengraben (am heutigen Gewerbegebiet Keplerstraße) waren ab Herbst 1943 mehr als 500 Zwangsarbeiter beschäftigt. Zwei dienstverpflichtete Wachmänner, die Sozialdemokraten Richard Uhlemann und Loos, organisierten mit mehreren deutschen Frauen eine Sammelaktion, um deren völlig ungenügende Bekleidung durch warme Kleidung, Strümpfe und Schuhe zu ergänzen. Die erste Verbindung hatte Lisa Jessen (SPD) zu der Zwangsarbeiterin Maria Tatarin hergestellt. Zwei Frauen wurden unter dem Vorwurf der „Sabotage“ von der Gestapo geholt und kehrten nicht mehr ins Lager zurück.³⁶

In der Firma Traugott Golde organisierte Kurt Walther Sabotage und Hilfe für die Fremdarbeiter. Bei der Firma Wesselmann-Bohrer & Co. AG in Zwätzen geriet die Fertigung in Schwierigkeiten, weil ganze Posten Werkzeuge Ausschuss waren. Die Zerstörung eines Hitlerbildes nahm die Gestapo zum Anlass, den Schlosser Erich Köllmann (KPD) zu verhaften. Er wurde über Monate hinweg verhört und misshandelt.³⁶

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) forderte 1942 ein „Muster-Barackenlager“ für 2.000 ausländische Arbeitskräfte auf dem Schützenplatz Zwätzen (am Volkshaus) zu bauen. Das Lager wurde am 10. Oktober 1942 eröffnet. Die Führung des Lagers wurde von der Firma Konrad Modrach Gera übernommen.²¹¹

Der Lohn für einen neunzehnjährigen Zwangsarbeiter betrug bei einer 51-Stunden-Woche 24,48 RM. Nach Abzug der Lohnsteuer und der Kosten für Unterkunft und Verpflegung verblieben ihm wöchentlich 2,62 RM.²¹¹

BUNA-WERKE
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Schkopau über Merseburg

Reichsbetriebs-Nr.
0/0251/0013

Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unsere Nachricht vom Unsere Zeichen

SCHKOPAU über Merseburg
13. Oktober 1945

B e s c h e i n i g u n g .

Herr **S i m s o h n , Werner** (Halbjude) geb. 18.12.24,
ist unserem Werk am 6.11.44 über die Firma Grün & Bilfinger, Baustelle
Schkopau, durch Verfügung der Geheimen Staatspolizei zur körperlichen Arbeit
überwiesen worden.
Die Unterbringung erfolgte aufgrund derselben Verfügung unter Einschränkung
der persönlichen Freiheit.
Infolge Besetzung unseres Werkes durch amerikanische Truppen ist das Arbeits-
verhältnis beendet.

Sonstige Mitteilung

DRAHTWORT FERNSPRECHER KONTAKT
Werk Schkopau Merseburg 0071 Reichsbetriebs-Giro Merseburg Nr. 155/817
Deutsches Länderbank Akt.-Ges. Berlin NW 7
Platzschack Berlin 20700

L 1181 2548 (L473) 20000-453 DIN A5

Abbildung: Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 2, Nr. 1213²²¹

Im Zeitraum 1942 bis 1945 sind zirka 200 Geburten von polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiterinnen bekannt. Zur Entbindungen kamen sie in eine speziell eingerichtete Unterkunft der „Lagergemeinschaft Geraer Betriebe e.V.“ in der Greizer Straße 36 (heute Haftanstalt).

Nur einige wenige Kinder wurden im Städtischen Krankenhaus geboren. Die Frauen mussten bereits nach 8 bis 14 Tagen nach der Entbindung ihre Zwangsarbeit fortsetzen. Für das Stillen wurde festgelegt: „Ihre Säuglinge sind täglich drei mal zu stillen und zwar morgens, mittags und abends. Zur Erledigung der mütterlichen Pflicht mittags ist es notwendig, dass ihnen von 11.30 bis 13.15 Uhr Mittags- und Stillpause gewährt wird.“^{36, 214}

Besonders auffällig war die hohe Kindersterblichkeit wenige Wochen nach den Entbindungen. Allein auf dem Ostfriedhof gibt es 68 Gräber von Kleinkindern. ²¹⁵

Bei einer Arbeitswoche von durchschnittlich 51 Stunden erhielten die Zwangsarbeiterinnen 22,95 RM. Abgezogen wurden Ostarbeiterabgabe 4,20 RM, Verpflegung und Unterkunft 10,50 RM, „Verpflegung“ und Unterkunft des Säuglings 7,00 RM. Zur wöchentlichen Auszahlung verbleiben also 1,25 RM. In Einzelfällen wurde auf die Ostarbeiterabgabe verzichtet. ²¹⁴

Die Kinder mussten vereinzelt ab einem Alter von 11 Jahren Zwangsarbeit leisten. So beispielsweise die Kinder der Familie Petrotschenko. Der 11-jährige Iwan wurde in der Garten- und Friedhofsverwaltung eingesetzt. Der 16-jährige Alexej und der 18-jährige Pawel mussten ein Feuerlöschbecken bauen. ²¹⁴

Der letzte vermerkte Transport mit Ostarbeiterinnen kam am 27. Dezember 1944 um 16.00 Uhr in Gera an. Lagerführer Schupke verwies die Leute für die Nacht in die Kellerräume des Arbeitsamtes. Nach der Entlassung am nächsten Morgen wurden sie sofort der Zwangsarbeit zugewiesen:

Müllabfuhr

Anton Tschernook (23.8.1885), Konstantin Smirnow (25.12.1905), Petr Baikow (5.7.1927) und Andrej Olijnik (30.7.1884)

Straßenreinigung

Trol Kurasch (14.8.1883), Jasson Tschernook (19.3.1883) und Wasilij Korowkin (22.3.1881);

In der Kanalreinigung Wasilij Skopezki (25.2.1916) und in der Garten- und Friedhofsverwaltung

Olga Baikowa (15.7.1905), Warwara Tschernook (4.12.1889), Pelageja Tschernook (5.5.1896), Ekatarina Skopezkaja (6.12.1918) und Kind Alexandr (23.11.1944), Ewdokija Korowkina (1.3.1883), Elena Kurasch (16.5.1889), Elena Olijnik (15.5.1886) und Tamara Tschernook (23.8.1931) ²¹⁴

Auf dem Ostfriedhof gibt es Gräber von 220 Zwangsarbeitern, 68 Kindern von Zwangsarbeitern und von 24 Ostarbeitern, die in der Zeit von 1941 bis 1945 verstorben sind. ²²²

Vier ehemalige Zwangsarbeiter schilderten dem Verein Gedenkstätte Amthordurchgang schriftlich ihre Erinnerungen. Frau Halina Mentewicz aus dem polnischen Aleksandrów Kujawski:

1. Przed powstaniem byłam już w Niemczech – dokładnej daty nie pamiętam, wróciłam 1945 roku.
2. Pracowałam w fabryce Simensa w Gerze, robiłam tam wikle. Chodziłam tam rano, pracowałam 8 godzin. Prace miałam siedzącą. Trudna praca, bo trzeba było liczyć i kręcić. Majster nam pokazał i przychodził i sprawdzał czy dobrze robimy.
3. Zakwaterowana byłam w dużym łagrze, w każdym pokoju było po 12 osób, łóżka były piętrowe, sami sprzątaaliśmy, sami praliśmy, woda była ciepła. Chodziliśmy na spacer do lasu, który był blisko.
4. Tak jak to Polaków traktuje, źle. Przychodzili czasem w nocy, robili rewizje. Wzywali od polskich świniów.
5. Warunki higieniczne były w miarę dobra, sami sprzątaaliśmy, praliśmy. Była izba chorych, ale lekarza tam nie było. Dawali zioła zamiast leków. Byłam kilka razy zaziębiona. Jedliśmy w jadalni. Żywność była bardzo zła, rano dawali 25 dag suchego chleba i czarną kawę, obiad dwa kartofle i zupa, raz w tygodniu kawałek mięsa (zazwyczaj w niedziele), kolacja w ogóle nie było. Więcej nic nie było. Chodziliśmy głodni. Ubrania miałam z domu z paczki
6. Z Polakami stosunki były dobre, z ludnością niemiecka nie mieliśmy kontaktu.
7. Wyzwolili nas Amerykanie i opiekowali się nami jakiś czas po wyzwoleniu. Nic nie robiliśmy, zwiedzaliśmy łagry. Męża poznałam w Niemczech, po wyzwoleniu wzięłam ślub cywilny. Później zrobili zebranie i powiedzieli, że mamy wracać do Polski i dali wagony towarowe i cały transport przyjechał do Polski w 1945 roku. Do Poznania i każdy poszedł w swoją stronę. Ja pojechałam z mężem do Aleksandrowa Kujawskiego – do miasta męża. Przez pracę przymusową choruje na nogi i niedowidzę
8. Nie, te koleżanki z którymi pracowałam, wszystkie zmarły.
9. Dostałam pieniądze, coś około 740 zł, to było dawno i dokładnie nie pamiętam

Z pierwszego dnia miesiąca przymusowo.

In welcher Zeit mussten Sie in der Region Gera Zwangsarbeit leisten?
Vor dem Aufstand war ich bereits in Deutschland – an das genaue Datum erinnere ich mich nicht mehr, zurück kam ich 1945.

Bei welchem Bauern oder welcher Firma haben Sie gearbeitet?
Ich habe in der Siemensfabrik in Gera gearbeitet, was ich dort machte waren Wickel (Wickelkondensatoren oder Wickelspulen). Immer am Morgen gingen wir früh in die Fabrik und arbeiteten 8 Stunden. Ich habe bei der Arbeit sitzen können. Die Arbeit war schwierig, denn es musste zugleich gezählt und gedreht werden. Der Meister hat es uns gezeigt, und er ist immer wieder gekommen und hat geprüft, ob wir es richtig machen.

Wo haben Sie gewohnt und können Sie den dortigen Zustand und die Situation beschreiben?

Einquartiert war ich in einem großen Lager, in jedem Zimmer waren 12 Personen einquartiert, die Betten waren Doppelstockbetten, wir haben selbst Ordnung gemacht, gewaschen, es gab warmes Wasser. Wir gingen im Wald spazieren, der Wald war in der Nähe. Die hygienischen Bedingungen waren einigermaßen gut. Wir haben selbst Ordnung gemacht, gewaschen. Es gab ein Krankenzimmer, aber einen Arzt gab es nicht. Es gab Heilkräuter statt Medikamente. Ich war einige Male erkältet. Gegessen wurde im Speisesaal. Das Essen war sehr schlecht, früh gaben sie uns 250 g Trockenbrot und schwarzen Kaffee, zum Mittagessen zwei Kartoffeln und Suppe, einmal in der Woche ein Stückchen Fleisch (meistens am Sonntag), Abendessen gab es überhaupt nicht. Mehr gab es nicht. Wir sind hungrig herumgelaufen. Kleidung hatte ich von zu Hause in einem Paket bekommen.

Wie wurden Sie behandelt?

So, wie Polen eben behandelt werden, schlecht. Manchmal kamen sie nachts, machten Durchsuchungen. Schimpften uns polnische Schweine. Die Beziehungen zu den Polen waren gut, mit der deutschen Bevölkerung hatten wir keinen Kontakt.

Haben Sie durch die Zwangsarbeit gesundheitliche Schäden erlitten?

Die Amerikaner haben uns befreit und noch eine Zeit lang nach der Befreiung für uns gesorgt. Wir haben nichts gemacht, nur das Lager besichtigt. Meinen Mann habe ich in Deutschland kennengelernt, nach der Befreiung haben wir standesamtlich geheiratet. Danach wurde eine Versammlung organisiert und uns gesagt, dass wir nach Polen zurückfahren werden, und es wurden Güterwaggons bereit gestellt, und der ganze Transport ist 1945 nach Polen gekommen. Nach Pozna und von da an ging jeder seine Wege. Ich bin mit meinem Mann nach Aleksandrow Kujawski gefahren – es ist die Stadt, von welcher er stammte. Durch die Zwangsarbeit habe ich kranke Beine und sehe schlecht.

Können Sie etwas über das Schicksal anderer Zwangsarbeiter sagen?

Nein, all die Kolleginnen, mit welchen ich gearbeitet habe, sind gestorben.

Sind Sie für die Zwangsarbeit entschädigt wurden?

Ich habe Geld bekommen, circa 740 polnische Zloty, es ist schon lange her, daher weiß ich den Betrag nicht mehr so genau.

Vom ersten Tag weiß ich nicht viel.

Hinterlassenschaften

Schreckensbilanz in der Stadt Gera

Zeitraum	Todesopfer	
12. Mai 1944	76	300 Bomben, beschädigt wurden u.a. Bahnanlagen, Firmen, Evangelisch-Lutherische-Gemeindehaus in der Talstraße 30
28. Mai 1944	2	Bombenangriff: Schäden in der Plauenschen und in der Pfortner Straße
13. September 1944	43	Bombenangriff: Schäden im Ostviertel und in Tinz
7. Oktober 1944	59	95 Bomben, Schäden im Südbahnhofsviertel, in der Enzianstraße, der Schmelzhüttenstraße und der Heinrichstraße sowie am Roßplatz
30. November 1944	13	Bombenangriff: Südbahnhofsviertel, Bahnanlagen von Zwötzen bis zum Hauptbahnhof, das Reußisches Theater, Waldung in Ernsee, am Weinberg und Milbitzer Flur
6. Februar 1945	90	Bombenangriff: Tinz
23. Februar 1945	33	Bombenangriff: Zwötzen, Richtung Hofwiesen, mehrere Betriebe, Bahnkörper und das Sommerbad
6. April 1945	155	Bombenangriff: Zerstörungen im Altstadt kern, am Hauptbahnhof, in Untermhaus und Pforten, 300 Wohnhäuser, 54 Gewerbebetriebe, 21 öffentliche Gebäude (Schloss Osterstein, Städtisches Museum, Kulissenhaus des Theaters), etwa 20 Versorgungsbetriebe, 1.000 Wohnungen; 8.000 Menschen wurden obdachlos
7. April 1945	2	Luftminen am Brühl und in der Heinrichstraße
11. April 1945	11	Tieffliegerangriff auf die Stadt Gera
11.–13. April 1945	29	durch Kämpfe bei der Besetzung
14. April 1945	4	
14.4.–28.8 1945	21	an den Folgen der Verletzungen ^{223, 224}
1939–1945	2.632	Geraer Männer als Soldaten gefallen
1938–1945	217	jüdische Personen
1933–1945	28	Widerständler
1933–1945	9	Widerständler, die an den Folgen der Haft starben ²²⁵

Schadensbilanz

Von 1944 bis 1945 wurden 846 Häuser, 1.118 Wohnungen und Betriebe zerstört. Es entstanden 42.3000 cbm Trümmer.

16.700.000 Reichsmark waren die Bilanz der Gebäudeschäden durch den 2. Weltkrieg in Gera ²²⁵



Kriegsschäden im Zentrum von Gera um 1950

Foto: Stadtarchiv Gera, Bestand B, Nr. 17023, Fotograf Herr Worms

NSDAP-Mitglieder gab es in allen Bereichen der Geraer Stadt z. B.: In der Kapelle der Bühnen der Stadt Gera waren von 39 Mann 16 NSDAP-Mitglieder. Bei der Reichspost waren es von 449 Beschäftigten 99 NSDAP-Mitglieder. Die Mitarbeiterzahl im Bereich der Geraer städtischen Dienststellen (Stadtverwaltung, Stadtküche, Krankenhaus, Kindergärten und Polizei) lag im Mai 1945 bei 1.458 Mitarbeitern von denen 539 aus politischen Gründen entlassen wurden. Von ihnen waren die meisten Mitglieder der NSDAP oder anderer nationalsozialistischer Vereinigungen. ^{226, 227}

Das sichergestellte Vermögen für den Stadtkreis Gera von NSDAP und Gruppierungen betrug: 23.263.262,26 RM.

In den Herrn
Präsidenten
des Landes Thüringen
weiter

Stadttarchiv Gera
Veröffentlichung oder
Vervielfältigung nur
mit Genehmigung

8.9.1945 -12- v- 21.9.1945

Beschlagnahme des Vermögens der früheren NSDAP,
ihrer Gliederungen und Parteigehörigen

Das Bankguthaben der NSDAP und ihrer Gliederungen ist hier nach der Besetzung von Gera zu Gunsten der Militärregierung beschlagnahmt worden. Die Banken haben anfangs bei Mitteilung erhalten, daß die betreffenden Konten zu sperren sind. Es ist uns daraufhin von jeder Bank eine Aufstellung zugesandt, welche Konten von der Sperre betroffen sind. Das Gesamtguthaben beläuft sich hiernach

a) für den Stadtkreis auf 23.263.262,26 RM
b) für den Landkreis Gera auf 14.416,33 RM
-vergl. Aktien Vermögenssicherung der aufgelösten NSDAP usw.-

Aufgrund der Eintragungen in Grundbuche wurde eine Zusammenstellung über die Grundstücke gefertigt, die Parteidienststellen gehören. Die Verwaltung der hierdurch erfaßten Grundstücke geschieht zurzeit von der städtischen Häuser- und Grundstücksverwaltung. Das Grundbuchamt erhält von jedem Falle, in dem ein Grundstück der Beschlagnahme unterliegt, eine Mitteilung. Der Grundbuchführer vermerkt dies auf dem Aktenvorgang. Es ist somit die Gewähr vorhanden, daß über das Grundstück nicht unberechtigt verfügt werden kann. Ein Verzeichnis über die in Betracht kommenden Grundstücke fügen wir bei.

Die Beschlagnahme des sonstigen Vermögens ist anfangs von Mitgliedern des antifaschistischen Ausschusses unter Ausziehung eines Polizeibeamten durchgeführt worden. Die amerikanischen Besatzungstruppen haben hierbei in Einzelfällen auch mitgewirkt. Man hat von den beweglichen Sachen ohne besondere Beschlagnahmeverfügung bereits ergriffen. Eine Aufzeichnung ist in den meisten Fällen nicht erfolgt. Nachdem seit der Besetzung die Verwaltung wieder in Gang

Abbildung: Stadttarchiv Gera, III C 24, Nr. 0915, Seite 29²²⁸

Quellennachweis

- 1 <http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialismus>
- 2 Der nationalsozialistische Terror, Die Gestapo in Thüringen – Manuskript Arnulf Ehrlich für den Verein „Gedenkstätte Amthordurchgang“ 2006
- 3 http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Stadt_Gera
- 4 <http://de.wikipedia.org/wiki/Nsdap>
- 5 <http://de.wikipedia.org/wiki/25-Punkte-Programm>
- 6 Stadtarchiv Gera, Bibliothek, Nr. 12, Festbuch der Stadt Gera zur 700 Jahr Feier, 192 Seiten
- 7 http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschvölkische_Freiheitspartei
- 8 [http://de.wikipedia.org/wiki/Thüringer_Landtag_\(Weimarer_Republik\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Thüringer_Landtag_(Weimarer_Republik))
- 9 Stadtarchiv Gera, III C 01, Nr. 0076, Erteilung von Ehrenbürgerrechten
- 10 <http://www.hitlers-reden.de>
- 11 Rochlitzer Tageblatt 10./11.6.1939
- 12 Geraer Nachrichten 25.4.1933
- 13 Geraer Zeitung 4.12.1928
- 14 <http://www.chronik-gera.de/>
- 15 http://de.wikipedia.org/wiki/Einbürgerung_Adolf_Hitlers
- 16 Nationalsozialismus in Thüringen, Herausgegeben von Detlev Heiden und Gunther Mai, 1995 im Böhlau Verlag
- 17 Geraer Zeitung 5.9.1931
- 18 Geraer Nachrichten und Geraer Zeitung 11.4.1932: Im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 erhielt Hindenburg 30.513, Hitler 19.790 und Thälmann 5.017 Stimmen. Die Zahlenangaben in den Geraer Tageszeitungen differieren zu fast allen Wahlen. Zur Wahl am 10.4.1932 schreibt die Geraer Zeitung zum Vergleich Hindenburg 30.627, Hitler 19 777 und Thälmann 5007].
- 19 http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Brining
- 20 Geraer Nachrichten am 26. und 27.7.1932
- 21 Ergebnis aus den Geraer Nachrichten vom 1.8.1932 (Abweichung zu Geraer Zeitung)
- 22 Geraer Nachrichten und Geraer Zeitung 2.5.1932
- 23 Geraer Nachrichten 1.8.1932
- 24 Geraer Nachrichten 14.8.1932
- 25 Geraer Nachrichten 31.8.1932
- 26 Geraer Nachrichten 6.9.1932 / in Geraer Zeitung unter „Die alten Namen kommen wieder“
- 27 Stadtarchiv Gera, Stadtchronik von Paul Ernst Kretschmer
- 28 http://de.wikipedia.org/wiki/Franz_von_Papen
- 29 Geraer Nachrichten 7.3.1933
- 30 Geraer Nachrichten und Geraer Zeitung 7.11.1932
- 31 Geraer Zeitung und Geraer Nachrichten 5.12.1932
- 32 <http://de.wikipedia.org/wiki/Kpd>
- 33 Geraer Nachrichten 31.01.1933, Geraer Nachrichten und Geraer Zeitung 1.2.1933
- 34 http://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_des_Reichspräsidenten_zum_Schutze_des_Deutschen_Volkes
- 35 Geraer Nachrichten und Geraer Zeitung 4.2.1933
- 36 Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945 Thüringen Band 8, hg. vom Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes
- 37 Geraer Nachrichten 6.2.1933
- 38 http://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_des_Reichspräsidenten_zum_Schutz_von_Volk_und_Staat
- 39 Geraer Nachrichten 1.3.1933 und Geraer Beobachter 2.3.1933
- 40 Geraer Nachrichten 4.3.1933
- 41 Geraer Nachrichten und Geraer Zeitung 25.2.1933
- 42 Geraer Nachrichten 6.3.1933 (Abweichung zu Geraer Zeitung)
- 43 Stadtarchiv Gera, III B 4, Nr. 13489, Amtsblatt des Stadtvorstandes
- 44 Geraer Nachrichten 11.3.1933
- 45 Manuskript Arnulf Ehrlich, Fotograf unbekannt
- 46 Geraer Nachrichten 20.3.1933
- 47 Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2496, Fotograf: Hans Goldammer
- 48 Stadtarchiv Gera, MS 1378, Die Heimvolkshochschule Schloß Tinz
- 49 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 13560, Angelegenheiten des Stadates
- 50 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 13770, Einladungen und Protokoll der Beratungen mit den Ratsherren, 1938–1944
- 51 http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Stadt_Gera
- 52 Geraer Nachrichten 21. und 25.3.1933
- 53 http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Reich_1933_bis_1945
- 54 Geraer Nachrichten 31.3.1933
- 55 Geraer Nachrichten 3. und 8.4.1933
- 56 http://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_zur_Wiederherstellung_des_Berufsbeamtentums

- 57 http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Dix
- 58 Geraer Nachrichten 15.4.1933
- 59 Geraer Beobachter 22.4.1933, 25.5.1933 und 24.11.1937
- 60 Geraer Nachrichten 13.4.1933, 19.4.1933, 20.4.1933
- 61 Stadtarchiv Gera, III B 4, Nr. 13376, Chronologisches Verzeichnis der Stadtrats- und Gemeinderatsmitglieder
- 62 Geraer Nachrichten 27. und 29.4.1933
- 63 ThStA Rudolstadt, Bestand: 5-95-1005 Bezirksparteiarchiv, Bezirksleitung der SED Gera, Erinnerungsbericht von Herbert Frister am 15.7.1948, Nr.V-5/93
- 64 http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialdemokratische_Partei_Deutschlands#1933_bis_1949:_Nationalsozialismus.2C_Zweiter_Weltkrieg.2C_Nachkriegszeit
- 65 http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Gemeindeordnung
- 66 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 13627, Allgemeine Vorbringen bei Herrn Oberbürgermeister, Band 3, 1933-1937, Seite 183-184
- 67 Stadtarchiv Gera, III C 01, Nr. 0059, Rat der Stadt Gera, Hauptverwaltung, Protokolle der Dienststellenleiterbesprechungen 1935-1945
- 68 Geraer Zeitung 30.3.1936
- 69 BADH, ZR 936/6, 26.4.1936 und 6.6.1936
- 70 Stadtarchiv Gera, III B 4, Nr. 13491, Akten Stadtvorstand zu Gera 1935
- 71 Stadtarchiv Gera, MS 1316, Geraer Zeitung am 2.5.1936
- 72 Bundesarchiv, BDC, Reichskulturkammer, 12.8.1936
- 73 ThHStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Innern, P 3, Blatt 19, siehe auch: Quellen zur Geschichte, Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933-1945, Herausgegeben von Marlis Gräfe, Bernhard Post und Andreas Schneider, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2005
- 74 Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 2, Nr. 1129
- 75 Geraer Zeitung 23.8.1937
- 76 Stadtmuseum Gera, Nr. 2004/1243, Fotograf unbekannt
- 77 Inszenierter Stolz, Hg. Adelheid von Saldern, Städtepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975), Alice von Plato: Ein „Fest der Volksgemeinschaft“. Die 700-Jahr-Feier von Gera (1937)
- 78 Stadtarchiv Gera, Bibliothek, Nr. 968, Beiträge zur Geschichte der Stadt Gera, Eine Festgabe der Geraer Zeitung zur 700-Jahr-Feier, 453 Seiten
- 79 Stadtarchiv Gera, Bibliothek, Nr. 120, Das tausendjährige Gera feiert seinen 700. Geburtstag als Stadt, Der Festzug, Hg. Stadtverwaltung Gera,
- 80 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 1772, Straßenprogramm für den Festzug
- 81 Stadtarchiv Gera, III B 5, Nr. 12021, 700 Jahrfeier 1937
- 82 Ein Bildbericht, 700 Jahrfeier Gera, Leipzig August 1937
- 83 Stadtmuseum Gera, Nr. 2004/1238, Fotograf unbekannt – Vgl. Foto in Geraer Zeitung am 18.6.1934: SA marschiert
- 84 ThStA Rudolstadt, Erinnerungsberichte, Nr. V-5/93, Franz Werner
- 85 Geraer Zeitung 16. und 17.12.1937
- 86 [http://de.wikipedia.org/wiki/Anschluss_\(%C3%96sterreich\)#Volksabstimmung](http://de.wikipedia.org/wiki/Anschluss_(%C3%96sterreich)#Volksabstimmung)
- 87 Geraer Zeitung 9. und 10.4.1938
- 88 <http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Stimmzettel-Anschluss.jpg>
- 89 Juden in Gera I - Ein geschichtlicher Überblick, Autor Werner Simsohn, Konstanz 1997
- 90 Geraer Zeitung 5.1.1939
- 91 <http://de.wikipedia.org/wiki/Eintopfsonntag>
- 92 Geraer Zeitung 2.5.1939
- 93 <http://de.wikipedia.org/wiki/Heimt%C3%BCckegesetz>
- 94 Geraer Zeitung 26.7.1939
- 95 <http://de.wikipedia.org/wiki/Mutterkreuz>
- 96 Geraer Zeitung 18.8.1939
- 97 Geraer Zeitung 28.8.1939
- 98 http://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Weltkrieg
- 99 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 1870, Seite 47
- 100 ThHStA Weimar, Thüringischer Generalstaatsanwalt Jena, Nr. 440, Blatt 90
- 101 Zentrale des Terrors, Prinz-Albecht-Straße 8. Hauptquartier der Gestapo, Autoren Johannes Tuchel und Reinhold Schattenfroh, Darmstadt 1987, S. 177-179
- 102 Geraer Zeitung 22.9.1942
- 103 Stadtmuseum Gera, Personalien, S 160, Kurt S.
- 104 Geraer Zeitung 26.1.1944
- 105 Geraer Zeitung 27.3.1944
- 106 Statistischer Jahresbericht der Stadt Gera 1947
- 107 Stadtarchiv Gera, Nachlass des Stadtarchivars Kretschmar, EPK 174
- 108 Geraer Zeitung 7.8.1944
- 109 ThHStA Weimar, Thüringischer Generalstaatsanwalt Jena, Nr. 558, Blatt 328
- 110 ThStA Rudolstadt, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Nr. 7776
- 111 Stadtarchiv Gera, III C 24, Nr. 0915, Vermögenssicherstellung der NSDAP 1945
- 112 <http://de.wikipedia.org/wiki/Volkssturm>
- 113 Tribüne 25.10.1945, „Geheimen Verbrechen der Geraer Gestapo“

- 114 Eidesstattliche Erklärung von Hans-Helmut Wolff zu den Morden im Verlaufe des „geordneten Rückzugs“ der Gestapo aus Weimar (12.12.1945), siehe auch: Quellen zur Geschichte, Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933-1945, Herausgegeben von Marlis Gräfe, Bernhard Post und Andreas Schneider, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2005
- 115 Der 20. Juli 1944 und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Autor: Wolfgang Benz, Herausgeber: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
- 116 ThHStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Inneren, P 124, Blatt 83
- 117 Homepage der Martin Niemöller-Stiftung
- 118 <http://de.wikipedia.org/wiki/Ermächtigungsgesetz>
- 119 ThStA Rudolstadt, 5-61-1000 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Verfolgte des Naziregimes, Nr. 7747, Antrag Arthur Schöneburg
- 120 Archiv der Geschichtswerkstatt Weimar/Apolda e.V.
- 121 Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 1, Nr. 684, Bericht über die Tätigkeit der illegalen Geraer sozialdemokratischen Gruppen in der Zeit von 1933 bis 1945
- 122 ThStA Rudolstadt, Bestand: 5-95-1005 Bezirksparteiarchiv, Bezirksleitung der SED Gera, Erinnerungsbericht von Herbert Frister am 15.7.1948, Nr.V-5/93
- 123 Das Netz, Die Konzentrationslager in Thüringen 1933–1937 (gesucht 2), Udo Wohlfeld, Falk Burkhardt
- 124 Hermann Brill in Thüringen 1895–1945. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Autor Manfred Overesch, Bonn 1992
- 125 http://de.wikipedia.org/wiki/Neu_Beginnen
- 126 ThHStA Weimar, SED LV Thüringen, A IV/2/5-145
- 127 Geraer Beobachter 6.4.1935
- 128 ThStA Rudolstadt, BPA der SED, Personalunterlagen verstorbener Mitglieder, Nr. 47
- 129 Erinnerungen von Erna Schneider in Gera am den 20.4.1947
- 130 Urteil OJs 76/35 vor dem Oberlandesgericht Jena am 19. Dezember 1935
- 131 Geraer Zeitung 20.12.1935
- 132 Volkswacht 13.9.1952 und 20.8.1983
- 133 Stadtmuseum Gera, Personalial, S155, Franz Petrich
- 134 Stadtarchiv Gera, Bibliothek, Nr. 4356, Festschrift 125 Jahre Thüringen, SPD Gera, 1998
- 135 Wolfgang Eckert, 1998, Knauf-Biografie „Heimat, deine Sterne“.
- 136 Stadtmuseum Gera, Personalial, S 153, Hugo Löscher
- 137 Stadtarchiv Gera, Bibliothek, Nr. 4356, Festschrift 125 Jahre Thüringen, SPD Gera, 1998
- 138 Stadtmuseum Gera, Personalial, S163 Otto Worms
- 139 ThStA Rudolstadt, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Erinnerungsbericht Kurt Lenzner, Nr. V-5/105
- 140 Geraer Nachrichten 2.12.1932
- 141 Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2103, Fotograf: Hans Goldammer
- 142 Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2876, Reproduktion, Losung am Kaufhaus Tietz
- 143 Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2122
- 144 Stadtarchiv Gera, MS 1290 und 1336
- 145 ThHStA Weimar, Bestand Landtag von Thüringen, Nr. 40,
- 146 ThHStA Weimar, Landtag Thüringen, Auflösung der kommunistischen Fraktion, 1933
- 147 ThHStA Weimar, Bestand Thüringer Ministerium des Inneren, Nr. 3412 Blatt 33 f.
- 148 ThHStA Weimar, Bestand Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Nr. 340 Personalakte betr. Willy Fritz Gäbler, Blatt 45
- 149 Stadtmuseum Gera, Personalial, S 146, Nr. 129 Fritz Gäbler
- 150 http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Giessner
- 151 Diesen Satz sagte Jizchak Katzenelson als er den „Großen Gesang vom ausgerotteten jüdischen Volk“ schrieb. Überliefert wurde er von Myriam Novitsch. Dos Lied vunem ojsgehartn jidischn volk, Jizchak Katzenelson; Großer Gesang vom ausgerotteten jüdischen Volk, Wolf Biermann; Geschrieben vom 3.10.1943 bis 18.1.1944 im Sonder-Konzentrationslager Mittel, 225 Strophen in 15 Gesängen
- 152 ThStA Rudolstadt, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Verfolgte des Naziregimes, 5-61-1000, Nr. 7743
- 153 Stadtmuseum Gera, Personalial, S 160, Eugen Selbmann
- 154 ThHStA Weimar, Thüringischer Generalstaatsanwalt Jena, Nr. 558, Blatt 153
- 155 Kostenrechnung Gustav Neubauer, Abbildung: Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin
- 156 Stadtmuseum Gera, Personalial, S 148, Otto und Volkmar Harnisch
- 157 Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2162, Fotograf: Hans Goldammer
- 158 ThHStA Weimar, Thüringer Justizministeriums, Einzelfälle von Hochverrat, Helene Fleischer
- 159 Stadtmuseum Gera, Personalial, S 145, Helene Fleischer
- 160 gefangen im Netz, Die Konzentrationslager in Thüringen 1933–1937 (gesucht 3), Udo Wohlfeld, Peter Franz
- 161 Stadtarchiv Gera, III A 41 (alte Nummer 876)
- 162 Stadtarchiv Gera, MS 1595
- 163 http://de.wikipedia.org/wiki/Helene_Fleischer
- 164 <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2001/01/27/a0257>, Artikel von KATRIN ZEISS
- 165 Stadtmuseum Gera, Personalial, S 151, Fritz Koch
- 166 Stadtmuseum Gera, Personalial, S 142, Meta Böhnert
- 167 Stadtmuseum Gera, Personalial, S 151, Max Keppel
- 168 http://www.gera.de/sixcms/detail.php?id=50028&_page=5&_stadtteil=&_kategorie=&_behinderung=&_anzahl_liste=380

- 169 Juden in Gera II – Jüdische Familiengeschichten, Autor Werner Simsohn, Konstanz 1998
- 170 Stadtmuseum Gera, Personalien, S 163, Erich Wilke
- 171 ThStA Rudolstadt, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Verfolgte des Naziregimes, 5-61-1000, Nr. 7706
- 172 http://de.wikipedia.org/wiki/Revolutionäre_Gewerkschafts-Opposition
- 173 http://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeiner_Deutscher_Gewerkschaftsbund
- 174 ThStA Rudolstadt, 5-61-1000 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Verfolgte des Naziregimes, Nr. 7811
- 175 Stadtarchiv Gera, Nr. 13478, Rat der Stadt, Rechtsamt, Blatt 1 und 18
- 176 Geraer Nachrichten 13.4.1933
- 177 Geraer Beobachter 21.3.1933, 2.5.1933
- 178 Juden in Gera III – Judenfeindschaft in der Zeitung – Leben, Leiden im NS-Staat, Folgen 1933–1945, Autor Werner Simsohn, Konstanz 2000
- 179 Geraer Beobachter 14.3.1933, 18.3.1933, 19.4.1933, 4.5.1933
- 180 Stadtarchiv Gera, Bestand A, Nr. 2878, Fotograf: Herbert Gutte
- 181 ThHStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Inneren, P 519, Blatt 55,
- 182 ThHStA Weimar, Oberfinanzpräsident Rudolstadt, Nr. 1402, Blatt 18/564
- 183 Stadtarchiv Gera, III B 4, Nr. 13501, Gesamtverwaltung 1936
- 184 Geraer Beobachter 4.9.1936
- 185 Stadtarchiv Gera, III D-1, Nr. 918, Akten Langenberg, Niederlassung und Ausweisung von Ausländern,
- 186 Stadtarchiv Gera, Nr. 11283, Städtische Wirtschaft und Anlage, Blatt 36 f
- 187 Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 2, S.413 ff., Autor Raul Hilberg, Frankfurt am Main 1990
- 188 ThHStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Inneren, P 91, Blatt 30
- 189 ThHStA Weimar, Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Jena, Nr. 410, Blatt 21
- 190 Evang. Jugendhaus Shalom, Zeitschrift EL Shalom, Nr. 31, 2008
- 191 Geraer Zeitung 3.1.1939
- 192 Geraer Zeitung 5. und 9.1.1939, 6. und 9.4.1939, 10. und 15.5.1939
- 193 <http://de.wikipedia.org/wiki/Judenhaus>
- 194 Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 1, Nr. 704
- 195 ThHStA Weimar, Landesernährungsamt, Abteilung B, Nr. 169
- 196 Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 2, Nr. 179,
- 197 ThHStA Weimar, Reichsstatthalter, Nr. 160, Blatt 2 und 4
- 198 BA Dahlwitz-Hoppegarten, ZA Objekt 9/81, Aussage von Paul Fleisch am 8.1.1948
- 199 Geraer Zeitung 5. und 6.10.1940
- 200 Geraer Nachrichten 11.4.1933
- 201 ThHStA Weimar, Oberfinanzpräsident Thüringen, Nr. 690/3
- 202 Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation hg. von Reinhard Rürup. 6. Aufl. Berlin 1989
- 203 ThHStA Weimar, Oberfinanzpräsident Thüringen, Nr. 694, Blatt 11
- 204 Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 2, Nr. 548
- 205 Chaim Don – Die Blutprobe, CJD Chemnitz 2000
- 206 Interview Chaim Don/Gedenkstätte Amthordurchgang 2006
- 207 ThHStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Inneren, P 65, Blatt 19
- 208 Wissenschaftliche Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien im Fach: Evangelische Religionslehre, Thema: Die Zeugen Jehovas in Gera von Katja Eichler, Gera, 18.12.2001
- 209 http://de.wikipedia.org/wiki/Zeugen_Jehovas_im_Nationalsozialismus
- 210 <http://www.ravensbrueck.de/mgr/deutsch/ausstellung/sonderausst/lilawinkel.htm>, Tafel 11
- 211 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 13586
- 212 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 1750
- 213 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 1752
- 214 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 13599
- 215 Recherche Frau Dr. Jung für den Verein Gedenkstätte Amthordurchgang
- 216 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 13607
- 217 Stadtarchiv Gera, III B 3, Nr. 1742
- 218 Stadtarchiv Gera, III B 1, Nr. 13602
- 219 Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 2, Nr. 1075
- 220 Stadtarchiv Gera, Sign. D 3405, Blatt 21
- 221 Stadtarchiv Gera, III F-06, Nachlass Simsohn 2, Nr. 1213
- 222 Angaben der Friedhofsverwaltung der Stadt Gera
- 223 Stadtarchiv Gera, Statistischer Jahresbericht der Stadt Gera 1947
- 224 Stadtarchiv Gera, EPK 174, Nachlass des Stadtarchivars Kretschmar – dieser weißt andere Zahlen über die Todesopfer aus, die hier nicht benannt werden, übernommen wurden die Orte der Zerstörung
- 225 Stadtarchiv Gera, Stadtchronik von Paul Ernst Kretschmer unter „am 15.04.1945 berichteten offizielle Quellen“
- 226 Stadtarchiv Gera, III C 24, Nr. 0923, Sitzung des Reinigungsausschusses am 17.1.1947
- 227 Stadtarchiv Gera, III C 01, Nr. 0251, Personalangelegenheiten 1945–1946
- 228 Stadtarchiv Gera, III C 24, Nr. 0915, Seite 29, Vermögenssicherstellung der NSDAP, Schreiben der Stadt Gera vom 9.8.1945 an den Präsidenten des Landes Thüringen

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Afa-Bund	Allgemeiner freier Angestelltenbund
ATSB	Arbeiter Turn- und Sportbund
BA	Bundesarchiv
BDM	Bund Deutscher Mädel
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DC	Deutsche Christen (evangelische Nationalsozialisten)
DMV	Deutscher Metallarbeiter Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
FAUD	Freie Arbeiter Union Deutschland
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
IBV.	Internationale Bibelforschervereinigung
KdF	Kraft durch Freude
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschland
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
KPO/KPDO/KPD-O	Kommunistische Partei-Opposition
KSSVO	Kriegssonderstrafrechtsverordnung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSKK	Nationalsozialistische Kraftfahrkorps
Pg.	Parteigenosse
RAD	Reichsarbeitsdienst
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGI	Revolutionäre Gewerkschafts-Internationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RM	Reichsmark
S.A.J./SAJ	Sozialistischen Arbeiterjugend
SA	Sturmabteilung (paramilitärische Kampforganisation der NSDAP)
Sopade/SoPaDe	Exilorganisation der SPD ab 1933
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (Sonderorganisation der NSDAP)
Stapo	Staatspolizeistelle
ThHStA	Thüringer Hauptstaatsarchiv
ThStA	Thüringer Staatsarchiv
Thür.	Thüringen
U-Haft	Untersuchungshaft
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WTG	Wachturmgesellschaft